

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021**

**Einbringer:**                      **Fraktion DIE LINKE**  
                                         **Fraktion der SPD**  
                                         **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**(Drucksache 7/2284)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**

### **Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaats- vertrags 2021**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1** **Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes**

Das Thüringer Glücksspielgesetz vom 18. Dezember 2007 (GVBl. S. 243), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 420), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 3 werden die Worte "oder § 10a Abs. 2" gestrichen.
2. § 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

"Eine nachträgliche Änderung der Teilnahmebedingungen ist der zuständigen Glücksspielaufsichtsbehörde zur Prüfung vorzulegen."
  - b) Folgender Satz 4 wird angefügt:

"Die geänderten Teilnahmebedingungen werden ohne Bestätigung der zuständigen Glücksspielaufsichtsbehörde nicht wirksam."
3. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

"Örtliche Geschäftslokale gewerblicher Spielvermittler sind unzulässig."
  - b) Absatz 4 Satz 2 bis 4 wird aufgehoben.
4. § 5 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nummer 2 a werden nach dem Verweis "§ 4 Abs. 3" die Worte "Satz 1 bis 3" eingefügt.

bb) Nummer 2 b erhält folgende Fassung:

"b) der Anforderungen über die Veranstaltung und Vermittlung von öffentlichen Glücksspielen im Internet nach § 4 Abs. 4 Satz 1 und § 4 Abs. 5 GlüStV,"

cc) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

"5. die Anforderungen an die Teilnahme und Mitwirkung am Sperrsystem sowie der Ausschluss gesperrter Spieler nach den Bestimmungen des GlüStV sichergestellt sind."

dd) Die Nummern 6 und 7 werden aufgehoben.

ee) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 6.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Erfüllung der Voraussetzungen der §§ 6a bis 6e GlüStV für die Veranstaltung und Vermittlung von Glücksspielen im Internet muss sichergestellt werden. Unbeschadet hiervon gilt die Bestimmung des § 29 Abs. 9 GlüStV."

c) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Eine Erlaubnis der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder nach § 27 a GlüStV steht einer Erlaubnis durch die Erlaubnisbehörden des Landes gleich. Gleiches gilt für Erlaubnisse anderer Länder, die im ländereinheitlichen Verfahren nach §§ 9a und 27 p GlüStV erteilt werden."

5. § 6 erhält folgende Fassung:

#### "§ 6 Wettvermittlungsstellen

(1) Eine Wettvermittlungsstelle betreibt, wer in seinen Geschäftsräumen Sportwetten im Rahmen der Vertriebsorganisation an einen nach dem Glücksspielstaatsvertrag für Sportwetten erlaubten Veranstalter (Erlaubnisnehmer) vermittelt. Die Vermittlung nach Satz 1 bedarf der Erlaubnis. Der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betreiben einer Wettvermittlungsstelle kann nur von einem Erlaubnisnehmer für den jeweiligen Betreiber gestellt werden. Der Erlaubnisnehmer trägt die Gewähr dafür, dass der ausgewählte Betreiber die gesetzlichen Anforderungen für den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle erfüllt.

(2) Eine Erlaubnis zum Betrieb einer Wettvermittlungsstelle nach Absatz 1 darf nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 5 erfüllt sind und ein Vertrag über Wettvermittlung mit einem Erlaubnisnehmer vorgelegt wird. Eine Vermittlung von Sportwetten in anderen Stellen ist nicht zulässig. Die Vermittlung von Sportwetten darf nicht im Nebengeschäft erfolgen.

(3) Der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle muss folgende Angaben enthalten:



1. Vorname, Name einschließlich früherer Namen, Anschrift, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Wohnanschrift des Betreibers der Wettvermittlungsstelle,
2. Anschrift und Telefonnummer der Wettvermittlungsstelle und
3. das erlaubte Wettprogramm des Erlaubnisnehmers, das in der Wettvermittlungsstelle vermittelt werden soll.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Nachweis des Antrags auf ein Führungszeugnis des Betreibers der Wettvermittlungsstelle zur Vorlage bei Behörden, der bei Antragsstellung nicht älter als drei Monate sein darf,
2. Nachweis des Betreibers einer Wettvermittlungsstelle über eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, soweit er nicht einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem der nachfolgend genannten Staaten angehört:
  - a) Island,
  - b) Liechtenstein,
  - c) Norwegen,
  - d) Schweiz,
3. Handels- und Gewerbezentralregistrauszüge, die bei Antragsstellung nicht älter als drei Monate sein dürfen,
4. Auskunft über die persönlichen Vermögensverhältnisse,
5. Verpflichtungserklärung über die Einhaltung der Ziele des Glücksspielstaatsvertrags,
6. Spielerschutz-, Werbe-, Sozial-, Sicherheits- und Geldwäschepräventionskonzept sowie
7. Nachweis über den Anschluss an die zentrale Spielersperrdatei.

Die Zuverlässigkeitsprüfung und Erlaubniserteilung kann erst erfolgen, wenn das nach Satz 2 Nr. 1 beantragte Führungszeugnis der Aufsichtsbehörde zugegangen ist. Jegliche Änderung der Angaben nach Absatz 3 hat der Betreiber, auch nach Erteilung der Erlaubnis, unverzüglich dem Erlaubnisnehmer mitzuteilen, der diese Informationen wiederum unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen hat.

(4) Soll der Betreiber der Wettvermittlungsstelle eine juristische Person oder eine Personengesellschaft sein, so findet Absatz 3 sinngemäße Anwendung auf die juristische Person selbst und ihre vertretungsberechtigten Organe sowie auf die geschäftsführenden Gesellschafter der Personengesellschaft und gegebenenfalls ihre geschäftsführungsbefugten Kommanditisten. Neben den in Absatz 3 genannten Unterlagen ist dem Antrag der veröffentlichungspflichtige Teil des Gesellschaftsvertrags beizufügen. Der Betreiber hat für die Leitung der Wettvermittlungsstelle vor Ort eine verantwortliche Person zu benennen. Auf diese findet Absatz 3 sinngemäß Anwendung.

(5) Im Rahmen der Befugnis nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 GlüStV kann sich die zuständige Aufsichtsbehörde vor allem die Wettvermittlung dokumentierende Unterlagen, insbesondere über getätigte Spielumsätze, ausgezahlte Gewinne und dazugehörige Bankbelege vorlegen lassen und in diese Einsicht nehmen. Diese Unterlagen, insbesondere die Wettscheine, Belege über die Ein- und Auszahlungen, die Bewegun-

gen auf den Spielerkonten sowie Feststellungen über Unregelmäßigkeiten im Wettbetrieb sind mindestens sechs Jahre aufzubewahren. Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung können die Geschäftsräume und -grundstücke während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten auch dann betreten werden, wenn sie zugleich Wohnzwecken des Betroffenen dienen; das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt. Der Betroffene kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die Sätze 1 bis 4 finden auch Anwendung, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Wettvermittlungsstelle betrieben wird.

(6) Unzulässig ist der Betrieb einer Wettvermittlungsstelle in unmittelbarer Nähe einer Einrichtung, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen besucht wird, in unmittelbarer Nähe von Suchtberatungsstellen oder vergleichbaren sozialen Einrichtungen oder innerhalb von Sportstätten. Eine übermäßige Konzentration von Wettvermittlungsstellen in bestimmten Gebieten ist zu vermeiden.

(7) Der Betrieb einer Wettvermittlungsstelle in einer Spielhalle oder ähnlichen Unternehmen oder im unmittelbaren baulichen Verbund mit einer solchen Einrichtung ist verboten.

(8) Die Sperrzeit für Unternehmen nach Absatz 1 beginnt um 1.00 Uhr und endet um 9.00 Uhr. Bei Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse kann für einzelne Unternehmen nach Absatz 1 die Sperrzeit durch Verwaltungsakt festgesetzt, verlängert oder verkürzt werden. Zuständig für den Erlass der Rechtsverordnung ist die zuständige Behörde. Eine Verkürzung der Sperrzeit kann entweder durch das Hinausschieben ihres Beginns oder durch die Vorverlegung ihres Endes oder durch eine Kombination von beiden erfolgen. Eine Verkürzung der Sperrzeit unter einer Gesamtdauer von drei Stunden ist nicht zulässig.

(9) An den nach dem Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz vom 21. Dezember 1994 (GVBl. S. 1221) in der jeweils geltenden Fassung mit erhöhtem Schutz versehenen Tagen dürfen Unternehmen nach Absatz 1 nicht geöffnet werden und ist das Spielen verboten.

(10) Unzulässig ist in Räumlichkeiten von Wettvermittlungsstellen:

1. der Ausschank, Konsum oder Verkauf von alkoholhaltigen Getränken,
2. die Abgabe von Speisen und Getränken für den Verzehr an Ort und Stelle und
3. die Aufstellung von Geldspielgeräten im Sinne des § 33c Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO) oder die Veranstaltung und Vermittlung anderer Spiele mit Gewinnmöglichkeit gemäß § 33d GewO oder von

anderen Glücksspielen im Sinne des § 3 Abs. 1 GlüStV.

In den Räumlichkeiten von Wettvermittlungsstellen sowie in oder an zugehörigen Gebäudeteilen und auf zugehörigen Flächen dürfen

1. technische Geräte zum Abheben von Bargeld nicht aufgestellt und nicht bereitgehalten werden,
2. Geschäfte nach § 1 Abs. 1 Satz 2 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes (ZAG) vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446) nicht getätigt werden,
3. Dienste und Zahlungsvorgänge nach § 2 Abs. 1 Nr. 4, 6 und 10 ZAG nicht abgewickelt werden und
4. Geräte nicht aufgestellt werden, über die Bankgeschäfte im Sinne von § 1 des Kreditwesengesetzes in der Fassung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2773), getätigt werden können.

(11) Die zuständige Behörde kann Auflagen zur Gestaltung der Räumlichkeiten und des Erscheinungsbildes der Wettvermittlungsstelle treffen, soweit dies zum Schutz vor einer übermäßigen Ausnutzung des Spieltriebs und der Spielsuchtprävention erforderlich ist.

(12) Die zuständige Behörde kann abweichend von Absatz 2 Satz 2 und 3 den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle in den Räumlichkeiten einer Annahmestelle nach § 2 Abs. 5 zulassen, wenn die Wettvermittlung nur Nebengeschäft und im Verhältnis zur Lotterievermittlung von untergeordneter Bedeutung ist. Entsprechend muss auch die Werbung für die Vermittlung von Sportwetten nach Art und Umfang von untergeordneter Bedeutung sein. Auf den Betrieb der Wettvermittlungsstelle in einer Annahmestelle sind die Vorgaben nach Absatz 7 nicht anzuwenden.

(13) Der Betreiber der Wettvermittlungsstelle nach Absatz 1 ist als Vermittler Verpflichteter im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 15 des Geldwäschegesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1822), zuletzt geändert durch Artikel 269 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), in der jeweils geltenden Fassung. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die für die Erlaubnis zuständige Behörde."

6. § 7 erhält folgende Fassung:

#### "§ 7 Spielerschutz

(1) Die nach dem Glücksspielstaatsvertrag oder nach diesem Gesetz zur Teilnahme am Sperrsystem verpflichteten Veranstalter und Vermittler von öffentlichen Glücksspielen haben Spielersperrungen nach § 8 GlüStV sowie deren Aufhebungen unverzüglich zur Aufnahme an die Sperrdatei nach § 23 Abs. 1 Satz 1 GlüStV zu übermitteln. Dokumente, die zur Sperrung geführt haben, dürfen unbeschadet von § 23 Abs. 1 Satz 3 GlüStV auch von den am übergreifenden Sperrsystem Mitwirkenden gespeichert werden.

(2) Die Daten gesperrter Spieler dürfen nur für die Kontrolle der Spielersperre verwendet werden.

(3) Unbeschadet der Möglichkeit, Auskunft von der nach § 23 Abs. 1 Satz 1 GlüStV für die Führung der Sperrdatei zuständigen Behörde zu erlangen, können Betroffene ihre Auskunftsrechte nach den gesetzlichen Bestimmungen des Landes Sachsen-Anhalt auch gegenüber der Stelle geltend machen, die die Sperre ausgesprochen hat. Diese leitet das Anliegen des Betroffenen an die für die Führung der Sperrdatei nach § 27f Abs. 4 Nr. 1 GlüStV zuständige Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder weiter. Gleiches gilt im Rahmen der Übergangsfrist für die nach § 27p Abs. 4 GlüStV zuständige Stelle des Landes Hessen.

(4) Durch den Glücksspielstaatsvertrag und dieses Gesetz wird das Recht auf Schutz personenbezogener Daten (Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen) eingeschränkt."

7. § 10 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 7 Abs. 1 GlüStV seinen Aufklärungspflichten nicht nachkommt,
2. entgegen § 16 Abs. 1 GlüStV den Reinertrag nicht für den in der Erlaubnis festgelegten Zweck verwendet."

8. § 11 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Glücksspielaufsichtsbehörden des Landes unterstützen die nach dem GlüStV zuständigen Behörden anderer Länder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben."

9. § 12 erhält folgende Fassung:

"§ 12  
Übergangsbestimmungen

Erlaubnisse für die Veranstaltung und Vermittlung öffentlicher Glücksspiele, die vor dem 1. Juli 2021 erteilt wurden, gelten, soweit im Bescheid eine kürzere Frist festgelegt ist, bis zum 30. Juni 2022 mit der Maßgabe fort, dass die Regelungen des Glücksspielstaatsvertrags und dieses Gesetzes in der ab dem 1. Juli 2021 geltenden Fassung Anwendung finden. Sie können bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 8 aufgehoben werden."

10. § 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Das für Glücksspielwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. eine Senkung oder Erhöhung der Zahl der Annahmestellen nach § 2 Abs. 5 und der Zahl der Wettvermittlungsstellen nach § 6 Abs. 1, soweit dies zur Erreichung der Ziele des § 1 erforderlich ist,
2. nähere Bestimmungen hinsichtlich der für den beabsichtigten Spielbetrieb erforderlichen Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Sachkunde über das Genehmigungs- und Überwachungsverfahren sowie der Ausgestaltung der Örtlichkeit der Wettvermittlungsstellen nach § 6 zu erlassen,

3. Einzelheiten sowie spezifische Aufgaben und Maßnahmen zur Erfüllung der Sicherstellungspflicht des Veranstalters nach § 4 Abs. 3 Satz 3 GlüStV zu regeln."

11. § 15 erhält folgende Fassung:

**"§ 15**  
Gleichstellungsbestimmungen

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für alle Geschlechter."

**Artikel 2**  
**Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes**

Das Thüringer Spielhallengesetz vom 21. Juni 2012 (GVBl. S. 153, 159) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

"Unmittelbare Nähe im Sinne des Satzes 1 liegt vor, wenn die Wegstrecke zwischen dem Unternehmen im Sinne des § 1 und Einrichtungen nach Satz 1 gemessen von der am nächsten liegenden Gebäudeecke des Unternehmens zur nächstliegenden Grundstücksecke der Einrichtung 200 Meter unterschreitet."

- b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte "Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2011" durch die Worte "Glücksspielstaatsvertrag 2021 vom 29. Oktober 2020" ersetzt.

- c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

"(6) In einem Unternehmen nach § 1 sowie in unmittelbarer baulicher Verbindung mit dem Objekt, für das die Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 erteilt werden soll, ist das Aufstellen, Bereithalten oder Dulden von Geldausgabeautomaten oder anderen Geräten, mit deren Hilfe sich der Spieler Geld verschaffen kann, verboten."

- d) Folgender Absatz 9 wird angefügt:

"(9) In Unternehmen nach § 1 Abs. 1 darf je zwölf Quadratmeter Grundfläche höchstens ein Spielgerät im Sinne des § 33c Abs. 1 Satz 1 oder § 33d Abs. 1 Satz 1 der Gewerbeordnung aufgestellt werden; die Gesamtzahl darf jedoch zehn Geräte nicht übersteigen. Bei Mehrplatzspielgeräten ist jeder Spielplatz als ein Gerät zu behandeln. Die Geräte sind einzeln in einem Abstand von mindestens einem Meter aufzustellen, getrennt durch eine Sichtblende in einer Tiefe von mindestens 0,80 Meter, gemessen von der Gerätefront in Höhe mindestens der Geräteoberkante. Bei der Berechnung der Grundfläche bleiben Nebenräume wie Abstellräume, Flure, Toiletten, Vorräume und Treppen außer Ansatz. Die zuständige Behörde kann Auflagen zur Art der Aufstellung und Anordnung sowie

der räumlichen Verteilung der Geräte erteilen, soweit dies zum Schutz vor einer übermäßigen Ausnutzung des Spieltriebs erforderlich ist."

2. In § 4 Abs. 6 Satz 2 wird das Wort "Spielerrelevante" durch das Wort "Spielrelevante" ersetzt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Nr. 5 wird nach dem Wort "Satz" die Zahl "2" durch die Zahl "3" ersetzt.
  - b) In Absatz 1 Nr. 15 wird die Verweisung "6 Abs. 3" durch die Verweisung "2 Abs. 5" ersetzt.
4. § 10 erhält folgende Fassung:

"§ 10  
Übergangsbestimmung,  
Anwendbarkeit anderer Vorschriften

(1) § 3 Abs. 9 ist für Unternehmen anzuwenden, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 erhalten.

(2) Soweit nicht dieses Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen hat, finden im Übrigen die Gewerbeordnung in der jeweils geltenden Fassung, die Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (Spielverordnung - SpielV) in der Fassung vom 27. Januar 2006 (BGBl. I S. 280), die zuletzt durch Artikel 4 Abs. 61 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sowie der Glücksspielstaatsvertrag 2021 vom 29. Oktober 2020 Anwendung."

### **Artikel 3 Inkrafttreten, Fortgeltung**

#### § 1

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

#### § 2

Wird der Glücksspielstaatsvertrag 2021 nach seinem § 35 Abs. 1 gegenstandslos, wird auch dieses Gesetz gegenstandslos. In diesem Fall gilt der Erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag vom 15. Dezember 2011 (GVBl. 2012, S. 164) in der Fassung des Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrags vom 28. März 2019 (GVBl. S. 418) bis zum Inkrafttreten ersetzender Regelungen als unmittelbares Landesrecht mit der Maßgabe fort, dass das Land für alle sich aus diesen Bestimmungen ergebenden Aufgaben und Befugnisse zuständig ist.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Der derzeit geltende Glücksspielstaatsvertrag, der mit dem Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrag zuletzt zum 1. Januar 2020 noch einmal geändert wurde, tritt mit Ablauf des 30. Juni 2021 außer Kraft. Vor diesem Hintergrund haben sich die Regierungschefinnen und -chefs der Länder auf eine Anschlussregelung verständigt, damit über den 30. Juni 2021 hinaus in Deutschland ein einheitlicher Rechtsrahmen für das Veranlassen und Vermitteln von Glücksspielen in allen Ländern gilt und Sonderwege einzelner Länder vermieden werden. Zur rechtzeitigen Ratifizierung dieses Staatsvertrags hat die Landesregierung ein Zustimmungsgesetz auf den Weg gebracht.

Der neue Staatsvertrag macht Änderungen am Thüringer Glücksspielgesetz sowie am Thüringer Spielhallengesetz erforderlich.

Die bisherige Rechtslage hat sich als verfassungs- und unionsrechtskonform erwiesen (vergleiche Bundesverwaltungsgericht [BVerwG], Urteile vom 26. Oktober 2017, Az.: 8 C 14.16 und 8 C 18.16). Daher finden sich im Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 - GlüStV 2021) wesentliche Kernelemente des bisherigen Glücksspielstaatsvertrags wieder; insbesondere an den gleichrangigen Zielen des § 1 GlüStV sowie am Erlaubnisvorbehalt (§ 4 Abs. 1 GlüStV 2021) wird festgehalten.

Das Bestehen und die Wahrnehmung von nicht erlaubten Spielformen im Internet, die keinen inhaltlichen Begrenzungen oder Vorgaben zum Spielerschutz unterliegen, zeigen, dass es zur besseren Erreichung der Ziele des Staatsvertrags - neben einem effektiven Vollzug - geboten ist, das erlaubte Angebot in seiner inhaltlichen Ausgestaltung maßvoll zu erweitern. Daher soll es künftig privaten Anbietern unter strengen inhaltlichen Bedingungen (§§ 6a ff, §§ 22a bis 22c GlüStV 2021) ermöglicht werden, bestimmte weitere - bislang in Deutschland verbotene - Online-Glücksspiele anzubieten, um Spielenden eine legale, sichere Alternative zu den auf dem Schwarzmarkt angebotenen Spielen zu bieten.

Neben der Abkehr vom bisherigen Verbot für die Veranstaltung und Vermittlung von Glücksspielen im Internet sieht die Neuregulierung auch eine Aufgabe des staatlichen Veranstaltungsmonopols im Bereich der Sportwetten vor. Dieses fand bereits seit Inkrafttreten des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags keine Anwendung mehr, da es durch eine Experimentierklausel, in deren Rahmen private Veranstalterinnen und Veranstalter eine Sportwetterlaubnis erhalten konnten, suspendiert war. Nach den Erfahrungen der Experimentierphase ist eine Rückkehr zum Veranstaltungsmonopol gegenwärtig nicht angezeigt. Das Veranstaltungsmonopol beschränkt sich künftig auf den Bereich der Lotterien (§ 10 GlüStV 2021).

Um den Spielerschutz in einem Glücksspielmarkt, der wesentlich mehr Angebote umfasst als bislang, noch besser zu gewährleisten, wird die bisherige zentrale Spielersperrdatei erweitert und umfasst künftig auch das gewerbliche Spiel, inklusive der Spielhallen, Gaststätten und Örtlichkeiten von Buchmachern mit Geldspielgeräten (§§ 8 bis 8d GlüStV 2021).

Organisatorisch werden die ländereinheitlichen Verfahren in ihrer Zuständigkeit bei einer im Land Sachsen-Anhalt zu errichtenden Glücksspielaufsichtsbehörde in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen

Rechts konzentriert. Das bisherige System der einzelnen Länderzuständigkeiten und der Mitwirkung der übrigen Länder über das Glücksspielkollegium wird aufgegeben.

Der Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 - GlüStV 2021) wird auf unbestimmte Zeit geschlossen, soll ab dem 1. Juli 2021 gelten und ist nach seinem § 35 Abs. 4 erstmals zum 31. Dezember 2028 kündbar.

Der Glücksspielstaatsvertrag 2021 sieht insbesondere eine Neuregulierung für Glücksspiele im Internet vor. Für die terrestrischen Glücksspielangebote, vor allem Lotterien, Wettvermittlungsstellen und Spielhallen, ergibt sich kein grundlegender Änderungsbedarf. Die Einführung eines spielformübergreifenden Sperrsystems führt ebenfalls nicht dazu, dass das Thüringer Landesrecht grundlegend geändert werden muss.

Für den Bereich der Wettvermittlungsstellen ist eine maßvolle Anpassung geboten, da der neue Staatsvertrag - wie bereits im Dritten Staatsvertrag befristet vorgesehen - ein nicht mehr zahlenmäßig kontingiertes Erlaubnissystem einführt. Die geltende Bestimmung im Thüringer Glücksspielgesetz ist entsprechend anzupassen und mit qualitativen anstatt zahlenmäßigen Anforderungen für die Zulassung und den Betrieb von Wettvermittlungsstellen auszustatten. Andererseits wird hierdurch auch nicht die Notwendigkeit begründet, die bestehenden Restriktionen für stationäre Glücksspielbetriebe, wie Wettvermittlungsstellen oder Spielhallen, zu verändern.

Das mit dem neuen Staatsvertrag eingeführte spielformübergreifende Sperrsystem (§§ 8 bis 8d. GlüStV 2021) hat ausschließlich eine Schutzfunktion für spielsüchtige oder potentiell spielsüchtige Personen. Die im Landesrecht vorgesehenen Vorgaben, wie zum Beispiel die Abstandsregelung zwischen Spielhallen oder Wettvermittlungsstellen, von Öffnungszeiten oder der Begrenzung der Geräteanzahl, haben daneben auch die Funktion, das Angebot für Glücksspiele in einem überschaubaren Rahmen zu halten und zu vermeiden, Personen erst zum Glücksspiel zu verleiten. Die für den stationären Bereich zu treffenden Regelungen gehen damit in ihrer Wirkung weiter als die Anordnung, gesperrte Personen nicht am Spiel teilnehmen zu lassen.

Da der neue Staatsvertrag das Gesamtsystem der bisher bekannten Regulierung strukturell fortschreibt, werden auch die landesgesetzlichen Anpassungen in Glücksspiel- und Spielhallengesetz in Form von punktuellen Änderungen ermöglicht. Die übrigen Änderungen haben vorwiegend redaktionellen Charakter.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1 - Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes**

#### **I. Allgemeines**

Die vorgenommenen Anpassungen am Thüringer Glücksspielgesetz sind durch die Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags veranlasst. Der Staatsvertrag eröffnet den Ländern Regulierungsgebote und Regulierungsmöglichkeiten. In vielen anderen Bereichen - insbesondere bei der Regulierung von im Internet angebotenen Glücksspielen - schafft er dagegen einen einheitlichen und abschließenden Rechtsrahmen. Diese Einheitlichkeit ist im Hinblick auf den Vollzug und die Aufsicht unter dem Dach der Gemeinsamen Glücksspielaufsichtsbehörde der Länder (AöR) geboten. Die Gestaltungsspielräume des Landesrechts fokussie-



ren sich dabei auf die Zuständigkeiten der Landesbehörden. Diese sind im Anwendungsbereich des Thüringer Glücksspielgesetzes die Aufsicht über die Veranstaltung und den Eigenvertrieb von staatlichen Glücksspielen, namentlich solche der Thüringer Staatslotterie sowie die stationäre Vermittlung von Sportwetten privater Anbieter.

Da im Bereich des Angebots von staatlichen Glücksspielen durch die Neuregulierung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 keine für das Landesrecht relevanten Änderungen vorgenommen werden, verbleibt der Kern der Anpassungen im Bereich der Wettvermittlungsstellen. Die vorgesehene Regelung berücksichtigt, dass der Charakter einer Wettvermittlungsstelle eher dem einer Spielhalle entspricht, und entnimmt daher dem Spielhallenrecht einige Vorgaben und Eckpunkte.

Erläuterungen zu den im Übrigen vorgenommenen, zumeist redaktionellen Überarbeitungen werden zu den Bestimmungen im Einzelnen gegeben.

## II. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

### Zu Nummer 1

Es handelt sich um eine Folgeänderung. Die Bestimmung zur Experimentierklausel in § 10a im Glücksspielstaatsvertrag aus dem Jahre 2012 wurde aufgehoben.

### Zu Nummer 2

§ 3 regelt das Verfahren über die Teilnahmebedingungen an öffentlichen Glücksspielen. Hierbei wurde in Absatz 2 bisher eine Genehmigungsfiktion vorgesehen, die sich bereits in der Praxis der Glücksspielaufsichtsbehörden nicht bewährt hat. Die Anpassung der Bestimmung entspricht auch der allgemeinen Systematik des Glücksspielrechts und vollzieht im Bereich der Teilnahmebedingungen den allgemeinen Erlaubnisvorbehalt des § 4 GlüStV nach. So wird in Nummer 2a klargestellt, dass Änderungen zwingend der Glücksspielaufsichtsbehörde vorzulegen sind. Nummer 2b ändert die Zustimmungsfiktion in eine Bestätigungspflicht der Glücksspielaufsichtsbehörde. Die Änderung stellt insgesamt sicher, dass nicht Veranstalterseitig Änderungen ohne aktive Mitwirkung der Glücksspielaufsichtsbehörden in Kraft gesetzt werden können, und dient damit dem Spielerschutz.

### Zu Nummer 3

#### Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine Klarstellung. Auch nach der bisherigen Rechtslage sollten gewerbliche Spielvermittler keine stationären Geschäftslokale in Thüringen betreiben dürfen. Da die gewerbliche Spielvermittlung inzwischen auch auf den Verkauf von Gutscheinkarten und ähnlichen Produktgestaltungen, die je nach ihrer Ausgestaltung unter den Begriff der gewerblichen Spielvermittlung fallen können, im allgemeinen Einzelhandel angekommen ist, war eine Klarstellung nötig. Ähnliche Bestimmungen finden sich in vielen anderen Bundesländern.

#### Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine Folgeänderung. Entsprechende Bestimmungen sind nunmehr direkt dem Glücksspielstaatsvertrag zu entnehmen. Das Verbot des Aufstellens von Glücksspielautomaten, die mit einer Datenleitung direkt mit dem Veranstalter verbunden sind, ist mit Blick auf

die technische Entwicklung im Bereich der mobilen Endgeräte und umfänglichen Zulassung von Online-Spielen durch den neuen Glücksspielstaatsvertrag nicht mehr schlüssig. Stationär darf die Vermittlung von Glücksspielen nur in den dafür vorgesehenen Räumlichkeiten erfolgen (insbesondere Wettvermittlungsstelle und Annahmestelle).

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Doppelbuchstabe bb

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Doppelbuchstabe cc

Durch die Einführung eines spielformübergreifenden Sperrsystems durch umfängliche Regelungen im Glücksspielstaatsvertrag 2021 ist die Differenzierung im Landesgesetz nicht mehr erforderlich. Die Bestimmungen zum Sperrsystem können direkt dem neuen Glücksspielstaatsvertrag entnommen werden.

Zu den Doppelbuchstaben dd und ee

Es handelt sich um Folgeänderungen.

Zu Buchstabe b

Die Bestimmung berücksichtigt die umfangreichen neuen Vorgaben der §§ 6a ff. GlüStV für die Veranstaltung und Vermittlung von Glücksspielen im Internet.

Zu Buchstabe c

Diese Bestimmung stellt den Geltungsbereich von Erlaubnissen länder einheitlich zuständiger Behörden beziehungsweise der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder nach dem neuen § 27a GlüStV klar.

Zu Nummer 5

Die Neufassung der Bestimmung über die Wettvermittlungsstellen in § 6 ist veranlasst durch die Umstellung auf ein zahlenmäßig unbegrenztes und durch qualitative Anforderungen begrenztes Erlaubnissystem zur Zulassung privater Sportwettangebote. § 21a Abs. 1 GlüStV gibt den Ländern den gesetzgeberischen Auftrag zur Begrenzung der stationären Vermittlung des erlaubten Sportwettangebots. Erlaubte Veranstalter von Sportwetten können in Wettvermittlungsstellen - neben dem Vertriebsweg Internet - vor Ort Sportwetten anbieten. Dabei macht bereits § 21a des neuen Glücksspielstaatsvertrags einige Vorgaben.

Aus den Erfahrungen des Vollzugs in Thüringen seit dem Jahr 2012 kann geschlussfolgert werden, dass im Land eine hohe Anzahl an Wettvermittlungsstellen und entsprechende Konzentration derselben nicht zu erwarten ist. Von engen Abstandgeboten oder starren Zahlenvorgaben kann daher abgesehen werden. Diese würden auch ein rechtliches Ri-

siko darstellen. Die Begrenzung des stationären Angebots kann rechts-sicher durch qualitative Standortanforderungen und Betriebsanfor-derungen erfolgen.

Die Absätze 1 und 2 klären die Voraussetzungen an die Erlaubnisertei-lung allgemein und das Verhältnis zur Veranstaltungserlaubnis.

Die Absätze 3 und 4 beschreiben wesentliche Vorgaben an das Erlaub-nisverfahren vor der zuständigen Glücksspielaufsichtsbehörde nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Thüringer Glücksspielgesetzes (ThürGlüG).

Absatz 5 stattet die zuständige Glücksspielaufsichtsbehörde mit be-stimmten Befugnissen in Ergänzung zu den allgemeinen Befugnissen der Glücksspielaufsichtsbehörden aus. Es handelt sich um eine Konkre-tisierung der Bestimmung des § 9 Abs. 1 GlüStV 2021.

Die Absätze 6 und 7 legen Voraussetzungen an die Standorte von Wett-vermittlungsstellen fest. Entsprechende Bestimmungen waren bereits seit dem Jahr 2012 vorgesehen und haben sich im Vollzug bewährt.

Die Absätze 8 bis 11 enthalten Anforderungen an den Betrieb der Wett-vermittlungsstelle, die einige Bestimmungen aus dem Thüringer Spiel-hallengesetz aufgreifen. Die dort getroffenen Regelungen haben sich insbesondere aus den Gesichtspunkten der Angebotsbegrenzung, der Spielsuchtprävention und des Spielerschutzes bewährt und sollen für den Bereich der Wettvermittlungsstellen gleichfalls gelten. Der Charak-ter der Einrichtungen und die Verweildauer der potentiellen Spieler wei-sen eine hohe Vergleichbarkeit auf.

Bei den "mit erhöhtem Schutz versehenen Tagen" in Absatz 9 ist deren konkrete Bestimmung dem anwendbarem Thüringer Feier- und Gedenk-tagsgesetz zu entnehmen (stille Tage im Sinne des § 6 Thüringer Feier-und Gedenktagsgesetz).

Absatz 12 eröffnet die Möglichkeit der Sportwettvermittlung im Neben-geschäft in den Räumlichkeiten der Annahmestellen des staatlichen Veranstalters nach § 2 Abs. 5 ThürGlüG. In diesen Lottoannahmestel-len wurden üblicherweise auch Sportwetten angeboten. Dieses Ange-bot war nach Art und Umfang im sonstigen Lotterieangebot im Neben-geschäft nach Art und Umfang jeweils von untergeordneter Bedeutung und ist mit den Möglichkeiten an das Angebot in einer reinen Wettver-mittlungsstelle nicht vergleichbar. Mit dem Auslaufen des staatlichen Sportwettangebots sollte diese Möglichkeit nun für erlaubte private An-gebote geschaffen werden, da dieser Vertriebsweg im Hinblick auf den Kanalisierungsauftrag nicht verzichtbar ist. Gerade im ländlichen Raum ist mit einer Niederlassung von Wettvermittlungsstellen aus wirtschaft-lichen Gründen nicht zu rechnen. Hier kann realistisch nur eine Wett-vermittlung im Nebengeschäft etabliert werden, die auch nicht in allen Annahmestellen vorhanden sein muss. Im ländlichen Raum wäre die spielinteressierte Bevölkerung sonst ausschließlich auf Sportwettange-bote im Internet verwiesen.

Absatz 13 verweist auf die Bestimmungen des Geldwäschegesetzes.

Zu Nummer 6

Es handelt sich um eine redaktionelle Überarbeitung der Bestimmung.

## Zu Nummer 7

Der GlüStV 2021 führt erstmalig umfangreiche Tatbestände von Ordnungswidrigkeiten in § 28a ein, die unmittelbar diesem entnommen werden können. Die Anpassung der Bestimmung erfolgte daher vor dem Hintergrund, dass nur diese Tatbestände von Ordnungswidrigkeiten geregelt werden müssen, die nicht bereits durch den Staatsvertrag vorgesehen sind und die für die Tätigkeit der Thüringer Glücksspielaufsichtsbehörden von Relevanz sind.

Die neue Bestimmung berücksichtigt, dass sich die Bestimmung des § 28a Abs. 1 Ziffer 28 GlüStV 2021 nur auf § 7 Abs. 2 GlüStV bezieht. Der in Ziffer 1 eingeführte Tatbestand entspricht der derzeit vorgesehenen Ziffer 5 und wird durch den neuen § 28a GlüStV 2021 nicht ersetzt. Gleiches gilt für Ziffer 2, die derzeit in Ziffer 8 enthalten ist.

## Zu Nummer 8

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

## Zu Nummer 9

Die Übergangsbestimmung für Erlaubnisse der Thüringer Glücksspielaufsichtsbehörden war an die neue Rechtslage ab dem Inkrafttreten des neuen Glücksspielstaatsvertrags anzupassen.

## Zu Nummer 10

Der Katalog in § 14 Abs. 1 war überarbeitungsbedürftig. Vor dem Hintergrund der umfangreichen Neuregelungen im Glücksspielstaatsvertrag 2021 und der Anpassungen im Bereich der Wettvermittlungsstellen können einige Ziffern ersatzlos entfallen.

## Zu Nummer 11

Diese Bestimmung sieht die sprachliche Gleichstellung vor.

**Zu Artikel 2 - Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes****I. Allgemeines****1. Grundsätzliches und wesentliche Inhalte des Gesetzes**

Das Thüringer Spielhallengesetzes (ThürSpielhallenG) ist zum 1. Juli 2012 in Kraft getreten. Mit dem Gesetz wurden die Regelungen des Ersten Glücksspielstaatsvertrages vom 15. Dezember 2011 umgesetzt. Die Gesetzgebungskompetenz ergibt sich aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 11 Grundgesetz. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat sich am 16. Dezember 2016 (BVerwG 8 C 6.15 und 7.15) und das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 7. März 2017 (BVerfG 1 BvR 1314/12 u. w.) mit der Verfassungsmäßigkeit verschiedener Länderregelungen befasst. Diese Entscheidungen haben unmittelbare Wirkung auf die Thüringer Regelungen. Das Bundesverwaltungsgericht sowie das Bundesverfassungsgericht kamen zum dem Ergebnis, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Spielhallen bei den Ländern liegt. Das in Artikel 74 Abs. 1 Nr. 11 Grundgesetz genannte "Recht der Spielhallen" umfasst sämtliche Voraussetzungen für die Erlaubnis sowie für die Art und Weise des Betriebes von Spielhallen, einschließlich räumlicher Bezüge (BVerwG 8 C 7.15 Rn 19).

Die Anforderungen an die Organisation sowie die räumlich-betriebliche Ausgestaltung von Spielhallen umfassen insbesondere Regelungen über Beschränkungen hinsichtlich der Verabreichung von Speisen und Getränken sowie bezüglich der Werbung für Spielhallen, Sperrzeiten, der Pflicht zur Aufstellung von Aufsichtspersonen, der Durchführung von Identitätskontrollen, der Sperrung von Spielern, dem Erstellen von Sozialkonzepten, Regelungen zur Höchstzahl von Spielgeräten oder anderen Spielen und die Art und Weise der Aufstellung der Geräte (BVerwG 8 C 7.15 Rn 33). Diese Regelungen betreffen die Art und Weise des Spielhallenbetriebs sowie die räumlich-betriebliche Ausgestaltung der Spielhallen. Sie sind daher nicht dem produktbezogenen Gerätereht beziehungsweise dem ortsübergreifenden Aufstellerrecht nach § 33c Abs. 1 GewO, das der konkurrierenden Gesetzgebung angehört, zuzuordnen.

Mit den vorliegenden Änderungen wird der Spielerschutz durch eine Reduzierung der maximalen Anzahl von Geldgewinnspielgeräten gestärkt, weiter werden Präzisierungen für einen besseren Vollzug sowie redaktionelle Änderungen vorgenommen.

## 2. Erfüllungsaufwand

Der Erfüllungsaufwand umfasst die Kosten, die durch die Befolgung der Regelung bei Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung entstehen.

Pflichten für die Bürgerinnen und Bürger ergeben sich aus dem Gesetz nicht; daher ergibt sich für diese auch kein Erfüllungsaufwand.

Die Regelungen zu Artikel 2 Nr. 1, 2 und 3 statuieren keine neuen Pflichten, weder für die Wirtschaft noch für die Verwaltung. Es handelt sich lediglich um Konkretisierungen bestehender Regelungen, um redaktionelle Änderungen beziehungsweise um sonstige Anpassungen, die keinen zusätzlichen Erfüllungsaufwand hervorrufen.

Auch erzeugt die Reduzierung der Spielgerätehöchstzahl nach Nummer 4 im Rahmen der (Erst-)Erlaubniserteilung bei der Gründung einer neuen Spielhalle keine neuen oder zusätzlichen Pflichten und hat damit keinen neuen Erfüllungsaufwand zur Folge. Es wird lediglich eine Höchstzahl durch eine andere Höchstzahl ersetzt. Die Pflicht zur Beachtung einer Höchstzahl besteht schon jetzt. Die Anzahl der Spielgerätehöchstzahl ist für den Erfüllungsaufwand zur Beachtung dieser Pflicht unerheblich, sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Wirtschaft.

Auch bei Bestandsspielhallen, deren Spielgeräteanzahl derzeit das zukünftige Limit von zehn Geräten übersteigt, ist nicht von einem zusätzlichen Erfüllungsaufwand auszugehen. Auf Grund der zeitlichen Befristung der Erlaubnisse nach § 2 Abs. 1 Satz 2 ThürSpielhallenG auf maximal fünf Jahre sowie der neuen Übergangsregelung gemäß Artikel II Nr. 7 ist die Anzahl der Geräte während der Erlaubnisdauer einer Spielhalle nicht zu reduzieren.

Der Erfüllungsaufwand ist nicht dadurch betroffen, dass sich zukünftig möglicherweise durch eine reduzierte Anzahl von Geldspielgeräten pro Spielhalle der Umsatz und die Rentabilität einer Spielhalle für den Spielhallenbetreiber verringern können.

B. Zu den Bestimmungen im Einzelnen

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Die Regelung zum Abstandsgebot zu Kinder- und Jugendeinrichtungen dient vorrangig dem Ziel der Bekämpfung und Verhinderung von Spielsucht. Dem steht nicht entgegen, dass der Bundesgesetzgeber in § 6 Abs. 1 und 2 Jugendschutzgesetz bereits die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen in Spielhallen sowie deren Teilnahme an Geldgewinnspielgeräten untersagt hat. Auch ist der Beurteilungsspielrahmen nicht dadurch überschritten, dass der Bundesgesetzgeber im Jugendschutzgesetz bereits ein Zutrittsverbot für Minderjährige geschaffen hat. Denn durch das Abstandsgebot wird erreicht, dass Spielhallen in geringem Maße Bestandteil der Lebenswirklichkeit von Minderjährigen werden und ein Gewöhnungseffekt vermieden wird. Die Regelung ist insoweit auch verhältnismäßig (BVerwG 8 C 6.15 Rn 60, BVerfG 1 BvR 1314/12 Rn 152).

Im Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin vom 20. Mai 2011 (SpielhG Bln, GVBl. S. 117), welches Gegenstand der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts war, wird der Begriff der räumlichen Nähe verwendet, in § 3 Abs. 2 ThürSpielhallenG der Begriff unmittelbare Nähe. Da der Begriff der räumlichen Nähe weiter gefasst ist als der der unmittelbaren Nähe, kann die Begründung des Bundesverwaltungsgerichts erst recht für den Begriff der unmittelbaren Nähe herangezogen werden. In Rn. 61 (8 C 6.15) stellt das Bundesverwaltungsgericht fest, dass der Begriff der räumlichen Nähe hinreichend bestimmt ist, da dieser im Wege der Auslegung der Vorschrift konkretisiert werden kann. Eine räumliche Nähe liegt vor, wenn sich eine Spielhalle im tatsächlichen Aktionsradius der betroffenen Kinder und Jugendlichen befindet. Aktionsradius meint die tatsächlichen Laufwege im Umfeld der betreffenden Spielhallen, deren regelmäßigen Aufenthalt in Pausen und Freistunden oder die Lage der Spielhalle in Sichtweite einer solchen Einrichtung.

Das Bestimmtheitsgebot ist erst recht gewahrt, wenn, wie in § 5 des Gesetzes zur Umsetzung des Mindestabstands nach dem Spielhallengesetz Berlin für Bestandsunternehmen (MindAbstUmsG Bln) vom 22. März 2016 (GVBl. 2016, S. 117) eine bestimmte Wegstrecke (200 Meter) als Grenze der räumlichen Nähe festgelegt wird. Eine solche konkrete Festlegung existiert bisher in Thüringen nicht. Die neue Festlegung nimmt die Regelung hinsichtlich der Bestimmung des Mindestabstandes nach § 5 Abs. 2 MindAbstUmsG Bln auf. Mit der neuen Festlegung auf einen konkreten Mindestabstand soll der Vollzug der Regelung erleichtert werden.

Zu Buchstabe b

Die Änderung ist eine Anpassung der Zitierung an den Glücksspielsstaatsvertrag 2021.

Zu Buchstabe c

Nach der geltenden Regelung des § 3 Abs. 6 ThürSpielhallenG darf der Spielhallenbetreiber das Aufstellen von Geldausgabeautomaten oder anderen Geräten, mit denen sich der Spieler Geld beschaffen kann, in räumlicher Verbindung zu Unternehmen nach § 1 ThürSpielhallenG nicht ermöglichen oder begünstigen. Diese Regelung führte zu Auslegungs-

schwierigkeiten im Vollzug. Mit der Neuregelung wird klargestellt, dass ein Unternehmen nach § 1 ThürSpielhallenG dann nicht genehmigungsfähig ist, wenn das Verbot nicht umgesetzt werden kann. Es ist hierbei unerheblich, ob die Aufstellung oder Anbringung entsprechender Geräte im Einflussbereich des Antragstellers oder Inhabers einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 ThürSpielhallenG liegt.

Das Verbot betrifft die Aufstellung oder die Anbringung im oder am unmittelbaren Baukörper des Unternehmens nach § 1 ThürSpielhallenG. Befindet sich das Unternehmen in einem Gebäudekomplex und sind die entsprechenden Geldausgabemöglichkeiten in diesem aber nicht direkt mit den Räumen des Unternehmens nach § 1 ThürSpielhallenG verbunden, so trifft das Verbot nicht zu.

Zu Buchstabe d

Diese Regelung entspricht der Regelung des § 4 Abs. 2 SpielhG Bln und war Gegenstand der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sowie des Bundesverfassungsgerichts. Diese stellten fest, dass eine Verminderung der Gerätehöchstzahl "Anreize zu übermäßigem Spiel innerhalb einer Spielhalle vermindern und dadurch einen Beitrag zur Suchtprävention leisten" kann. Sie bestätigten die Berliner Regelung, nämlich die Reduzierung der Spielgerätehöchstzahl um vier Geräte, von zwölf auf acht, dabei als geeignet, erforderlich und angemessen, um das Ziel der Glücksspielsuchtprävention zu erreichen. Dem Gesetzgeber stehe bezüglich der Wertung des Zusammenhangs zwischen Suchtgefährdung und Verfügbarkeit von Spielangeboten ein Einschätzungsspielraum zur Verfügung, den er hier angewendet hat (BVerwG 8 C 6.15 Rn 67). Auch die Regelungen der Abstandsgebote und des Verbundverbots stellten keine milderen Mittel dar, da die Spielanreize dadurch nicht innerhalb der einzelnen Spielhalle verringert würden (BVerfG 1 BvR 1314/12 Rn 165). Ebenso belaste die Reduzierung der Gerätehöchstzahl die Spielhallenbetreiber nicht übermäßig. Zwar liege es nahe, dass sich die Reduzierung der Höchstzahl von Geldspielgeräten negativ auf die Rentabilität von Spielhallen auswirkt. Eine bestimmte Rentabilität gewährleistet der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz jedoch nicht. Im Übrigen sei nicht ersichtlich, dass mit einer Zahl von acht Geldspielgeräten der Betrieb einer Spielhalle generell wirtschaftlich unmöglich gemacht würde.

In Abwägung des Gewichts der Spielsuchtprävention und des Spielerschutzes mit den besonderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Spielhallenbranche in Thüringen wird die Reduzierung um zwei Geräte, von zwölf auf zehn, als angemessen erachtet. Das Angebot an terrestrischen Spielmöglichkeiten ist anders als in Berlin überschaubarer. Hinzu kommt die Struktur des Thüringer Spielhallenmarktes als in der Regel inhabergeführte Einzelunternehmen. Berücksichtigt wurde ebenso, dass die Begrenzung der Gültigkeit der Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 ThürSpielhallenG sowie die Abstandsregelungen des § 3 Abs. 1 und 2 ThürSpielhallenG zu einer Einschränkung führen können.

Zu Nummer 2

Dies ist eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Die Verweisung auf Satz 2 ist fehlerhaft und muss korrigiert werden. Die korrekte Verweisung ist auf Satz 3.

Zu Buchstabe b

Dies ist eine redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 4

Mit Absatz 1 wird eine Regelung getroffen, die mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Dispositionen der Spielhallenbetreiber verhindern soll, dass Spielgeräte, die von einer Erlaubnis umfasst sind, während des Genehmigungszeitraums abgebaut werden müssen. Eine Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 ThürSpielhallenG ist auf maximal fünf Jahre begrenzt. Ein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer neuen Erlaubnis besteht nicht. Insofern können die Inhaber einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 ThürSpielhallenG die entsprechenden Vermögensdispositionen auch nur bis zum Ende der Erlaubnisdauer planen. Um dieser unternehmerischen Planung gerecht zu werden, soll die Regelung bei Bestandsspielhallen erstmalig bei der eventuellen Neuerteilung einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 ThürSpielhallenG angewendet werden. Für Unternehmen, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erstmalig eine Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 ThürSpielhallenG erhalten, ist Absatz 1 unmittelbar anzuwenden; dies gilt ebenso für Änderungsanträge während eines laufenden Erlaubniszeitraums.

In Absatz 2 werden die Verweisungen angepasst.

### **Zu Artikel 3 - Inkrafttreten, Fortgeltung**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Darüber hinaus ist für den Fall Vorsorge zu treffen, dass der Glücksspielstaatsvertrag 2021 nach seinem § 35 Abs. 1 gegenstandlos wird. Für diesen Fall wird die Fortgeltung des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags in der Fassung des Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrags bis zum Inkrafttreten ersetzender landesrechtlicher Neuregelungen vorsorglich als unmittelbares Landesrecht bestimmt.

Für die Fraktion  
DIE LINKE:

Für die Fraktion  
der SPD:

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Lehmann

Henfling



## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Deutscher Sportwettenverband e.V.  
Fachstelle GlücksSpielSucht, fdr Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.  
Thüringer Staatslotterie  
Bundesverband der deutschen Glücksspielunternehmen e.V.  
Thüringer Landesstelle für Suchtfragen e.V.  
Düsseldorfer Kreis  
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Thüringen e.V.  
Arbeitsgemeinschaften der Thüringer Industrie- und Handelskammern  
SPIEL-IN Casino GmbH & Co. KG  
Präventionszentrum der SIT Suchthilfe in Thüringen GmbH  
Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, Juristische Fakultät Ruhr-Universität Bochum  
TIPICO Retail Services GmbH  
Prof. Dr. Bühringer, Technische Universität Dresden  
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.  
Die Deutsche Automatenwirtschaft e.V.  
Verbraucherzentrale Thüringen  
Universität Hohenheim, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
TÜV International GmbH, Unternehmensgruppe TÜV Rheinland  
Deutscher Online Casinoverband e.V.  
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.  
Redeker/Sellner/DAHS, Rechtsanwälte  
Thüringischer Landkreistag e.V.  
TÜV International GmbH, Unternehmensgruppe TÜV Rheinland

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -  <b>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b> (Vorlage 7/2284)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><b>Deutscher Sportwettenverband e.V. (DSWV)</b></td> <td><b>e.V.</b></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><b>s.u.</b></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><b>Auguststraße 62</b></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><b>10117 Berlin</b></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Deutscher Sportwettenverband e.V. (DSWV)</b>	<b>e.V.</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>s.u.</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Auguststraße 62</b>	Postleitzahl, Ort	<b>10117 Berlin</b>
Name	Organisationsform										
<b>Deutscher Sportwettenverband e.V. (DSWV)</b>	<b>e.V.</b>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>s.u.</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Auguststraße 62</b>										
Postleitzahl, Ort	<b>10117 Berlin</b>										

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<b>Der 2014 gegründete Deutsche Sportwettenverband (DSWV) ist der Zusammenschluss der führenden deutschen und europäischen Sportwettenanbieter. Mit Sitz in Berlin versteht sich der DSWV als öffentlicher Ansprechpartner, insbesondere für Politik, Sport und Medien. Seine 15 Mitglieder, die zwischen 80 und 90 Prozent des in Deutschland Steuern zahlenden Sportwettenmarktes repräsentieren, setzen sich für eine moderne, wettbewerbsorientierte und europarechtskonforme Regulierung von Sportwetten in Deutschland ein. Alle Mitglieder verfügen über bundesweite Sportwettenerlaubnisse gemäß dem 3. GlüÄndStV oder befinden sich im Antragsverfahren. Seit 2012 haben sie in Deutschland über 2,6 Mrd. Euro Sportwettsteuern gezahlt (an Thüringen rund 71 Mio. Euro). Die meisten Mitglieder sind auch als Sponsoren im deutschen Profisport aktiv.</b>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<b>Der DSWV regt an, die Gewährleistungspflicht des Wettveranstalters für den Wettvermittler gemäß § 6 Abs. 1 Satz 4 Thüringer Glücksspielgesetz (gemäß Gesetzentwurf) aufzuheben und § 6 Abs. 1 Satz 4 zu streichen.</b>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 16. Februar 2021	DSWV-Präsident  DSWV-Hauptgeschäftsführer



Deutscher Sportwettenverband

An die Mitglieder  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
des Thüringer Landtags  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
16.02.2021 10:11

3980/2021

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

16. Februar 2021

### Stellungnahme

Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 7/2284 -

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Vorlage 7/1585 -

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Übersendung des oben benannten Gesetzentwurfs (nebst Änderungsantrag) und die Berücksichtigung im Rahmen der schriftlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags bedanken wir uns. Die Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme ergreifen wir gerne.

### I. Über den Deutschen Sportwettenverband

Der 2014 gegründete Deutsche Sportwettenverband (DSWV) ist der Zusammenschluss der führenden deutschen und europäischen Sportwettenanbieter. Mit Sitz in Berlin versteht sich der DSWV als öffentlicher Ansprechpartner, insbesondere für Politik, Sport und Medien. Seine 15 Mitglieder, die zwischen 80 und 90 Prozent des in Deutschland Steuern zahlenden Sportwettenmarktes repräsentieren, setzen sich für eine moderne, wettbewerbsorientierte und europarechtskonforme Regulierung von Sportwetten in Deutschland ein. Alle Mitglieder verfügen über bundesweite Sportwettenerlaubnisse gemäß dem 3. GlüÄndStV oder befinden sich im Antragsverfahren. Seit 2012 haben sie in Deutschland über 2,6 Mrd. Euro Sportwettsteuern gezahlt (an Thüringen rund 71 Mio. Euro). Die meisten Mitglieder sind auch als Sponsoren im deutschen Profisport aktiv.



Deutscher Sportwettenverband

II. Zum Gesetzentwurf: Gewährleistungspflicht des Wettveranstalters für den Wettvermittler aufheben

Der DSWV regt dringend die folgende Änderung an Artikel 1 (Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes) des oben benannten Gesetzentwurfs an:

Streichung von § 6 Abs. 1 Satz 4 Thüringer Glücksspielgesetz (gemäß Gesetzentwurf)

**§ 6 - Wettvermittlungsstellen**

(1) Eine Wettvermittlungsstelle betreibt, wer in seinen Geschäftsräumen Sportwetten im Rahmen der Vertriebsorganisation an einen nach dem Glücksspielstaatsvertrag für Sportwetten erlaubten Veranstalter (Erlaubnisnehmer) vermittelt. Die Vermittlung nach Satz 1 bedarf der Erlaubnis. Der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betreiben einer Wettvermittlungsstelle kann nur von einem Erlaubnisnehmer für den jeweiligen Betreiber gestellt werden. ~~Der Erlaubnisnehmer trägt die Gewähr dafür, dass der ausgewählte Betreiber die gesetzlichen Anforderungen für den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle erfüllt.~~

Begründung:

Die gesetzliche Gewährleistungspflicht des Sportwettenerlaubnisinhabers dafür, dass der Betreiber einer Wettvermittlungsstelle die gesetzlichen Anforderungen für den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle erfüllt, und daraus resultierende Haftungen sind nicht gerechtfertigt: Es handelt sich je nach Geschäftsmodell um voneinander unabhängige Wirtschaftsakteure, die auf eigene Verantwortung handeln. Der Wettveranstalter hat ein originäres wirtschaftliches Eigeninteresse, die Zuverlässigkeit des Wettvermittlers zu prüfen – doch er kann im Zweifel nicht für fremdes Fehlverhalten haften. Die Überprüfung gesetzlicher Vorgaben sollte grundsätzlich ausschließlich Gegenstand des behördlichen Vollzugs sein. Zudem widerspricht die Regelung gesetzlichen Vorgaben, wonach Wettveranstalter und Wettvermittler selbstständig und getrennt voneinander Adressaten von Pflichten sind. Nach glücksspielrechtlichen Vorgaben ist der Wettveranstalter verpflichtet, die Vorgaben aus der Konzession nach dem GlüStV einzuhalten (betreffend Kundengelder, Datensicherheit etc.), der Wettvermittler jene aus der Wettvermittlungserlaubnis (Gestaltung der Wettvermittlungsstelle, Sicherstellung der Umsetzung des Jugendschutzes etc.). Dass Pflichten derart auseinanderfallen ist sachgerecht, da beide Gruppen unterschiedliche Handlungskreise zu verantworten haben. Auch gemäß dem Geldwäschegesetz des Bundes sind Wettveranstalter und Wettvermittler voneinander unabhängige Verpflichtete.

Der Deutsche Sportwettenverband würde es begrüßen, wenn seine Anmerkungen und der Änderungsvorschlag Berücksichtigung finden würden, und steht für Rückfragen und Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident

Hauptgeschäftsführer

Anschrift  
Deutscher  
Sportwettenverband e.V.  
Auguststraße 62  
10117 Berlin

Kontakt  
T +49 30 403 680160  
F +49 30 403 680170  
E kontakt@dswv.de  
w dswv.de

Seite  
2 | 2

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/2284–											
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+)</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Dubliner Straße 12</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99091 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+)	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+)	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dubliner Straße 12	Postleitzahl, Ort	99091 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+)	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+)										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dubliner Straße 12										
Postleitzahl, Ort	99091 Erfurt										
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Thüringer Koordinierungsstelle für Prävention, Hilfe und Forschung im Bereich Glücksspielen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG) [Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, d. 23.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST  
23.02.2021 11:00

4619/2021

## Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (GlüStV 2021) der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (GlüStV 2021). Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die aus suchtpreventiver Sicht relevanten Regelungen.

### Allgemeine Vorbemerkung

Glücksspiele sind demeritorische Wirtschaftsgüter, da ihre schädlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung ihren Nutzen für diese übersteigen und mit wirtschaftlichen Kosten für die gesamte Gesellschaft einhergehen (z.B. Behandlungskosten für Suchttherapien, Folge- und Begleitskriminalität).<sup>1</sup> Um die negativen Effekte des Glücksspielens zu mildern, wird dessen Verfügbarkeit staatlich beschränkt. Eine Politik, die konsequenterweise die Belange der Suchtprävention und der Kanalisierung des Glücksspielens in legale und verhältnismäßig sichere Angebote verfolgt, sollte fiskalische Interessen hinter denen des Spieler\*innenschutzes zurückstellen<sup>2</sup>. Denn bei möglichen Steuereinnahmen und den durch Glücksspielen entstehenden Kosten handelt es sich um zwei Seiten derselben Medaille – eine hohe Verfügbarkeit von Glücksspielen schafft Spielanreize, die zu einer erhöhten Glücksspielteilnahme in der Bevölkerung führt und letztlich die Zunahme der Anzahl von Spieler\*innen mit problematischem und pathologischem Spielverhalten bedingt. Die Verfügbarkeit von Glücksspielen wurde wissenschaftlich als einer der bedeutendsten Einflussfaktoren auf die Entstehung von Glücksspielsucht identifiziert.<sup>3</sup>

Wir begrüßen die Auffassung, dass aus dem GlüStV 2021 kein grundlegender Änderungsbedarf im Bereich des terrestrischen und stationären Glücksspielangebotes, insbesondere der Lotterien und Spielhallen, hervorgeht und demzufolge keine vollumfängliche Reform des Thüringer Landesrechts vorgesehen ist. Vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen im deutschen Glücksspielrecht sind die Gestaltungsmöglichkeiten durch das Thüringer Ausführungsgesetz von großer Bedeutung für den Schutz der Thüringer Bürger\*innen vor den Risiken des Glücksspielens.

Das ThürSpielhallenG hat sich in der Vergangenheit in seiner Anwendung bewährt. Der nun vorgelegte fortgeschriebene Entwurf berücksichtigt weitere Maßnahmen des Spielerschutzes, die wir aus suchtpreventiver Sicht befürworten. Insbesondere die Reduzierung der Geräte pro Spielhalle in § 3 Abs. 9 ThürSpielhallenG begrüßen wir. Damit kommt das Land einem eindringlichen Appell der Suchthilfe nach. Wünschenswert wäre im Hinblick auf eine wirksame Glücksspielsuchtprävention jedoch eine deutlichere Verringerung auf acht Geldspielgeräte pro Spielhalle gewesen.

### Herausforderungen durch die Liberalisierung des Glücksspielmarktes

Durch die Legalisierung von Glücksspielen im Internet mit dem Inkrafttreten des GlüStV 2021 wird sich die deutsche Glücksspiellandschaft tiefgreifend verändern. Aufgrund ihrer strukturellen Eigenschaften weisen Online-Casinos und virtuelle Automaten Spiele ein hohes Suchtpotential auf: Eine hohe Verfügbarkeit – rund um die Uhr – und schnelle Spielabfolgen in Verbindung mit zum Teil sehr kurzen Auszahlungsintervallen machen diese Glücksspiele zu einer riskanten Spielform. Darüber hinaus

<sup>1</sup> Gerhard Meyer/Meinolf Bachmann, Spielsucht. Ursachen, Therapie und Prävention von Glücksspielbezogenem Suchtverhalten, Berlin 2017, S. 393.

<sup>2</sup> Ebd., S. 394.

<sup>3</sup> Ebd., S. 120.

entfallen beim Glücksspielen im Internet persönliche Kontakte und zwischenmenschliche Begegnungen und damit auch bewährte soziale Kontrollmöglichkeiten. Das stellt den Staat im Bereich des Jugend- und Spielerschutzes vor neue Herausforderungen.

Bewährte Maßnahmen zur Sicherstellung des Jugendschutzes wie Testkäufe und -spiele müssen rechtzeitig an neue Glücksspielformen im Internet angepasst und implementiert werden. Auch im Bereich der Sportwetten, die in besonderem Maß für Jugendliche und junge Erwachsene interessant sind, sollten diese wirksamen Jugendschutzmaßnahmen weiterhin Anwendung finden.

Auch auf die zu beobachtende massive Ausbreitung der Werbung im Bereich der Sportwetten und des Glücksspiels im Internet muss zeitnah reagiert werden. Vorhandene Regelungen in den Werberichtlinien der Länder müssen der neuen Marktsituation angepasst werden. Nur so können der Spieler- und insbesondere der Jugendschutz gewährleistet werden. Der Glücksspielstaatsvertrag regelt in § 5 GlüStV 2021 Art und Umfang der Werbung für Glücksspiele. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Regulierung, dass Werbung sich nicht an Minderjährige richten darf. Trotz der Regulierungsvorschriften für Werbung im Glücksspielstaatsvertrag zeigt sich die konkrete Werbepaxis jedoch allgegenwärtig, massiv, aufdringlich und spielanreizend. Insbesondere Werbung für Sportwetten setzt auf Identifikationsfiguren aus dem Sport. In der Regel wird bei dieser Werbung die Botschaft transportiert, dass die Spieler\*innen durch eigenes Fachwissen im Bereich des Sports Gewinne erzielen können. Dies ist nicht der Fall.<sup>4</sup> Zudem finden sich in der Werbung für Sportwetten häufig Narrative, die Sportwetten als normale Alltagsbeschäftigung darstellen, die mit einer Begeisterung für Sport natürlicherweise einhergehen würden. Besonders Kinder und Jugendliche müssen vor dieser scheinbaren Normalität und der Gewöhnung an die ständige Verfügbarkeit von Glücksspielen in ihrem täglichen Lebensumfeld geschützt werden, denn die Gefahren und Risiken des Glücksspiels sind insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erheblich und folgeschwer.<sup>5</sup> Daher ist es aus suchtfachlicher und gesundheitspolitischer Sicht dringend erforderlich, an die aktuellen Entwicklungen und neue Medienformen angepasste, klare und eindeutige Regelungen für Glücksspielwerbung zu erlassen. Vor dem Hintergrund der Aufweichung der Werberichtlinien im neuen GlüStV 2021 sehen wir akuten Handlungsbedarf für eine Überarbeitung der Regulierung der Länder mit stärkerem Fokus auf neue Glücksspiel- und Medienformen. An dieser Stelle möchten wir auch die Bewerbung von Glücksspielen durch das sogenannte Influencer-Marketing als neue Form der Einflussnahme auf eine jüngere Zielgruppe hervorheben. Nur zeitgemäße Regulierungen erlauben es, den Jugend- und Spielerschutz auch nach der Liberalisierung des deutschen Glücksspielmarktes hinreichend zu gewährleisten. Wir appellieren an die Landesregierung, an der Überarbeitung der Werberichtlinie aktiv im Sinne des Spieler- und Jugendschutzes mitzuwirken.

Um sicherzustellen, dass die Liberalisierung des deutschen Glücksspielmarktes nicht zulasten der Bürger\*innen geht, braucht es ein eindeutig formuliertes Bekenntnis des Freistaates zur planungssicheren und zukunftsorientierten Finanzierung der Prävention, Suchthilfe und Forschung im Themenfeld Glücksspielsucht, die es erlaubt, nachhaltig wirksame und strategisch langfristig angelegte Projekte dauerhaft zu gewährleisten. Neben ausreichender Förderung ist Planbarkeit ein wichtiger Faktor bei der Sicherstellung wirksamer Prävention und Suchthilfe. Aus gesundheitspolitischer Sicht sollte es zudem von Interesse sein, die neue Situation im Bereich des Glücksspiels wissenschaftlich begleiten und evaluieren zu lassen. Den politischen Entscheidungsträger\*innen sollte bewusst sein, dass die Öffnung des Glücksspielmarktes mit Mehrkosten für Prävention, Hilfe und Forschung einhergehen muss.

## ThürGlüG

### § 3 ThürGlüG Teilnahmebedingungen

Wir begrüßen, dass in § 3 Abs. 2 ThürGlüG klargestellt wird, dass Änderungen zwingend der Glücksspielaufsichtsbehörde vorzulegen sind. Die Änderung der Genehmigungsfiktion in eine Bestätigungspflicht der Glücksspielaufsichtsbehörde stellt sicher, dass von den Veranstalter\*innen vorgenommene Änderungen an den Teilnahmebedingungen dem Spielerschutz entsprechen.

<sup>4</sup> Tobias Hayer/Jens Kalke, Sportwetten: Spielanreize und Risikopotenziale, in: Suchttherapie 2020.

<sup>5</sup> Tobias Hayer/Ingo Fiedler, Sportwetten und Jugendliche: Spielangebote und Suchtgefahren, in: Praxis - Klinische Verhaltensmedizin und Rehabilitation 3/2013, S. 189–196.

#### § 4 ThürGlüG Erlaubnisverfahren

Der Aufhebung der Sätze 3 – 4 in § 4 Abs. 4 ThürGlüG (Verbot der Aufstellung von mit dem Internet verbundenen Glücksspielautomaten) widersprechen wir aus suchtpreventiver Sicht. Diese Regelung soll als klares Trennungsgebot zwischen Online- und terrestrischem Spiel beibehalten werden. Glücksspielanbieter\*innen müssen sich entscheiden, welche Spielform sie an einem Standort anbieten wollen. Eine Vermischung, welche die Streichung unweigerlich zur Folge hat, dient weder dem Spielerschutz noch dem Vollzug.

Darüber hinaus würde die Streichung zur Inkohärenz des Gesetzes führen, da eine entsprechende Regelung im Spielhallengesetz (berechtigtweise) weiterhin besteht.

#### § 6 ThürGlüG Wettvermittlungsstellen

##### § 6 Abs. 6 ThürGlüG – Abstandsregelungen

Grundsätzlich begrüßen wir das in § 6 Abs. 6 ThürGlüG ausgeführte Verbot der Ansiedelung von Wettvermittlungsstellen in unmittelbarer Nähe zu Kinder- und Jugendeinrichtungen, Suchtberatungsstellen und innerhalb von Sportstätten. Zum einen ist jedoch aus suchtpreventiver Sicht auch ein Abstandsgebot von Wettvermittlungsstellen zu Sportstätten zwingend erforderlich.<sup>6</sup>

Zum anderen ist eine konkrete Abstandregelung mit einer eindeutigen Benennung der Entfernung, wie sie im ThürSpielhallenG verankert ist, auch für Wettvermittlungsstellen aus suchtpreventiver Sicht wünschenswert. Wir sind, wie die Verfasser\*innen des vorliegenden Gesetzentwurfes, der Auffassung, dass Wettvermittlungsstellen dem Charakter nach eher Spielhallen entsprechen (Gesetzentwurf, S. 11). Deshalb sollten im Bereich der Wettvermittlungsstellen Vorkehrungen zum Spielerschutz analog zu denen im Bereich der Spielhallen implementiert werden. Auch hier gilt es im Sinne des Jugendschutzes unbedingt zu vermeiden, dass diese Einrichtungen zur selbstverständlichen Lebenswirklichkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden und sich ein Gewöhnungseffekt einstellt, wie die Verfasser\*innen in Bezug auf Spielhallen treffend argumentieren (Gesetzentwurf, S. 16).

Darüber hinaus würde eine konkrete Benennung der notwendigen Entfernung von Wettvermittlungsstellen zu Kinder- und Jugendeinrichtungen und Suchtberatungsstellen und zu Sportstätten einen erleichterten Vollzug der Regelung gewährleisten, indem mögliche Auslegungsschwierigkeiten ausgeschlossen würden, die durch den unbestimmten Rechtsbegriff der „unmittelbaren Nähe“ entstehen können. Dies gilt auch in Bezug auf eine Abstandsregelung zwischen Wettvermittlungsstellen untereinander und zu Sportstätten.

Die Vermeidung einer „übermäßigen Konzentration von Wettvermittlungsstellen in bestimmten Gebieten“ in § 6 Abs. 6 ThürGlüG bleibt deutlich hinter einem aus suchtpreventiver Sicht erforderlichen Abstandsgebots zurück. Da die Verfasser\*innen im Bereich der Sportwettvermittlung selbst den Bedarf einer „maßvollen Anpassung [...]“ erkennen, da mit dem GlüStV 2021 "ein nicht mehr zahlenmäßig kontingentiertes Erlaubnissystem" (S. 10) eingeführt werden wird, ist nicht ersichtlich, weshalb an dieser Stelle auf unbestimmte Rechtsbegriffe zurückgegriffen wird. Dass im Fall der Wettvermittlungsstellen nicht mit einer übermäßigen Konzentration zu rechnen ist, wie die Verfasser\*innen des Gesetzentwurfes vermuten, ist spekulativ und ungesichert und kann aus diesem Grund aus suchtpreventiver Sicht nicht unterstützt werden. Bisher galt lediglich die Experimentierklausel aus dem GlüStV 2012 und mit der zahlenmäßig unbegrenzten Ausgabe von Konzessionen für Wettvermittlungsstellen konnte erst im Oktober letzten Jahres begonnen werden. Die zukünftige Marktentwicklung lässt sich unter diesen Umständen nicht voraussagen.

##### § 6 Abs. 2 und Abs. 12 ThürGlüG – Wettvermittlung im Nebengeschäft, Trennungsgebot

Das Verbot der Vermittlung von Sportwetten im Nebengeschäft wird grundsätzlich begrüßt (§ 6 Abs. 2 ThürGlüG). Aus suchtpreventiver Sicht lehnen wir jedoch die Ausnahmeregelung für die Vermischung der Angebote von Wettvermittlungs- und Lotterie-Aannahmestellen im terrestrischen Bereich ab (§ 6 Abs. 12 ThürGlüG). Die Begründung, dass sich im ländlichen Bereich sonst keine Wettvermittlungsstellen ansiedeln werden, ist, auch im Sinne einer Kanalisierung, nicht schlüssig, da die Betreiber\*innen Sportwetten nun auch online anbieten können.

<sup>6</sup> Hayer/Kalke (Anm. 4).

## § 7 ThürGlüG Spielerschutz

Positiv bewerten wir die Einführung des spielformübergreifenden Sperrsystems (§ 8 GlüStV 2021) als eine wichtige Schutzfunktion für spielsüchtige oder potentiell spielsüchtige Personen. Die Spielersperre stellt eine wichtige strukturelle Maßnahme und ein unterstützendes Instrument im Rahmen des Spielerschutzes dar. Im Bereich des staatlichen Glücksspiels (Lotterien und Spielbanken) sind Spielersperrungen bereits bundesweit eingeführt. Das spielformübergreifende Sperrsystem ist derzeit, neben der Reduktion des Angebotes von Glücksspielen, die einzige Spielerschutzmaßnahme, deren Wirksamkeit wissenschaftlich nachgewiesen werden konnte.<sup>7</sup> Mit ihr kann kurzfristig und mit entsprechender struktureller Ausgestaltung auch nachhaltig ein exzessives Spielverhalten von problematischen Glücksspieler\*innen wirksam aufgefangen werden.

## ThürSpielhallenG

### § 3 ThürSpielhallenG Anforderungen an Spielhallen und ähnliche Unternehmen

Die Abstandsregelungen im § 3 Abs. 2 zur Änderung des unbestimmten Rechtsbegriffs „der unmittelbaren Nähe“ hin zu 200 m wird begrüßt. Trotzdem stellen wir die Frage, warum nicht auf die gleiche Abstandsregelung zurückgegriffen wurde, die für Spielhallen untereinander gilt (500 m).

Die Reduzierung der Geldspielgeräte pro Spielhalle von 12 auf zehn durch die Änderung des § 3 Abs. 9 ThürSpielhallenG leistet einen sinnvollen Beitrag zum Spielerschutz. Wünschenswert wäre im Hinblick auf eine wirksame Glücksspielsuchtprävention jedoch eine Verringerung auf acht Geräte gewesen, wie sie bereits von einigen Thüringer Kommunen praktiziert wird.

Im Hinblick auf einen wirksamen Spielerschutz durch Verfügbarkeitsreduktion befürworten wir insbesondere, dass kein Gebrauch von § 29 Abs. 4 GlüStV gemacht wird. § 29 Abs. 4 GlüStV ermöglicht es den Ländern, eine Ausnahmeregelung von dem in § 25 Abs. 2 GlüStV 2021 festgelegten Verbot von Mehrfachkonzessionen (mehrere Einzelspielhallen in einem Gebäude) zu implementieren. So können am 1. Januar 2020 bestehende Spielhallen mit bis zu drei Konzessionen immer wieder eine befristete Erlaubnis zum Weiterbetrieb erwerben, wenn sie sich von einer akkreditierten Prüforganisation zertifizieren lassen und die Zertifizierung in regelmäßigen Abständen wiederholt wird.

Ziel dieser Maßnahme ist die Aufweichung des Mehrfachkonzessionsverbots und der damit verbundenen Abstandsregelungen für Spielhallen im GlüStV 2021 und im Rahmen der Spielhallengesetze. Derzeit profitieren Spielhallen im baulichen Verbund bereits von einer Härtefallregelung. Wir sehen daher keine Notwendigkeit für die Übernahme dieser Norm in Thüringer Landesrecht und halten diese weitere, gegebenenfalls unbegrenzte, Verlängerung der Übergangsfrist für bestehende Spielhallen mit Mehrfachkonzessionen für überflüssig und schädlich im Sinne des Spielerschutzes.

Bei Abstandsregelungen und dem Verbot von Mehrfachkonzessionen handelt es sich um eine wirksame verhältnispräventive Maßnahme. Die Stärkung des Spielerschutzes durch die Reduktion der Spielhallendichte innerhalb der Länder und Kommunen wurde sowohl von der Suchthilfe als auch von weiten Teilen der Bevölkerung gefordert.

Bereits im GlüStV 2012 wurde ein Verbot von Mehrfachkonzessionen verankert (§ 25 Abs. 1 GlüStV 2012), das aufgrund einer Härtefallregelung (§ 29 Abs. 4 GlüStV 2012) bis heute nicht flächendeckend zur Anwendung kommt. Nun würde den Spielhallenbetreiber\*innen durch die Anwendung des § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 nochmals eine Übergangsfrist eingeräumt, die dem eigentlichen gesetzgeberischen Anliegen widerspricht (vgl. hierzu die Begründung zu § 25 Abs. 1 und 2 GlüStV 2021) und die suchtpräventiven Ziele des Gesetzgebers konterkariert.

Wir als Fachstelle kritisieren darüber hinaus, dass im Rahmen der vorgesehenen Qualifizierungen nur der Input geprüft werden kann. So wird zum Beispiel geprüft, ob ein Sozialkonzept vorhanden ist, das Personal geschult ist und wie die Abläufe im Rahmen der Erkennung und Ansprache von problematischen Spieler\*innen vonstattengehen können. Diese Zertifizierung kann im besten Fall einen theoretisch funktionierenden Spielerschutz belegen. Der eigentliche Output, also die Frage, wie viele

<sup>7</sup> Meyer/Bachmann (Anm. 1), S. 416.

problematische Spieler\*innen letztendlich angesprochen oder der Spielhalle verwiesen werden und dann z.B. auch in einer Suchtberatungsstelle ankommen, kann im Rahmen einer Zertifizierung überhaupt nicht gemessen werden. Der Gesetzgeber schafft hier folglich eine Regelung, welche rein auf gutgläubigem Vertrauen aufbaut, und die weder sachlich normativ noch suchtwissenschaftlich begründet werden kann. Zudem wird durch eine gesetzgeberische Würdigung einer zertifizierten Spielhalle eine Aufwertung der Zertifizierung an sich erfolgen, welche direkt und indirekt Auswirkungen auf die Überwachungstätigkeit der unteren Glücksspielaufsicht innerhalb der Kommunen haben kann.

Die Zertifizierung von Spielhallen stellt keine gleichwertige Alternative zur Verringerung des Glücksspielangebotes durch die Reduktion von Geldspielgeräten innerhalb einer Spielhalle und der Gesamtzahl von Spielhallen, auch und insbesondere mehrerer Spielhallen in einem baulichen Verbund, dar. Neben der Spielersperre ist die Reduktion der Verfügbarkeit von Spielstätten die einzige wissenschaftlich belegte wirksame Spielerschutzmaßnahme.

#### § 4 Abs. 6 Satz 2 ThürSpielhallenG Anforderungen an die Ausübung des Gewerbes

Der redaktionellen Änderung, also der Ersetzung des Begriffs „spielerrelevant“ durch das Wort „spielrelevant“ wird aus suchtpreventiver Sicht widersprochen. Diese Formulierung ist ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu den Spielhallengesetzen der anderen 15 Bundesländer, welches sich im Spielerschutz hierzulande bewährt hat. Die Formulierung stellt den Unterschied zwischen Informationen heraus, welche für Veranstalter\*innen/Betreiber\*innen relevant zu sein scheinen zu denen, welche für die (potentiellen) Spieler\*innen relevant sind. Da es in der Regelung um letztere gehen soll, sind in Thüringer Spielhallen derzeit noch Aussagen wie die Verweigerung der Nennung einer Auszahlungsquote der Geldspielgeräte mit Verweis auf die SpielV nicht möglich. In allen anderen Bundesländern findet sich eine solche Aussage auf den Aushängen „Spielrelevante Informationen“ und muss offenbar von den Behörden akzeptiert werden. Die Aufklärung von Spieler\*innen ist ein essentieller Teil des Spielerschutzes und sollte nicht durch wirtschaftliche Interessen verwässert werden.

Erfurt, 23.02.2021

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*


<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -		
<b>1</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Staatslotterie	Anstalt öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fröhliche-Mann-Str. 3b
	Postleitzahl, Ort	98528 Suhl
<b>2</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufgabe der Thüringer Staatslotterie ist die Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung staatlicher öffentlicher Glücksspiele gemäß § 2 ThürGlüG.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Änderungsbedarf wird grundsätzlich befürwortet. Ergänzungs- / Änderungsbedarf wird hinsichtlich § 4 Absatz 3, Satz 1 und § 14 Abs. 1 Nr. 1 ThürGlüG gesehen. Ein weiterer Ergänzungsbedarf wird in der Aufnahme einer Regelung bezüglich der Veranstaltung des Online-Casinospiels für den staatlichen Glücksspielveranstalter gesehen.	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Suhl, d. 23.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST  
23.02.2021 15:11

469112021

**Thüringer Landtag  
Verwaltung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt**

**Fax: 0361 / 37 72 016  
E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)**

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Unser Zeichen	Telefon	Datum
	03.02.2021		aw-st	-311	23.02.2021

**Anhörungsverfahren  
gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum  
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages  
2021**

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE; der SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 –

und zu dem

**Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE; der SPD und BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1585 -**

**THÜRINGER  
STAATSLOTTERIE**  
Anstalt des öffentlichen Rechts

Fröhliche-Mann-Str. 3b  
98528 Suhl

Tel.: (0 36 81) 35 45-0  
Fax: (0 36 81) 35 45-339  
[service@lotto-thueringen.de](mailto:service@lotto-thueringen.de)  
[www.lotto-thueringen.de](http://www.lotto-thueringen.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Thüringer Staatslotterie bedankt sich für die Einladung im Anhörungs-  
verfahren als Sachverständige zu dem Gesetzesentwurf und zu dem Ände-  
rungsantrag schriftlich Stellung nehmen zu dürfen. Gern kommen wir die-  
ser Einladung nach.

Wir begrüßen die Einigung der Länder auf den Glücksspielstaatsvertrag  
2021 und damit verbunden, nicht nur die Beibehaltung des staatlichen Lot-  
teriemonopols, sondern auch dessen Stärkung. Die für das Thüringer  
Glücksspielgesetz entworfenen Regelungen werden grundsätzlich befür-  
wortet.

Nachfolgende Hinweise und Ergänzungsvorschläge sind aber aus Sicht  
der TSL von großer Bedeutung, daher bitten wir um entsprechende Berück-  
sichtigung.



**Streichung in § 4 Abs. 3 ThürGlüG wie folgt:**

(3) Die Erlaubnis für Lotterien, die nicht nach dem Dritten Abschnitt des Glücksspielstaatsvertrags erlaubt werden können, wird durch die oberste Glücksspielaufsichtsbehörde ~~im Einvernehmen mit dem für Gesundheit zuständigen Ministerium~~ schriftlich erteilt. Das für Gesundheit zuständige Ministerium prüft ~~das beantragte öffentliche Glücksspiel hinsichtlich seiner sozialen Auswirkungen und bewertet das Sozialkonzept.~~

**Begründung:**

Die Thüringer Staatslotterie nimmt an dieser Stelle die Gelegenheit wahr, um auf ein gesetzliches Erfordernis hinzuweisen, das in seiner praktischen Umsetzung wiederholt zu Konflikten geführt hat.

§ 4 Abs. 3 Satz 1 ThürGlüG sieht vor, dass Erlaubnisse für Lotterien durch die oberste Glücksspielaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem für Gesundheit zuständigen Ministerium erteilt werden. Faktisch erhebt dieses Einvernehmen das für Gesundheit zuständige Ministerium zu einer zweiten Aufsichtsbehörde des staatlichen Glücksspielveranstalters.

Thüringen ist das einzige Bundesland, in dessen Ausführungsgesetz sich eine solche Regelung findet.

Dieses zu erwirkende Einvernehmen hat gravierende Auswirkungen auf die Abstimmung innerhalb der Poolungsgemeinschaften des Deutschen Lotto- und Totoblocks sowie auf europäischer Ebene der Eurojackpot-Kooperation.

Des Weiteren erfolgt mit dieser Regelung eine Doppelung der Aufgabenwahrnehmung, Prüfung und suchtrelevanten Einschätzung von Erlaubnisansträgen für Produktneueinführungen bzw. Produktänderungen, da diese Aufgaben bereits z. B. durch den unabhängigen Fachbeirat Glücksspiel wahrgenommen werden.

Dies vorausgestellt ist u. E. die hier enthaltene zusätzliche länderspezifische Regelung in Thüringen entbehrlich.

Die Streichung in Satz 2 ist bedingt durch die Streichung in Satz 1.

**Streichung in § 14 Abs. 1, Ziff. 1 wie folgt:**

*§ 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:*

*„(1) Das für das Glücksspielwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung*

*1. ~~eine Senkung oder Erhöhung der Zahl der Annahmestellen nach § 2 Abs. 5 und der Zahl der Wettvermittlungsstellen nach § 6 Abs. 1 festzulegen, soweit dies zur Erreichung der Ziele erforderlich ist,~~“*

**Begründung:**

Die Thüringer Staatslotterie hat zur Kenntnis genommen, dass es der Glücksspielaufsichtsbehörde möglich sein soll, per Rechtsverordnung eine Erhöhung bzw. Senkung der nach dem Gesetz zulässigen Anzahl der Annahmestellen (derzeit 750) zu regeln.

Vor allem eine Senkung wird aus hiesiger Sicht mit Sorge gesehen. Dem Veranstalter der staatlichen öffentlichen Glücksspiele kommt eine monopolistische Präsenz zu, um dem gesetzlich verankertem Kanalisierungsauftrag gerecht werden zu können. Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Verringerung der Annahmestellen in Thüringen festzustellen. Dies begründet sich vor allem im demographischen Wandel, der zunehmenden Verlagerung ins Internet sowie in der vermehrten Zentrierung von Einkaufsmöglichkeiten und damit verbunden der Verödung der Innenstädte.

Die Thüringer Staatslotterie hat daher große Anstrengungen unternommen, die Anzahl der Annahmestellen wieder zu erhöhen und steht zu konkreten Vorschlägen mit dem Thüringer Landesverwaltungsamt sowie mit der Glücksspielaufsicht im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales im Austausch, um perspektivisch eine Erhöhung der tatsächlichen Anzahl an Annahmestellen zu erreichen.

Mit der letzten Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes wurde zudem die Möglichkeit der mobilen Annahmestellen geschaffen. Die Thüringer Staatslotterie befindet sich auch hier in Vorbereitung, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Die Vorschrift des § 14 Abs. 1 Nr. 1 darf nicht dazu führen, dass hierdurch die Präsenz sowie die Kanalisierung konterkariert werden und der staatliche Anbieter öffentlicher Glücksspiele in Behauptung auf dem Glücksspielmarkt gegenüber der Konkurrenz hierdurch einen Nachteil erfährt.

*Daher sollte eine solche Regelung der politischen Entscheidung dem konkreten Gesetzestext des Thüringer Glücksspielgesetzes unterliegen.*

**Einfügung des fett gedruckten Satzes in § 2 Abs. 1, als neuer Satz 3 sowie Anpassung in Satz 5 ThürGlüG wie folgt:**

(1) <sup>1</sup>Aufgabe der Thüringer Staatslotterie ist die Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung staatlicher öffentlicher Glücksspiele in Erfüllung der öffentlichen Aufgabe nach § 10 Abs. 1 des Glücksspielstaatsvertrags. <sup>2</sup>Die Thüringer Staatslotterie kann ferner öffentliche Glücksspiele, die nach dem Dritten Abschnitt des Glücksspielstaatsvertrags erlaubt werden können, und Zusatzlotterien veranstalten. <sup>3</sup>**Die Thüringer Staatslotterie kann allein oder in Kooperation mit anderen Unternehmen Online-Casino anbieten.** <sup>4</sup>Zu den nach den Satz 1 veranstalteten öffentlichen Glücksspielen können Sonderauslosungen ohne zusätzlichen Einsatz aus nicht ausgezahlten Gewinnen vorangegangener Veranstaltungen durchgeführt werden, um eine möglichst vollständige Ausschüttung des vorgesehenen Gewinnanteils zu erreichen. <sup>5</sup>Die Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung der Glücksspiele, Zusatzlotterien und Sonderauslosungen nach den Sätzen 1 bis 4 erfolgt nach Maßgabe der hierfür nach § 4 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Erlaubnis.

**Begründung:**

Unter Bezugnahme auf den GlüStV 2021 wurde festgestellt, dass im Thüringer Glücksspielgesetz keine länderspezifischen Ausführungen zum künftig zulässigen Angebot von Online-Casino, Online-Poker und virtuellem Automatenspiel enthalten sind. Insbesondere verwundert es, dass für das auf den Wirkungsbereich des Freistaates Thüringen beschränkte Angebot von Online-Casino im Sinne von § 22c GlüStV keine Konkretisierung getroffen wird.

Nach hiesiger Ansicht sollte insbesondere der Markt im Bereich Online-Casino von einem staatlichen Anbieter besetzt werden, um dem Freistaat auch in Zukunft Einnahmen zu sichern. Die Entwicklung im Bereich der einzelnen Glücksspielarten zeigt eindeutig einen Trend bzw. eine Verlagerung in Richtung Internet auf, so dass es für den Freistaat geboten scheint, von dieser Entwicklung zu partizipieren. Dieses Feld sollte keinem privaten Anbieter überlassen werden. Da sich der bislang unregulierte Markt von dem künftig in Deutschland regulierten Markt unterscheiden wird, agieren alle Anbieter unter gleichen Voraussetzungen. Die bisherigen privaten Anbieter haben aufgrund der Regularien, die der Glücksspielstaatsvertrag 2021 vorsieht, in diesem Bereich trotz ihrer jahrzehntelangen Erfahrung keine Vorteile. Vielmehr könnte ein staatlicher Anbieter von Online-Casino einen Vorteil dadurch erlangen, in Kombination mit dem Angebot von virtuellem Automatenspiel unter der Dachmarke „Casino“ bzw. „Casinospiele“ werben zu dürfen. Die Verwendung dieser Begriffe ist gemäß § 22a Abs. 11 GlüStV 2021 dem Veranstalter von ausschließlich virtuellem Automatenspiel verboten.

*In diesem Zusammenhang wird daher angeregt, in das ThürGlüG eine Regelung aufzunehmen, welche auch dem staatlichen Glücksspielunternehmen die Möglichkeit einräumt, Online-Casino allein oder in Kooperation mit anderen Unternehmen anzubieten. Die Einfügung des neuen Satzes 3 erfordert die Anpassung in Satz 5.*

Abschließend möchten wir uns noch einmal für die Möglichkeit der Stellungnahme im eingangs benannten Gesetzgebungsverfahren bedanken. Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir jederzeit gern. zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Thüringer Staatslotterie

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 772284 -	
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachverhalt z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG. Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
Name	Organisationsform
Bundesverband d. deutschen Glücksspielunternehmen	eingetragener Verein
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Luisenstraße 45
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBefähidokG)	
	Interessenvertretung staatl. genehmigter Glücksspielunter- nehmen, vornehmlich staatl. Lotterien	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die aufgeführten Regelungen insgesamt für	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBefähidokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• gemeinschaftliche Lösung aller 16 Bundes-Länder ist von großer Bedeutung</li> <li>• Stärkung d. Lotteriemonopols ist richtig</li> <li>• Öffnung d. Online-Glücksspiels erfordert starke Aufsicht und aktiven Vollzug</li> </ul>	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBefähidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 ThürBefähidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 4 Satz 2 ThürBeteiligungG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 24.02.2021	

BDGU e.V. | Luisenstraße 45 | 10117 Berlin

Thüringer Landtag

Haushalts- und Finanzausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST

24.02.2021 11:55

4769/2021

Stellungnahme des BDGU zum

Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021

Berlin, 24.02.2021

Sehr geehrter Herr Bieler,

der Bundesverband der deutschen Glücksspielunternehmen e.V. (nachfolgend BDGU genannt) bedankt sich für die Möglichkeit zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Stellung beziehen zu dürfen. Lassen Sie uns zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

## Über den Verband

Die Mitglieder des BDGU sind Anbieter klassischer Lotterienprodukte bzw. Vertreter ihrer Vertriebsstrukturen. Alle Mitglieder unseres Verbands verfügen über eine Lizenz nach deutschem Glücksspielrecht und bieten seit Jahrzehnten verlässlich

Glücksspiele, hauptsächlich mit geringem Gefährdungspotenzial, an. Der BDGU setzt sich für die Sicherung eines seriösen, lauten und verantwortungsvollen staatlichen Glücksspielangebotes in Deutschland ein. Kompass unseres Handelns sind die ordnungsrechtlich verankerten Ziele, Spielsuchtprävention und -bekämpfung, Spieler- und Jugendschutz, Verhinderung des Ausweichens auf illegale Angebote, Bekämpfung von Betrugs- und Begleitkriminalität sowie die Gewährleistung eines sicheren und transparenten Spielbetriebs.

### **Grundsätzliche Anmerkungen zum Glücksspielstaatsvertrag 2021**

Der BDGU begrüßt ausdrücklich, dass die Länder eine gemeinsame Einigung zur Regulierung des Glücksspielmarktes ab 1. Juli 2021 gefunden haben. Dies ist maßgeblich für den Erfolg einer kohärenten und effektiven Kontrolle der genehmigten und Ahndung der nicht genehmigten Anbieter auf dem deutschen Glücksspielmarkt und damit verbunden für das Erreichen der Ziele dieses Staatsvertrags.

Wir begrüßen darüber hinaus, dass an den Regelungsmaximen des bestehenden Staatsvertrags, insbesondere den gleichrangigen Zielen des § 1 festgehalten wurde. Denn diese haben sich in verschiedenen höchstinstanzlichen Verfahren der letzten Jahre als verfassungs- und europakonform erwiesen.

Dass das staatliche Lotteriemonopol im Rahmen dieses Staatsvertrags beibehalten und mit den Regelungen im dritten Abschnitt des Staatsvertrags gleichwohl gestärkt wurde, findet innerhalb des BDGU großen Zuspruch. Die Regelungen tragen zudem der Tatsache Rechnung, dass das Konzept der Spielform großer Lotterien eine Konzentration der Spieleinsätze erfordert. Nur so lässt sich realisieren, dass mit relativ geringen Einsätzen eine große Gewinnsumme erzielt werden kann. Dem Erfordernis monopolartiger Strukturen für die großen Lotterien wird auch im

europäischen und internationalen Vergleich überwiegend regulatorisch Rechnung getragen.

Die Schaffung einer Gemeinsamen Aufsichtsbehörde der Länder ist ein wesentlicher Schritt, die künftigen Regelungen für das Online-Segment effizient und kohärent durchzusetzen. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich und möchten die Länder darin bestärken, die Behörde schnellstmöglich handlungsfähig zu machen und sie, mit der Marktdynamik entsprechenden, materiellen und personellen Ressourcen auszustatten. Die Erreichung der Ziele des neuen Glücksspielstaatsvertrags, insbesondere die Kanalisierung hin zu lizenzierten Glücksspielangeboten, muss mit einem schlagkräftigen und aktiven Vollzug einhergehen. Nicht lizenzierten, regulierungsunwilligen Anbietern muss aktiv entgegengetreten werden, der Rechtsrahmen sowie die zur Verfügung stehenden Vollzugsinstrumente vollständig ausgeschöpft werden. Wir gehen davon aus, dass sich das illegale Marktgeschehen im Zusammenspiel von neuer Regulierung und verbesserter Aufsichtsleistung dann deutlich zurückziehen wird.

## **Zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021**

Mit Verwunderung haben wir wahrgenommen, dass im vorliegenden Entwurf die Frage, wie §22c GlüStV 2021 umgesetzt werden soll gänzlich unbeantwortet bleibt. Dies zu klären fällt selbstverständlich voll und ganz in die Zuständigkeit der Länder, weshalb auch wir diesbezüglich keine Empfehlung abgeben möchten. Dennoch regen wir im Sinne einer rechtssicheren Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags an, dass die Frage wie künftig mit Online-Casinospielen umgegangen wird, im Rahmen dieses Gesetzes mitgeklärt wird.

Weiterhin fällt auf, dass das Thüringer Glücksspielgesetz in § 4 (3) zur Erteilung einer Erlaubnis für Lotterien ergänzend die Zustimmung des für Gesundheit zuständigen Ministeriums bedarf. Dies stellt eine zusätzliche Hürde im

# **BDGU.**

Bundesverband der deutschen  
Glücksspielunternehmen e.V.

Genehmigungsprozess dar und entspricht de facto einer weiteren  
Genehmigungsbehörde. Wir regen an, diesen Genehmigungsprozess zu  
modernisieren.

Wir bedanken uns abschließend noch einmal für die Möglichkeit, im Namen des  
Bundesverbands der deutschen Glücksspielunternehmen e.V. zum Thüringer  
Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 schriftlich Stellung  
nehmen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin

Vorsitzender des Vorstands

Bundesverband der deutschen  
Glücksspielunternehmen e.V.

Luisenstraße 45  
10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 220565670

E-Mail: [info@bdgu.de](mailto:info@bdgu.de)

Internet: [www.bdgu.de](http://www.bdgu.de)

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesstelle für Suchtfragen e. V.</td> <td>gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Steigerstraße 40, 99096 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Steigerstraße 40</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesstelle für Suchtfragen e. V.	gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Steigerstraße 40, 99096 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steigerstraße 40	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landesstelle für Suchtfragen e. V.	gemeinnütziger Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Steigerstraße 40, 99096 Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Steigerstraße 40									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>											
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b>      <input type="checkbox"/> <b>Wohnadresse</b>  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> <input type="checkbox"/> <b>Wohnadresse</b> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> <input type="checkbox"/> <b>Wohnadresse</b> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

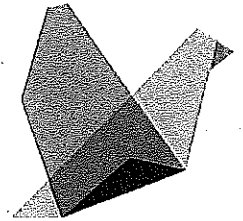
3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Landesweite (und länderübergreifende) Servicestelle für das Themenfeld Abhängigkeitserkrankung. Unterstützung für die Suchtkrankenhilfe in TH.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- wir schließen uns der Stellungnahme der Fachstelle Glücksspielsucht (fdr) an und ergänzen bzw. betonen folgende Schwerpunkte: - Legalisierung von Glücksspielen im Internet wird aus Sicht der Suchtkrankenhilfe äußerst kritisch gesehen --> vor allem die Einhaltung des Kinder-, Jugend- und Spielerschutzes - Ausbau der Suchtprävention und Suchthilfe --> wir erwarten eine Zunahme an Beratungs- und Behandlungsanfragen - Sicherstellung von flächendeckenden Hilfsangeboten im ambulanten und stationären Bereich in TH für betroffene Personen - <u>Evaluation der Auswirkungen der Gesetzesänderung auf betroffene Personen</u>	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.02.2021	



TLS e.V., Stelgerstraße 40, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
-Haushalts- und Finanzausschuss-  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
**7/1068**

zu Drs. 7/2284; zu VL 7/1585

Ihr Schreiben vom    Ihre Zeichen  
03.02.2021

Erfurt, 25.02.2021

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags  
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - Drucksache 7/2284 –  
und zu dem  
Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN - Vorlage 7/1585 –  
hier: Stellungnahme der Thüringer Landesstelle für Suchtfragen e. V.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und beschränken uns auf die wesentlichen Auswirkungen für die Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe.

Wir möchten uns an dieser Stelle für den kollegialen Austausch mit der Fachstelle Glücksspiel-sucht (fdr) bedanken, die uns ihre Stellungnahme vom 23.02.2021 zur Verfügung gestellt hat. Weiterhin bedanken wir uns für die Zusammenarbeit mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. mit welcher wir uns ebenfalls ausgetauscht haben.

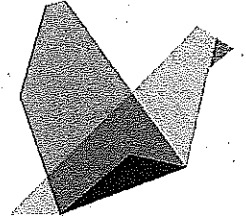
Die dargelegten Problemanzeigen und Forderungen teilen wir ausdrücklich. Insbesondere die beschriebenen Auswirkungen, die sich durch die Legalisierung von Glücksspielen im Internet mit dem Inkrafttreten des GlüStV 2021 ergeben werden, sehen wir kritisch und schätzen in der Folge einen höheren Hilfebedarf für die Suchtkrankenhilfe in Thüringen ein.

Die Legalisierung des Glücksspielangebotes im Internet sehen wir aufgrund unserer Expertise in Fragen des Kinder-, Jugend- und Spielerschutzes, der Suchtprävention- und Suchtbehandlung als besonders kritisch. Die aus Gründen der Suchtpräventionen vorgeschriebenen Maßnahmen im Bereich Online-Angebote und insbesondere der Sportwetten sind aus unserer Sicht gerade mit Blick auf Einhaltung des Kinder- und

---

Thüringer Landesstelle für Suchtfragen e.V.  
Stelgerstraße 40  
99096 Erfurt

Vorsitzende:



Jugendschutzes gute Ansätze, reichen aber in der Praxis nicht aus. Die Gewinnoptimierung der Spieleanbieter darf nicht leitend sein.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu den Gefahren des Glücksspiels liegen ausreichend vor. Suchtprävention wird durch staatliche Unterstützung gefördert, muss aber weiter ausgebaut und modernisiert werden. Dafür gibt es gute Konzepte, die in die regelhafte flächendeckende Umsetzung gebracht, ausreichend finanziert und verstetigt werden müssen.

Im Bereich der Suchtkrankenhilfe gehen wir von einer Zunahme von Beratungs- und Behandlungsanfragen aus. Auch hier braucht es frühzeitig einen Ausbau der örtlichen Beratungsstrukturen. Hier sehen wir eine enge Verzahnung zwischen Sucht- und Schuldnerberatung und der Suchtselbsthilfe für unerlässlich. Für die notwendigen Kooperationen – auch zu anderen Beratungsangeboten – braucht es Stundenaufstockungen, die solide finanziert werden.

Problematisch ist das Fehlen von stationären Behandlungsangeboten für Spielsüchtige in Thüringen. Hier muss zeitnah ein spezifisches Angebot aufgebaut werden, um Betroffenen – unter Einbezug der Angehörigen – eine wohnortnahe Behandlung und Therapie zu ermöglichen. Hierbei sind insbesondere Behandlungskonzepte für Unter 18jährige zu entwickeln und wohnortnah vorzuhalten. Eine ausschließliche Verortung dieser Zielgruppe in den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe/-psychiatrie ist nicht zielführend.

Der Glücksspielstaatsvertrag 2021 soll ab 01.07.2021 auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden und ist erstmals zum 31.12.2028 kündbar. Aufgrund des langen Zeitraums möchten wir hier dringend die Forderung der Fachstelle Glücksspielsucht nach einer Evaluation der Auswirkungen der gesetzgeberischen Maßnahmen sowie weiterer Forschung, insbesondere zur Auswirkung der Erweiterung der Online-Angebote unterstützen. Den Einnahmen aus dem Glücksspielstaatsvertrag stehen immer hohe Ausgaben für Maßnahmen zur Suchtpräventions- und Suchtbehandlung sowie zur Linderung weiterer volkswirtschaftlichen Schäden, die durch Spielsucht entstehen, gegenüber.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Koordinator

**HINWEIS:** Speichern Sie dieses Formular bitte lokal auf Ihrem Gerät. Da lässt es sich digital ausfüllen und speichern. Anschließend drucken Sie bitte das ausgefüllte Formular aus und senden es unterschrieben an den Thüringer Landtag zurück.

## Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs</b>											
<b>Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 - Drs. 7/2284          Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -          Vorlage 7/1585</b>											
<b>1.</b>	bei natürlichen Personen <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> </table> bei juristischen Personen <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black;">Im Auftrag und Namen der Mitglieder des Düsseldorfer Kreis - Initiative für Qualität und Verbraucherschutz im Glücksspielwesen</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black;">keine</td> </tr> </table>	Name	Vorname			Name	Organisationsform	Im Auftrag und Namen der Mitglieder des Düsseldorfer Kreis - Initiative für Qualität und Verbraucherschutz im Glücksspielwesen		keine	
Name	Vorname										
Name	Organisationsform										
Im Auftrag und Namen der Mitglieder des Düsseldorfer Kreis - Initiative für Qualität und Verbraucherschutz im Glücksspielwesen											
keine											
<b>2.</b>	bei natürlichen Personen Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.) <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; border-bottom: 1px solid black;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table> bei juristischen Personen Geschäfts- oder Dienstadresse <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; border-bottom: 1px solid black;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											
<b>3.</b>	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person  <b>Der Düsseldorfer Kreis ist eine Initiative von Verantwortlichen aus Glücksspielanbietern, Suchthilfe, Wissenschaft und Beratung, die im offenen Diskurs Vorschläge für eine strikt am Verbraucherschutz orientierte Glücksspielregulierung für Deutschland entwickelt. Die Initiative versteht sich dabei als Forum für den qualifizierten fachlichen Austausch und die gemeinsame Erarbeitung von neuen Konzepten des Verbraucherschutzes.</b>										

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags - inhaltliche Korrekturen des Gesetzentwurfs mit Bezug auf wissenschaftliche Evidenz zu geplanten Spielerschutzmaßnahmen	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme <input checked="" type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail	
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Chemnitz, 25.02.2021	Unterschrift
------------------------------------	--------------



**DüsseldorferKreis**

Initiative für Qualität und Verbraucherschutz  
im Glücksspielwesen

DüsseldorferKreis |

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 07:00

501612021

**Thüringer Landtag  
- Haushalts- und Finanzausschuss -  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt**

**Schriftliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (Drucksache 7/2284) und zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/1585)**

**Stellungnahme des Düsseldorfer Kreis, Initiative für Qualität und Verbraucherschutz im Glücksspielwesen**

Chemnitz, d. 25. Februar 2021

Sehr geehrte Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses,

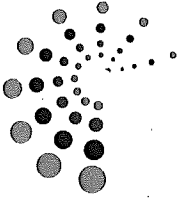
die Mitglieder des Düsseldorfer Kreises danken Ihnen herzlich für die Einladung zur Stellungnahme im schriftlichen Anhörungsverfahren des Ausschusses im o.g. Gesetzgebungsverfahren.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einigung der Länder auf den Glücksspielstaatsvertrag 2021 und hoffen auf dessen rasche Ratifizierung durch alle Landesparlamente. Nur durch eine diskriminierungsfreie, aber konsequente Regulierung aller in Deutschland relevanten Glücksspielangebote unter Beibehaltung des staatlichen Veranstaltungsmonopols auf große Lotterien lassen sich wissenschaftlich evaluierte Verbraucherschutz- und Suchtpräventionsstandards implementieren, kontrollieren und durchsetzen.

Zentrales Ziel des Landesgesetzes und der Gesamtregulierung sollte die Herstellung und Sicherung einer maximalen Verbraucherschutzqualität des Glücksspielangebotes sein.

Maßnahmen zum Verbraucherschutz und zur Suchtprävention im Glücksspielwesen sind dabei häufig mit Grundrechtseingriffen verbunden. Diese Eingriffe sind stichhaltig zu begründen. Dies wiederum kann nur auf der Basis aktueller Forschungsbefunde geschehen. Leider verzichtet der Gesetzentwurf auf jeden Evidenzbezug. Dies führt leider in vielen Regelungspunkten zu Legitimationsdefiziten.

Da wir uns als Mitglieder des Düsseldorfer Kreises selbst als strikte Vertreter eines evidenzbasierten Verbraucherschutzes sehen, betrachten wir folgende Punkte mit spezieller Sorge:



## Artikel 1

### § 6 Abs. 6

Es existieren keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die den präventiven Effekt von Abständen von Glücksspielstätten zu Kinder- und Jugendeinrichtungen, Suchtberatungsstellen und vergleichbaren sozialen Einrichtungen sowie innerhalb von Sportstätten belegen würden. Die Regelungen sind daher nicht evidenzbasiert zu begründen. Tatsache bleibt, dass Kindern, Jugendlichen und gesperrten Spielern der Zugang zu Glücksspielangeboten untersagt ist. Die Einhaltung dieser Teilnahmeverbote ist durch staatliche Aufsichtsbehörden zu überprüfen und Zuwiderhandlungen sind konsequent zu sanktionieren.

### § 6 Abs. 7

Es existieren keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die den präventiven Effekt von Schließzeiten von Wettvermittlungsstellen belegen würden. Stattdessen besteht auf Grund internationaler Sportgroßereignisse (Olympische Spiele, Weltmeisterschaften, Super Bowl etc.) ein Bedarf zur Wettabgabe auch zu den genannten Schließzeiten. Dieser Bedarf wird dann zu 100% durch Online-Wettangebote gedeckt. Der Gesetzgeber sollte überdenken, ob dieser Effekt tatsächlich beabsichtigt ist.

### § 6 Abs. 11

Es handelt sich bei den hier genannten Auflagen nicht nur um Lenkungsmaßnahmen, sondern um Grundrechtseingriffe in die Dienstleistungsfreiheit. Diese sollten nicht auf der Basis von Anordnungen erfolgen, sondern im Gesetz selbst spezifiziert und begründet werden.

Es existieren allerdings keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Aussagen zur suchtpreventiven Ausgestaltung von Räumlichkeiten und Erscheinungsbildern von Wettvermittlungsstellen erlauben würden.

Auch der sogenannte Spieltrieb existiert wissenschaftlich nicht.

### § 6 Abs. 12

Die angeführte Begründung für die Erlaubnis von Wettvermittlungsstellen im Nebengeschäft in Lottoannahmestellen ist sachlich richtig.

Nicht fachlich zu begründen ist jedoch, warum diese Regelung nicht auch auf andere Glücksspielangebote Anwendung finden sollte.

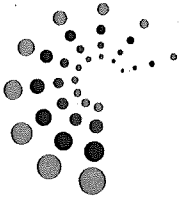
### § 7 Abs. 4

Die Prävalenz für Glücksspielstörungen in der deutschen Erwachsenenbevölkerung beträgt laut BZgA<sup>1</sup> aktuell 0,34% und liegt seit Jahren auf vergleichbar niedrigem Niveau. Grundrechtseingriffe sind schon allein auf Grund dieser sehr geringen Auftretenswahrscheinlichkeit sehr genau zu begründen.

Zusätzlich ist der Gesundheitsschutz im Vergleich zu allen anderen Grundrechten gleichrangig. Der Schutz personenbezogener Daten darf demzufolge auch nicht mit der postulierten suchtpreventiven Wirkung einer Spielersperre eingeschränkt werden.

---

<sup>1</sup> Markus Banz: *GLÜCKSSPIELVERHALTEN UND GLÜCKSSPIELSUCHT IN DEUTSCHLAND. Ergebnisse des Surveys 2019 und Trends. BZgA-Forschungsbericht*. Köln 2019. DOI: <https://doi.org/10.17623/BZGA:225-GS-SY19-1.0>.



In diesem Zusammenhang sollte im Gesetz auch der im GlüStV 2021 vorgesehene Einsatz einer zentralen Spielerregistrierungs-, Login- und Limit-Datei Beachtung finden. Diese staatlichen Überwachungsinstrumente wurden von den Datenschutzbeauftragten der Länder – zuletzt in der Stellungnahme des nordrhein-westfälischen Datenschutzbeauftragten im Rahmen der Anhörung des Hauptausschusses im NRW Landtag<sup>2</sup> – als unverhältnismäßig kritisiert.

#### **§ 14 Abs. 1**

Lottoannahmestellen und Wettvermittlungsstellen werden in aller Regel durch selbstständige UnternehmerInnen betrieben. Auch wenn dies im Nebengeschäft stattfindet, sind die Einnahmen durch diese Glücksspielaktivitäten für den Betrieb des Hauptgeschäfts (Lebensmitteleinzelhandel, Zeitschriftenhandel etc.) existenziell.

Die nachträgliche Senkung der Anzahl der Annahmestellen und Wettvermittlungsstellen ist demzufolge nicht nur eine quantitative Reduzierung der Angebotsmenge von Glücksspielen in Thüringen, sondern hat die Vernichtung von wirtschaftlichen Existenzen der betroffenen UnternehmerInnen zur Folge. Zusätzlich würden sie zur Reduzierung staatlicher Einnahmen führen, die für die Finanzierung sozialer Aufgaben benötigt werden. Dies hätte direkte Auswirkungen auf das Regierungshandeln insgesamt.

Es existieren keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die einen solchen Grundrechtseingriff rechtfertigen könnten. Die nachträgliche Reduzierung von Annahmestellen und Wettvermittlungsstellen sollte deshalb und auf Grund der weitreichenden Folgen weder auf Verordnungsbasis erfolgen noch überhaupt im Gesetz vorgesehen werden.

### **Artikel 2**

#### **§ 3 Abs. 2 (Anfügung)**

Die genannten Mindestabstände sind nicht wissenschaftsbasiert und auf der Basis vorhandener Evidenz nicht zu rechtfertigen.

#### **§ 3 Abs. 9 (neu)**

Es existieren keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die den präventiven Effekt von Geräteabständen, Geräteanzahl oder Sichtblenden innerhalb von Spielhallen belegen würden. Die Beschränkungen sind daher nicht evidenzgeleitet und sollten in Anbetracht der Tatsache, dass Spieler während ihres Aufenthalts in der Spielhalle legal Virtuelle Automaten Spiele auf ihrem Smartphone nutzen können, grundsätzlich hinterfragt werden.

### **Anpassungen im Thüringer Glücksspielgesetz (ThürGlüG)**

Auf Grund der im GlüStV 2021 vorgesehenen Errichtung einer zentralen Glücksspielbehörde der Länder und der Regelungen im Thüringer Umsetzungsgesetz zu Annahmestellen und Wettvermittlungsstellen, sollte auch das ThürGlüG angepasst werden:

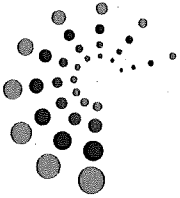
#### **§ 4 Abs. 3**

Die Errichtung einer gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder erfolgt aus dem berechtigten Grund, in den Ländern an unterschiedlichen Stellen vorhandene oder noch aufzubauende Regelungskompetenz an einer zentralen Stelle zu bündeln und – aktuell zunächst für den Bereich der Online-Glücksspiele – ein rechtskonformes und technisch elaboriertes Erlaubnisverfahren durchzuführen.

---

<sup>2</sup> <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-3622.pdf>





Dies sollte auch das Land Thüringen für Lotterien, die nicht nach dem Dritten Abschnitt des Glücksspielstaatsvertrags erlaubt werden können, umsetzen und sowohl die Erlaubniserteilung als auch die Prüfung aller notwendigen Unterlagen inklusive des Sozialkonzepts durch die oberste Glücksspielaufsichtsbehörde durchführen lassen. Diese stellt dann auch die Zusammenarbeit mit der gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder sicher.

Eine im Länder-Kontext einmalige Veto-Aufsicht durch eines der anderen Thüringer Landesministerien ist in diesem Kontext kontraproduktiv und inkompatibel.

#### **§ 6 Abs. 1**

Die quantitative Begrenzung der Wettvermittlungsstellen ist empirisch nicht zu begründen und führt, wie das Beispiel der Sportwettkonzessionen im letzten Glücksspielstaatsvertrag zeigt, zu Rechtsunsicherheit. Auch bietet die Nicht-Konzentration von Glücksspielstandorten und die damit verbundene Flächenaufteilung wissenschaftlich keine spielsuchtpräventiven Effekte oder Verbraucherschutzvorteile. Stattdessen sollten die Umsetzung und Kontrolle suchtpräventiver Instrumente (regelmäßige Präventionsschulung der Mitarbeiter, Umsetzung der Sozialkonzepte, Zugangsverbot für Kinder, Jugendliche und gesperrte Spieler), ein hoher Verbraucherschutzstandard (aktive Risikoaufklärung, Erläuterungen der Spielabläufe) sowie die Zuverlässigkeitsprüfung der Betreiber im Fokus der Aufsicht stehen.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesverbandsgemeinschaft Schulwerbeberatung Thüringen e.V.</td> <td>gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Stauffenberg 19, 20</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99610 Sömmerda</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesverbandsgemeinschaft Schulwerbeberatung Thüringen e.V.	gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Stauffenberg 19, 20	Postleitzahl, Ort	99610 Sömmerda		
Name	Organisationsform												
Landesverbandsgemeinschaft Schulwerbeberatung Thüringen e.V.	gemeinnütziger Verein												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Stauffenberg 19, 20												
Postleitzahl, Ort	99610 Sömmerda												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	Vertretung der Interessen der ver- und/oder überschuldeten Personen.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	- Forderung nach Ausbau von Präventionsangeboten und ausreichende Finanzierung der Sucht- und Schuldnerberatungsstellen - Auslegung eines Werbeverbots für Glücksspiel - Bekämpfung der Einführung d. Spielformen übergeordneter Spielsysteme - im übrigen wird Stellungnahme d. Fachstelle Glücksspiel 9988	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sömmersdorf, 25.02.2021	



# Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Thüringen e.V.

LAG SB Thüringen e. V., Stadtring 19-20, 99610 Sömmerda

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 10:09

5071 121

Per Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Sömmerda, 2021-02-25

**Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (Anhörungsschreiben des Thüringer Landtages vom 03.02.2021) Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

Hier: Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Thüringen e.V. (LAG SB Thüringen e.V.) schließt sich ausdrücklich der Stellungnahme der Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht (Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.) an.

Als Fachverband für die Schuldnerberatung in Thüringen möchten wir auf folgende Punkte besonders eingehen:

Vor dem Hintergrund der Erweiterung des legalen Glücksspielangebots halten wir den Ausbau von Präventionsangeboten und eine auskömmliche Finanzierung der Sucht- und Schuldnerberatungsstellen für dringend geboten. Die mit Glücksspiel befassten Stellen erwarten einen Anstieg der Spielsüchtigen. Diese sind bereits jetzt übermäßig überschuldet. So beträgt die durchschnittliche Verschuldung Thüringer Glücksspielklient\*innen mit Schulden in ambulanter Beratung 47.385,23 Euro (über alle Spielformen) (Quelle: Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht (fdr+) Bericht 2020, Dokumentation »Pathologische Glücksspieler\*innen in der ambulanten Thüringer Suchthilfe«. Erfurt). Im Vergleich: Die durchschnittliche Verschuldung in Deutschland beträgt laut Schuldneratlas 2020 der Creditreform 27.600,00 Euro (Quelle: Creditreform Wirtschaftsforschung, SchuldnerAtlas Deutschland 2020).

Der Abbau dieser Schulden kann nur mit beständiger und qualitativ hochwertiger Beratung gelingen. Allerdings können die Schuldnerberatungsstellen aktuell nur einen Bruchteil der überschuldeten Personen betreuen. „Schätzungen zufolge erreicht Schuldnerberatung nur 10 Prozent der Überschuldeten.“ (Quelle: Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (iff), Hamburg, iff-Überschuldungsreport 2020, Seite 11).

Anschrift: LAG SB Vorstand  
Landesarbeitsgemeinschaft  
SB Thüringen e. V.  
Stadtring 19-20  
99610 Sömmerda



# **Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Thüringen e.V.**

Eine stabile und angemessene Finanzierung auch der Schuldnerberatung ist daher zwingend erforderlich.

Zudem regen wir an, Glücksspielwerbung zu untersagen und konsequent gegen Verstöße vorzugehen. Nur so kann der Intention des Gesetzgebers, Personen nicht zum Glücksspiel zu verleiten, Rechnung getragen werden.

Wir begrüßen ausdrücklich die Einführung eines spielformübergreifenden Sperrsystems, das auch das gewerbliche Spiel in Spielhallen und Gaststätten erfasst.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*


Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Drs. 7/2284											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Industrie- und Handelskammer Südthüringen Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bahnhofstraße 4-8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">98527 Suhl</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Industrie- und Handelskammer Südthüringen Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 4-8	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
	Name	Organisationsform									
	Industrie- und Handelskammer Südthüringen Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 4-8									
Postleitzahl, Ort	98527 Suhl										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	§ 1 IHKG sowie weitere hoheitlich übertragene Aufgaben	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes wird nicht zugestimmt, da eine solche gegenwärtig nicht zwingend erforderlich ist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Suhl, 25.02.2021	

Industrie- u. Handelskammer  
Südthüringen  
Bahnhofstraße 4 - 8  
98527 Suhl  
Tel.: 03681 362-0  
Fax: 03681 362-100  
e-mail: info@suhi.lhk.de



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer  
Industrie- und Handelskammern

Industrie- und Handelskammer Südthüringen / Postfach 30 02 40 / 98502 Suhl

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 10:39

5081/2021

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021  
Drucksache 7/2284 vom 09.12.2020

Datum  
25.02.2021

Ihr Zeichen/Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die eingeräumte Möglichkeit einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf eines Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021. Die vorliegende Positionierung zum Gesetzentwurf, ist als abgestimmte Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern zu verstehen.

Der als Artikelgesetz ausgestaltete Entwurf beinhaltet die Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes und eine Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes.

zu Artikel 1  
Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes

Mit seiner Entscheidung vom 08.09.2010 hat der Europäische Gerichtshof das Glücksspielmonopol mit dem Unionsrecht für unvereinbar erklärt, weil das Ziel der Bekämpfung der mit dem Glücksspiel verbundenen Gefahren damit nicht in kohärenter und systematischer Weise verfolgt werde. Dies sei insbesondere an den intensiven Werbekampagnen der staatlichen Glücksspielbetreiber zu erkennen, aber auch daran, dass Casinos und Automatenspiele im Unterschied zu Spielen, die dem Monopol unterfielen, trotz der hohen Suchtgefahren geduldet würden. Das Urteil hat letztlich dazu geführt, dass das Spielrecht in Deutschland einer grundlegenden Reform unterzogen wurde. Wir möchten uns zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes dennoch nicht äußern, da wir auf der einen Seite den ordnungspolitischen Ansatz, das Aufbrechen von Monopolen – vor allem von Monopolen des Staates – und mehr Wettbewerb für gut befinden, andererseits aber auch die Suchtgefahr, die Sport- und Denkmalförderung sowie das Erscheinungsbild der Branche sehen. Vor diesem Hintergrund möchten wir bewusst keine Position beziehen.

1/4

IHK Erfurt  
Arnstädter Straße 34 | 99096 Erfurt  
Tel. +49 361 3404-0  
info@erfurt.ihk.de  
www.erfurt.ihk.de

IHK Ostthüringen zu Gera  
Gaswerksstraße 23 | 07546 Gera  
Tel. +49 365 8553-0  
info@gera.ihk.de  
www.gera.ihk.de

IHK Südthüringen  
Bahnhofstraße 4-8 | 98527 Suhl  
Tel. +49 3681 362-0  
info@suhl.ihk.de  
www.suhl.ihk.de



## zu Artikel 2

### Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes

Die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern kann der Änderung des Thüringer Gesetzes zur Regelung des gewerblichen Spiels (Thüringer Spielhallengesetz) aus nachfolgenden Gründen nicht zustimmen.

Vor dem Hintergrund der Verbesserung des Jugend- und Spielerschutzes im gewerblichen Spiel wurde das Thüringer Spielhallengesetz im Jahr 2012 sowie daran anschließend die Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (Spielverordnung) tiefgreifenden Änderungen zum Nachteil der Automatenaufsteller und Spielhallenbetreiber unterzogen. Die Einführung erhöhter Anforderungen an Spielhallen und ähnliche Unternehmen, Mindestabstand von 500 m Luftlinie, Verbot von Mehrfachkonzessionen, Begrenzung der Erlaubnis auf fünf Jahre und Verbot der unmittelbaren Nähe zu Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Suchtberatungsstellen, führten trotz Übergangsregelungen zu zahlreichen Geschäftsaufgaben im Spielhallenbereich. Die gesetzlichen Vorgaben konnten trotz langjährigen Bestandes der Unternehmen nicht mehr umgesetzt werden. Einhergehend mit den Geschäftsaufgaben, Abmeldung einzelner Betriebsstätten, war ein Arbeitsplatzverlust verbunden sowie Mindereinnahmen im Bereich der Gewerbe- und Vergnügungssteuer. Die weiterhin bestehenden Unternehmen haben die gesetzlichen Vorgaben unter nicht unerheblichen finanziellen Aufwendungen umgesetzt. Dazu gehören die permanente Schulung des Spielhallenpersonals sowie regelmäßige Nachschulungen, die Erstellung eines Sozialkonzeptes, die Benennung einer verantwortlichen Person für die Entwicklung und Umsetzung des Sozialkonzeptes sowie viele weitere Vorgaben mehr. Auch die Innen- und Außenarchitektur wurden professionalisiert und der Service deutlich verbessert. Zusammenfassend kann diesbezüglich angemerkt werden, dass ein sehr hoher Standard zur Umsetzung des Jugend- und Spielerschutzes erreicht wurde und auch weiterhin besteht.

Laut Entwurfsbegründung besteht das Hauptziel der Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes darin, den Spielerschutz durch eine Reduzierung der maximalen Anzahl von Geldgewinnspielgeräten zu stärken. In der Konsequenz würde dies für die Zukunft bedeuten, dass ein maximaler Spielerschutz nur durch die vollständige Reduzierung der Geldgewinnspielgeräte erreicht werden kann und somit einer ganzen Branche die Geschäftsgrundlage entzogen wird. Eine Abwägung der Interessen der Betroffenen und auch eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit ist aus dem Gesetzentwurf nicht erkennbar.

### zu den einzelnen Regelungen:

#### Änderung von § 3 Absatz 2

Der geltende § 3 Absatz 2 des Thüringer Spielhallengesetzes soll durch den Gesetzesentwurf eine Ergänzung dahingehend erhalten, dass der Begriff „Unmittelbare Nähe“ legal definiert wird. Eine unmittelbare Nähe liegt zukünftig vor, wenn zwischen einer Spielhalle und einer Kinder- und Jugendeinrichtung sowie einer Suchtberatungsstelle ein Mindestabstand von 200 m unterschritten wird.

Grundsätzlich sind verständliche und eindeutig bestimmbare Regelungen in einer Gesetzesnorm zu begrüßen. Die 200 Meter-Regelung ist klar definiert und auch messbar. Unabhängig von der Meterzahl wirft die Regelung allerdings die Frage auf, ob von einer Spielhalle eine höhere Suchtgefahr für Kinder und Jugendliche ausgeht als von einer staatlichen Lotterieannahmestelle.

In der Gesetzesbegründung wird davon ausgegangen, dass durch das Abstandsgebot erreicht wird, dass Spielhallen in geringem Maße Bestandteil der Lebenswirklichkeit von Minderjährigen werden und ein Gewöhnungseffekt vermieden wird. Aufgrund der derzeit geltenden Regelungen im Thüringer Spielhallengesetz haben Unternehmen ihr äußeres Erscheinungsbild so zu gestalten, dass ein Einblick ins Innere der Räumlichkeiten von außen nicht möglich ist. Lediglich der Einfall von Tageslicht in die Spielhalle darf nicht völlig ausgeschlossen werden. Weiterhin darf das äußere Erscheinungsbild nicht mit auffälliger Werbung oder sonstigen Werbemitteln gestaltet sein, von denen ein Aufforderungs- oder Anreizcharakter zum Spielen ausgeht. In der Praxis werden Spielhallen aufgrund dieser strengen gesetzlichen Vorgaben nur durch den Schriftzug „Spielhalle“ o. ä. durch Verbraucher, Kinder und Jugendliche wahrgenommen. Es sind keinerlei Hinweise auf mögliche Gewinnchancen, Spielarten oder Maximalgewinne erkennbar. Lediglich der Hinweis „Zutritt ab 18 Jahren“ kann deutlich wahrgenommen werden. Für Kinder und Jugendliche besteht auch keine Vermutung, wie es im Inneren einer Spielhalle aussehen könnte.

Im Gegensatz dazu ist es Lotterieannahmestellen, die auch staatliche Glücksspiele vertreiben, gestattet, mit möglichen Maximalgewinnen vor Ort, im Radio oder Fernsehen zu werben und dies auch durch Aufsteller vor den Geschäften deutlich lesbar und sichtbar zu machen. Es werden konkrete Gewinnzahlen, Maximalgewinn bis 90 Millionen Euro, beworben. Der Zutritt zu diesen Annahmestellen ist nicht durch eine Altersbegrenzung reglementiert. Kinder und Jugendliche können sich die beworbenen Gewinnzahlen sehr gut vorstellen und auch die Modalitäten, um einen Gewinn zu erreichen. Bei einer Spielhalle verbleibt es aber lediglich noch nicht einmal bei einer Vermutung. Aus diesem Grund ist nicht nachvollziehbar warum von einer Spielhalle eine höhere Suchtgefahr für Kinder und Jugendliche ausgehen sollte als von einer Lotterieannahmestelle. Im Übrigen sind Sozialkonzepte, analog zu einer Spielhalle, für Lotterieannahmestellen nicht bekannt. Eine klar definierte Meterzahl (200 m) ändert an diesem Umstand nichts. Aus diesem Grund bietet die Abstandsregelung keinen hinreichenden Schutz für die Geeignetheit der Maßnahme.

#### Änderung von § 3 Absatz 9

Der in § 3 neu eingefügte Absatz 9 reglementiert die Anzahl der Geldspielgeräte nach einer Quadratmeterzahl (ein Gerät pro zwölf Quadratmeter) und begrenzt die maximale Anzahl der Geldspielgeräte in einer Spielhalle auf zehn Geräte. Die Reduzierung der Geldspielgeräte wird u. a. damit begründet, dass eine Verminderung der Gerätehöchstzahl Anreize zu übermäßigem Spiel innerhalb einer Spielhalle vermindern kann und dadurch ein Beitrag zur Suchtprävention geleistet werden kann. Die Reduzierung der Geldspielgeräte sei durch die Unternehmen wirtschaftlich verkraftbar.



Die im Gesetzentwurf fixierte Quadratmeterzahl erscheint willkürlich, ebenso die auf maximal zehn begrenzte Anzahl der Geldspielgeräte pro Spielhalle.

Eine Reduzierung der Geldspielgeräte führt im allgemeinen nicht zu einer Verringerung einer Suchtgefährdung. Eine Minimierung der Geldspielgeräte führt lediglich zu einer stärkeren Frequentierung der vorhandenen Geräte und dem Ausweichen von potentiellen gesunden Spielern auf andere Spielhallen. Die Anzahl potentieller Spieler ist seit mehreren Jahren konstant. Ein Ausweichen auf Geldspielangebote im Internet wäre eine weitere Konsequenz.

Die Reduzierung der Geldspielgeräte in den Spielhallen führt lediglich zu Mindereinnahmen für die Gewerbetreibenden, die diese nicht kompensieren können. Die momentan zulässige maximale Anzahl von zwölf Geldspielgeräten pro Spielhalle gestattet schon jetzt für viele Spielhallenbetreiber keine wirtschaftliche Führung des Unternehmens, zumal die Abgabenglast in ihrer Vielzahl für diese Unternehmen schon jetzt die Belastbarkeitsgrenze erreichen lässt. Woher der Gesetzentwurf in der Begründung zu der Erkenntnis kommt, dass ein wirtschaftlicher Betrieb einer Spielhalle auch noch mit acht Geldspielgeräten möglich sei, ist nicht nachgewiesen und bleibt mehr als fraglich.

Die Reduzierung der Anzahl von Geldspielgeräten pro Spielhalle würde weiterhin zu Steuermindereinnahmen führen sowie zu möglichen Standortschließungen aufgrund Unwirtschaftlichkeit. Dies führt im Ergebnis auch zu Arbeitsplatzverlusten.

Weiterhin ist nicht nachvollziehbar, warum bei der Berechnung der Grundfläche, Grundlage für die Anzahl der Geldspielgeräte, Toilettenräume, Treppen und Flure keine Berücksichtigung finden, zumal diese durch die Gäste der Spielhalle benutzt werden und der Betreiber eine entsprechende Miete bzw. Pacht dafür entrichten muss.

Unter Beachtung unserer Ausführungen kann die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern den geplanten Änderungen des Thüringer Spielhallengesetzes nicht zustimmen. Die gegenwärtig bestehenden Regelungen im Bereich Spielhallen finden Akzeptanz seitens der Unternehmerschaft und haben auch einen gewissen Gewöhnungsgrad erreicht. Durch die konsequente Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, einschließlich Sozialkonzept und Mitarbeiterschulung, wird ein umfangreicher Beitrag seitens der Unternehmen zur Suchtprävention geleistet. Eine Änderung des Thüringer Spielhallengesetzes, außer redaktionellen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>SPIEL-IN Casino GmbH &amp; Co. KG</td> <td>GmbH &amp; Co. KG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>siehe unten</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Talstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>56459 Kötlingen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	SPIEL-IN Casino GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Geschäfts- oder Dienstadresse	siehe unten	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Talstraße 1	Postleitzahl, Ort	56459 Kötlingen
Name	Organisationsform										
SPIEL-IN Casino GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG										
Geschäfts- oder Dienstadresse	siehe unten										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Talstraße 1										
Postleitzahl, Ort	56459 Kötlingen										
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Die SPIEL-IN Casino GmbH & Co. KG ist ein Familienunternehmen in 3. Generation und betreibt insgesamt 49 Spielhallenstandorte in 10 Bundesländern.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der vorliegende Gesetzesentwurf greift die Möglichkeit des Glücksspielstaatsvertrag 2021 (GlüStV 2021) den Bereich der Spielhallen in Bezug auf Mindestabstände und das Verbot von Mehrfachkonzessionen nach qualitativen Kriterien zu regulieren, nicht auf. Die angedachte Regulierung nach quantitativen Maßstäben führt zur Schließung von über 75 % der Spielhallen und dem Verlust von mehr als 1.000 Arbeitsplätzen. Mit einem qualitativen Ansatz können die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages 2021 in Form des Spieler-/Jugendschutzes auf der einen Seite, und dem Kanalsierungsauftrag hinsichtlich der Angebote von Glücksspiel auf der anderen Seite am Besten erreicht werden. Der GlüStV bietet hierfür bereits einen Katalog an möglichen Qualitätskriterien.	
5.	<b>Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>  	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>  	

## Anlage 4

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBefG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Kölbingen, den 25.02.2021	





Thüringer Landtag  
- Haushalts- und Finanzausschuss -  
Jürgen-Fuchs-Strasse 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
**7/1072**  
zu Drs. 7/2284

Kölbingen, den 25.02.2021

**Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021  
(Drucksache 7/2284) und zu dem Änderungsantrag (Drucksache 7/1585) der Fraktionen DIE LINKE,  
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich danke Ihnen herzlich für die Übersendung des Gesetzentwurfs und die Beteiligung am Anhörungsverfahren. Gerne nehme ich für unser Unternehmen zu dem Gesetzesentwurf Stellung.

Die SPIEL-IN Casino GmbH & Co. KG wurde 1954 an dem heutigen Stammsitz in Kölbingen im Westerwald gegründet. Wir betreiben in zehn Bundesländern, mit einem Schwerpunkt in den neuen Bundesländern, insgesamt 49 Spielhallenstandorte und beschäftigen 259 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zusammen mit meiner Mutter sowie meiner Schwester führe ich das Familienunternehmen in dritter Generation und gemeinsam setzen wir das Lebenswerk meines Großvaters fort. In Thüringen betreiben wir seit 1991 Spielhallen und sind mit zwei Standorten in der Stadt Gera vertreten. Unser Standort in der Heinrichstrasse 41 besitzt zwei Konzessionen und der Standort am Sachsenplatz 1 (Südbahnhof) insgesamt drei Konzessionen (sogenannte Mehrfachkonzessionen/Verbundspielhallen).

An diesen beiden Standorten schaffen wir 14 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Thüringen sind zu 79 % weiblich und zu knapp 60 % über 50 Jahre alt. Nach teilweise über 25 Jahren Betriebszugehörigkeit bangen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun um ihre Arbeitsplätze. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Lage bilden wir auch in diesem Jahr aus und bieten unseren langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Berufsabschluss die Möglichkeit der Weiterbildung im Rahmen der Externenprüfung.

Wir verstehen uns als Qualitätsanbieter und aus diesem Grund lassen wir unsere Standorte freiwillig von der TÜV Rheinland Cert GmbH als „Regelmäßig geprüfte Spielstätte“ zertifizieren und haben in diesem Zeitraum ein durchschnittliches Erfolgsergebnis von 99,4 % erreicht.

Unsere beiden Spielhallenstandorte besitzen aktuell eine bis zum nächsten Jahr befristete glücksspielrechtliche Erlaubnis im Wege des Härtefalls gemäß § 29 Abs. 4 GlüStV 2012. Für den darauffolgenden Zeitraum hat die Stadt Gera bereits eine für uns negative Auswahlentscheidung auf Basis des Alters der Spielhalle getroffen, sodass wir dann unwiderruflich schließen müssten.

### Auswirkungen des Gesetzesentwurfs

Der Gesetzesentwurf verfolgt den Ansatz einer quantitativen Regulierung von Spielhallen. Diese Herangehensweise ist an verschiedenen Stellen des Entwurfs zu erkennen.

Obwohl lediglich vier Bundesländer absolut über weniger Spielhallen als der Freistaat Thüringen verfügen<sup>1</sup>, sollen dennoch auch in Zukunft eine der bundesweit strengsten Regelungen für den Mindestabstand zwischen Spielhallen und zu Kinder-/Jugendeinrichtungen gelten (§ 3 Abs. 1 und 2). Dies würde auch unter den Bestandsspielhallen zu einer Schließung von 75 % der Spielhallen führen.

Die verbleibenden Spielhallen werden dann nochmals zusätzlich in ihrer Größe reduziert, indem zum einen das Verbot der Mehrfachkonzessionen (§ 3 Abs. 1) fort gilt und zum anderen die Anzahl der Geldspielgeräte pro Konzession von zwölf auf zehn Geldspielgeräte beschränkt wird (§ 3 Abs. 9). Folglich werden diese Standorte unrentabel oder können die gesetzlichen Regularien nicht erfüllen.

Insgesamt würde dieser Gesetzesentwurf zum Wegfall von über 1.000 Arbeitsplätzen, der Insolvenz von einer Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie zu massivem Leerstand in den ohnehin durch Corona nachhaltig geschädigten Innenstädten führen. Die kommunalen Einnahmen aus der Vergnügungssteuer würden um ca. 8,3 Mio. € sinken.

Durch diese Regelungen würde unser Spielangebot nachhaltig eingeschränkt und unattraktiv, sodass der Kanalisierungsauftrag des GlüStV gestört würde. Die Spielgäste würden von den regulierten und seit Jahren bewährten Spielhallen in andere, weniger kontrollierte Spielformen bzw. illegale Spielformen abwandern;

Im Gegensatz dazu eröffnet der GlüStV 2021 mit dem § 29 Abs. 4 den Ländern die Möglichkeit nach qualitativen Kriterien zu regulieren.

Folglich steht die Regulierung der Spielhallen unter einer wesentlichen Grundsatzfrage.

### Sollen die Spielhallen nach quantitativen Kriterien oder nach qualitativen Kriterien im Sinne des Verbraucherschutzes reguliert werden?

Oder anders ausgedrückt – möchten Sie die Spielhallen erhalten, die nicht den besten Verbraucherschutz gewährleisten, aber vor Jahrzehnten „Glück“ mit der Auswahl des Standorts hatten, oder die Spielhallen, die höchste Standards im Spieler-/Jugendschutz erfüllen, unabhängig von Ihrer Lage?

Mit einem neuen Spielhallengesetz sollte jeder Spielhallenbetreiber in Thüringen darin bestärkt werden, die Qualität seines Angebotes zu steigern, anstatt sein Angebot durch quantitative Regelungen nach dem Zufallsprinzip zu reduzieren. Die Nachfrage nach einem sicheren und ansprechenden Spiel wird hierdurch nicht reduziert, sondern allenfalls zu einem durchschnittlichen Angebot gelenkt - dies führt zu einem Bestandsschutz der Mittelmäßigkeit.

---

<sup>1</sup> Trümper, J. & Helmann, C. (2020). Angebotsstruktur der Spielhallen und Geldspielgeräte in Deutschland – Stand: 01.01.2020 (15. Auflage), Seite 30.



**Mindestabstände zwischen Spielhallen (§ 3 Abs. 1) und zu Einrichtungen, die Ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern und Jugendlichen besucht werden (§ 3 Abs. 2)**

Unsere langjährige Erfahrung bei dem Betrieb von Spielhallen zeigt, dass es im Sinne eines effektiven Spielerschutzes sinnvoller ist, anstelle von Mindestabständen zwischen Spielhallen und zu Kinder- und Jugendeinrichtungen auf die Qualität der Betriebsführung, insbesondere auf die Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen und Mitarbeiter zu setzen.

Aus unserer gesellschaftlichen Verantwortung heraus, stellen wir den Schutz der VerbraucherInnen und Verbraucher, insbesondere aber der vulnerablen Personen in den Mittelpunkt unserer Betriebsführung. Unsere MitarbeiterInnen und Mitarbeiter nehmen regelmäßig an einem mehrstufigen, überobligatorischen Schulungsprogramm zum Spieler- und Jugendschutz teil. Unsere RegionalmanagerInnen und Regionalmanager halten darüber hinaus den Kontakt zu den lokalen Hilfeeinrichtungen. Der Zutritt zur Spielhalle und die Freischaltung eines Geldspielgerätes wird über eine generelle Ausweiskontrolle überwacht. Diese Maßnahmen führen dazu, dass wir Jugendliche und Personen mit einer Spielersperre lückenlos vom Spiel ausschließen.

In der Vergangenheit wurde durch die geltende Baunutzungsverordnung, aber auch durch die bauplanungsrechtlichen Vorgaben der Kommunen gesteuert, dass sich Spielhallen in Innenstädten (Misch-/Kerngebiet) ansiedeln. Dies hat zu der entsprechenden Ballung geführt und würde nunmehr folglich zu der hohen Anzahl an Schließungen führen.

Darüber hinaus erlebt der deutsche Glücksspielmarkt mit der Erlaubnis von virtuellen Automaten Spielen und Online-Casinospielen ab 01.07.2021 eine disruptive, digitale Entwicklung, die Unternehmen mit terrestrischen Geschäftsmodellen massiv unter Druck bringt. Hierdurch werden Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in andere Bundesländer oder das Ausland verlagert. Die Ziele des Glücksspielstaatsvertrags (Spieler- und Jugendschutz/Kanalisation des Angebots) werden durch diese Verschiebung in eine zeitlich und örtlich maximal verfügbare, anonyme Spielform ohne jegliche soziale Kontrolle konterkariert und machen eine Regulierung nach quantitativen Kriterien inkohärent.

Unserem Unternehmen ist keine einzige Untersuchung bekannt, die zu dem Ergebnis kommt, dass Mindestabstände dem Jugendschutz oder der Spielsuchtprävention dienen. Diese Auffassung bestätigt auch das Abgeordnetenhaus Berlin in der Antwort vom 10.08.2020 auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthé<sup>2</sup>. Der beste Schutz für Jugendliche und pathologische SpielerInnen und Spieler ist nicht eine massive Beschränkung des etablierten gewerblichen Spiels, die zur Abwanderung in gesetzlich und sozial weniger kontrollierte Spielformen führt, sondern gelebter Verbraucherschutz. Uns ist bewusst, dass das Land Thüringen aufgrund der Vorgaben des GlüStV 2021 Mindestabstandsregelungen im Spielhallengesetz fortführen muss. Der Entwurf schöpft allerdings nicht die Möglichkeiten aus, die Qualität des Angebotes im Spielhallenmarkt zu steigern.

Die Einführung eines zentralen, spielformübergreifenden Sperrsystems ab dem 01.07.2021 (§ 8 GlüStV 2021) und die damit einhergehenden Möglichkeiten im Spielerschutz bleiben zudem in der Neufassung des Gesetzes und in der Bewertung der Notwendigkeit von Mindestabständen völlig unberücksichtigt.

---

<sup>2</sup> Abgeordnetenhaus Berlin – Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthé vom 27.07.2020 und Antwort vom 10.08.2020 (Drucksache 18/24267)

Erlauben Sie uns an dieser Stelle auch den Hinweis, dass wir in den letzten neun Jahren laufend versucht haben, in Thüringen Alternativstandorte zu finden. Da Spielhallen im Wesentlichen nur in Kerngebieten und Mischgebieten uneingeschränkt zulässig sind, sofern nicht bereits ein kommunaler Bebauungsplan der Ansiedlung von Spielhallen entgegensteht, ist die Auswahl geeigneter Spielhallenstandorte bereits eingeschränkt. Müssen dann noch die Mindestabstände zu Spielhallen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen eingehalten werden, ist kaum noch ein geeignetes Ladenlokal zu finden. Sollte dies einmal der Fall sein, ist selten ein Vermieter bereit, einen Gewerberaummietvertrag für nur fünf Jahre (maximale Befristung für eine Spielhallenerlaubnis) einzugehen. Bei allem Verständnis dafür, durch das Spielhallengesetz im Jahre 2012 die Expansion des Spielhallenmarktes eindämmen zu wollen, wird durch die jetzt geplante Fortführung der Mindestabstände der Bogen überspannt. Die Möglichkeit, eine neue Spielhalle in Thüringen zu errichten, erweist sich als nahezu unmöglich.

**Fazit:** In meinen Augen sollte die Regulierung der Mindestabstände die Qualitätskriterien des § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 aufgreifen und bei Erfüllung der Kriterien entsprechende Ausnahmen von den Mindestabständen ermöglichen. § 25 Abs. 1 GlüStV 2021 eröffnet hierzu die Möglichkeit, da das Nähere zu den Mindestabständen die Länder in ihren Ausführungsgesetzen regeln.

#### Verbot der Mehrfachkonzessionen (§ 3 Abs. 1) bzw. fehlende Anwendung der Öffnungsklausel nach § 29 Abs. 4 GlüStV 2021

Die heute existierenden 76 mehrfachkonzessionierten Spielhallen in Thüringen besitzen im Durchschnitt 2,2 Konzessionen. Somit müssten diese Spielhallen, sofern sie nicht ohnehin aufgrund der Mindestabstände schließen müssten, zusätzlich über die Hälfte ihres Angebotes abbauen.

Der GlüStV 2021 bietet hier eine konkrete Alternative nach Qualitätskriterien. Die Anwendung der Öffnungsklausel nach § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 durch die Bundesländer ermöglicht die Erlaubnis von bis zu drei Konzessionen an einem Standort, sofern die folgenden Qualitätskriterien erfüllt werden.

- Zertifizierung der Spielhalle in regelmäßigen Abständen
- Sachkundenachweis des Betreibers mit abschließender Prüfung
- Besondere Schulung des Personals der Spielhallen

Das generelle Verbot der Mehrfachkonzessionen bliebe für neue Standorte erhalten. Lediglich für am 01.01.2020 bestehende Spielhallen, die ein besonders hohes Maß an Spieler- und Jugendschutz entsprechend den o.g. Kriterien aufweisen, bestünde dann die Möglichkeit einer befristeten Erlaubniserstellung.

**Fazit:** Der Freistaat Thüringen sollte die Öffnungsklausel nach § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 für mehrfach konzessionierte Spielhallen anwenden. Auch in diesem Falle wird die Qualität des Spielerschutzes nach den oben genannten Kriterien gesteigert. Dies gilt auch für Spielhallenstandorte, die in keinem Abstandskonflikt liegen und unter normalen Voraussetzungen die Qualitätskriterien nicht erfüllen müssten.



**Beschränkung der Gesamtzahl der Spielgeräte pro Konzession auf 10 Geräte sowie Erfordernis einer Einzelgeräteaufstellung (§ 3 Abs. 9)**

Grundsätzlich wird die zulässige Anzahl von Geldspielgeräten in Spielhallen in § 3 Abs. 2 Spielverordnung auf maximal zwölf Geräte begrenzt. Die Beschränkung auf maximal zehn Spielgeräte pro Spielhalle führt ein weiteres quantitatives Kriterium in die Regulierung der Spielhallen ein. Aufgrund des hohen Fixkostenanteils beim Betrieb einer Spielhalle wird diese Beschränkung aller Spielhallen nachhaltig in die Unrentabilität und somit in vielen Teilen in die Insolvenz führen.

Seit Jahrzehnten werden die technischen Voraussetzungen für Geldspielgeräte in der Spielverordnung geregelt. Hier werden nicht nur Grenzen für Höchstgewinne und Maximalverluste sowie weitere technische Vorgaben zu Gunsten des Verbraucherschutzes geregelt, sondern auch die zulässige Anzahl der Geldspielgeräte an unterschiedlichen Aufstellorten (in Spielhallen maximal zwölf, in Gaststätten maximal zwei Geldspielgeräte). Jedes in Spielhallen betriebene Geldspielgerät besitzt eine Zulassung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, die nur erteilt wird, wenn diese strengen Vorgaben eingehalten werden.

Es handelt sich hierbei um ein in sich geschlossenes Regelungssystem, welches das Spannungsverhältnis zwischen dem Verbraucherschutz einerseits und der Erforderlichkeit eines attraktiven Spielangebots andererseits in Einklang bringt. Ein erhebliches Maß des Verbraucherschutzes ist durch die technischen Beschränkungen des Gerätes bereits in diesem selbst verankert, sodass der Verordnungsgeber es unter Abwägung der oben genannten Kriterien für sachgerecht hält, die Anzahl der in einer Spielhalle zulässigen Geräte auf zwölf festzulegen. Denn die Spielhallenbetriebe können nur dann ihren Kanalisierungsauftrag hin zum legalen Glücksspiel wahrnehmen, wenn ihr Angebot eine Vielfalt aufweist, die von den Spielgästen angenommen wird. Der Annahme, dass die Reduzierung der Anzahl an zulässigen Geldspielgeräten von zwölf auf zehn den Verbraucherschutz fördert, fehlt jedwede Evidenz. Aus der Begründung zu der geplanten Vorschrift lässt sich hierzu nichts ableiten.

Fernerhin regelt § 3 Abs. 9 des Entwurfes, dass die Geldspielgeräte in Spielhallen einzeln in den dort definierten Abständen aufzustellen sind. Auch dies stellt eine Abweichung der Vorgaben des § 3 Abs. 2 Spielverordnung dar, wonach die Geräte in Zweiergruppen mit entsprechenden Abständen aufzustellen sind. Die angedachte Regelung soll vermutlich eine gleichzeitige Mehrfachbespielung von Spielgeräten durch einen Spielgast verhindern. In diesem Fall bedarf es einer solchen Regelung schon deshalb nicht, da § 6 Abs. 5 Spielverordnung durch Verwendung von Identifikationsmitteln sicherstellt, dass regelmäßig ein Spielgast nur ein Geldspielgerät gleichzeitig bespielen kann. Andererseits führt die Verpflichtung zur Einzelgeräteaufstellung zu einem erheblichen Investitionsaufwand, da die bislang in den Spielhallen vorhandenen Zweiergruppen den neuen technischen Anforderungen angepasst werden müssten.

**Fazit:** Die geplanten Vorgaben zur Höchstanzahl von Geldspielgeräten in Spielhallen sowie zu deren Einzelaufstellung sind für eine Stärkung des Spielerschutzes weder geeignet noch erforderlich, sondern seit Jahrzehnten in § 3 Abs. 2 Spielverordnung sachgerecht geregelt.



**Befristung der Erlaubnis auf 5 Jahre (§ 2 Abs. 1)**

Die notwendigen Investitionen für die Errichtung einer Spielhalle liegen bei ca. 300.000 €. Die Amortisationszeit für diese Investitionen beträgt im Durchschnitt mindestens zwischen acht und elf Jahre. Die laufenden Investitionen und vertraglichen Verpflichtungen in Mietverträgen für Gewerbeobjekte oder Geldspielgeräte sind ebenfalls auf mehrere Jahre ausgelegt.

Eine Betriebsführung nach höchsten qualitativen Standards ist kostenintensiv und erfordert Planungssicherheit auf Seiten der Unternehmen und deren MitarbeiterInnen und Mitarbeiter.

<b>Fazit:</b> Anpassung der Befristung der Erlaubnis auf 15 Jahre.
--------------------------------------------------------------------

Gerne stehen wir Ihnen jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung, um Ihnen die Möglichkeit einer kohärenten an Qualitätskriterien ausgerichteten Landesgesetzgebung zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen,

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Präventionszentrum der S.T. Suchthilfe in Thüringen</td> <td>gemeinnützige Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Löbersstraße 37, 99096 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Löberstr. 37</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Präventionszentrum der S.T. Suchthilfe in Thüringen	gemeinnützige Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung	Geschäfts- oder Dienstadresse	Löbersstraße 37, 99096 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Löberstr. 37	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Präventionszentrum der S.T. Suchthilfe in Thüringen	gemeinnützige Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Löbersstraße 37, 99096 Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Löberstr. 37									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Leiten Präventionszentrum des SIT	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Wir haben uns den Äußerungen der Thüringer Glücksspielfachstelle angeschlossen. Wir arbeiten in der Suchtprävention trägerübergreifend zusammen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 09.03.21	

5012/2021

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (GlüStV 2021) der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Vielen Dank für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (GlüStV 2021).

Wir schließen uns der Stellungnahme der Thüringer Fachstelle GlücksSpielSucht an. Diese sind mit dem Thema vertraut und wir arbeiten Träger- und Fachübergreifend zusammen.

**Zur Struktur unserer Einrichtung**

Das Präventionszentrum ist eine landesweit tätige Einrichtung, die Maßnahmen der Suchtprävention und Gesundheitsförderung zu den Themen: Legale Drogen, illegale Drogen, Glücksspiel und Medienmissbrauch, Betriebliche Suchtprävention, Kinder aus suchtbelasteten Familien, konsumfreie Schwangerschaft umsetzt sowie entsprechende methodische Materialien entwickelt.

Wir beraten Kommunen mit allen Netzwerkakteuren der Sucht- und Jugendhilfe, der Schule usw. beim Aufbau struktureller Maßnahmen. Damit ermöglichen wir, dass alle Netzwerkpartner in Transparenz an einem Strang ziehen.

**Wir brauchen einen effektiven Jugendschutz!**

Wir leben in einer Gesellschaft, deren freiheitliche und offene Strukturen verschiedenste Formen menschlicher Entwicklung ermöglichen. Neugier, Sehnsüchte, Bedürfnisse und Erwartungen bilden hierbei treibende Kräfte, die unser emotionales Erleben und Verhalten beeinflussen.

Daher bieten auch Glücksspiele einen hohen Anreiz und sind als Thema unter Jugendlichen präsent. Die Möglichkeit, ein Gewinner zu sein, dem Risiko entgegen zu treten, womöglich von plötzlichem Reichtum zu profitieren – das ist der Reiz des Glücksspielens.

Aus einer anfänglich gelegentlichen Belegung des Alltags, verbunden mit Spiel und Spaß und eventueller Gewinnerwartung, kann allmählich der Zwang entstehen, zunehmend problematisch, missbräuchlich und destruktiv, d. h. süchtig zu spielen. Folge dieser Entwicklung ist der schrittweise Verfall der sozialen, beruflichen, materiellen und familiären Werte und Verpflichtungen. Das Glücksspielen wird zum zentralen Lebensinhalt und beeinflusst auf Dauer eine adäquate Lebensführung. Damit verbunden sind gesundheitliche und soziale Beeinträchtigungen, die den Betroffenen selbst und ihrem Umfeld schaden.

Es ist deshalb wichtig, Jugendliche und junge Erwachsene frühzeitig über die Wirkung und die Risiken des Glücksspielens aufzuklären und mit Ihnen über Zukunftspläne sowie materielle und ideelle Wertevorstellungen ins Gespräch zu kommen.

Es muss die Sicherstellung eines effektiven Jugendschutzes erfolgen. Sucht ist ein multifaktoriell begründetes Phänomen, für das es unterschiedliche Erklärungsmodelle gibt

Der Bedarf an neuen und zeitgemäßen Angeboten in der Suchtprävention steigt, dafür braucht es verlässliche Finanzierungsmodelle!

Erfurt, 25.02.2021

Leiterin Präventionszentrum

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <span style="float: right;">+</span>											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Institut für Glücksspiel und Gesellschaft Juristische Fakultät Ruhr-Universität Bochum</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Universitätsstraße 150</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>44801 Bochum</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Institut für Glücksspiel und Gesellschaft Juristische Fakultät Ruhr-Universität Bochum		Geschäfts- oder Dienstadresse	Universitätsstraße 150	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	44801 Bochum
	Name	Organisationsform									
	Institut für Glücksspiel und Gesellschaft Juristische Fakultät Ruhr-Universität Bochum										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Universitätsstraße 150									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	44801 Bochum										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Tipico Co Ltd.</td> <td>Limited</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Tipico Tower</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Vjal Portomaso</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>St. Julian's STJ 4011, Malta</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Tipico Co Ltd.	Limited	Geschäfts- oder Dienstadresse	Tipico Tower	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vjal Portomaso	Postleitzahl, Ort	St. Julian's STJ 4011, Malta
	Name	Organisationsform									
	Tipico Co Ltd.	Limited									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Tipico Tower									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Vjal Portomaso									
Postleitzahl, Ort	St. Julian's STJ 4011, Malta										
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?          (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Sportwettenanbieter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Vorschlag kein generelles Verbot zur Abgabe von Speisen und alkoholfreien Getränken in das Gesetz aufzunehmen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
St. Julian's, 18. März 2021	

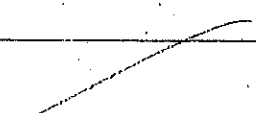
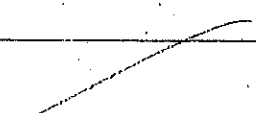
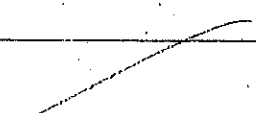





**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

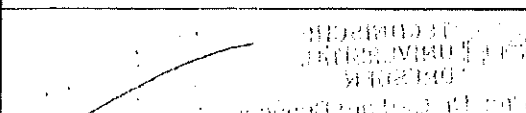
Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?												
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -												
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort		
Name	Organisationsform											
												
Geschäfts- oder Dienstadresse												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Prof. Dr. Gerhard Bühringer</td> <td></td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td rowspan="2">  <b>TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN</b>  Prof. Dr. Gerhard Bühringer  Institut für Klinische Psychologie  und Psychotherapie  Arbeitsgruppe Abhängiges Verhalten  Risikoanalyse und Risikomanagement  Chemnitz Str. 46  01187 Dresden </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Prof. Dr. Gerhard Bühringer		<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	 <b>TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN</b> Prof. Dr. Gerhard Bühringer Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie Arbeitsgruppe Abhängiges Verhalten Risikoanalyse und Risikomanagement Chemnitz Str. 46 01187 Dresden	Postleitzahl, Ort
Name	Vorname											
Prof. Dr. Gerhard Bühringer												
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer	 <b>TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN</b> Prof. Dr. Gerhard Bühringer Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie Arbeitsgruppe Abhängiges Verhalten Risikoanalyse und Risikomanagement Chemnitz Str. 46 01187 Dresden											
Postleitzahl, Ort												

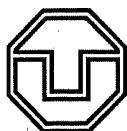


3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Forschung zur Epidemiologie, Ätiologie Prävention und Therapie von Infektions- bzw. Krebserkrankungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	① Zahlreiche Regelungen sind wissenschaftlich nicht begründet ② Es ist zu trennen zwischen drei Zielgruppen mit unterschiedlichem Schutzbedarf: • Jugendliche • Vulnerable Erwachsene • Resiliente Erwachsene	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dresden, 25.02.2021	



**Bereich Mathematik und Naturwissenschaften** Fakultät Psychologie

Institut für Klinische Psychologie und Psychotherapie,

Arbeitsgruppe Abhängiges Verhalten, Risikoanalyse und Risikomanagement

Technische Universität Dresden, 01062 Dresden

**Thüringer Landtag**

-Haushalts- und Finanzausschuss-

Jürgen-Fuchs-Str. 1

**99096 Erfurt**

Prof. Dr.

Gerhard Bühringer

**Per E-Mail an:**

poststelle@thueringer-landtag.de

Dresden, 26. Februar 2021

## **Stellungnahme**

### **Entwurf**

## **Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021**

**Drucksache 7/2284 vom 09.12.2020**

### **1. Vorbemerkung**

Die folgende Stellungnahme beschränkt sich auf die im Gesetzesentwurf enthaltenen *Maßnahmen und Regelungen zum Verbraucherschutz* unter Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Grundlage ist eine umfassende gesellschafts- und verhaltenswissenschaftliche Perspektive bei der Gestaltung des Verbraucherschutzes für die Gesamtzahl aller (potenziellen) Nutzer\*innen, die über die enge suchtwissenschaftliche Zielsetzung eines beschränkten Schutzes von Personen mit einer Glücksspielerstörung<sup>1</sup> hinausgeht.

In die folgenden Kommentare werden auch die Begründung zum Gesetzesentwurf einbezogen (S. 9-18) sowie der GlüStV selbst, soweit im Entwurf zum Thüringer Gesetz (abgekürzt: THG) oder in der Begründung darauf Bezug genommen wird.


<sup>1</sup> Wissenschaftlicher Fachbegriff für Alltagsbegriffe wie Spielsucht oder Glücksspielsucht

Postadresse (Briefe)  
Chemnitz Str. 46a  
01187 Dresden

Postadresse (Pakete u.ä.)  
TU Dresden,  
Helmholtzstraße 10,  
01069 Dresden

Internet <https://tu-dresden.de>

Besucheradresse  
Chemnitz Str. 46a  
01187 Dresden

 Zufahrt für  
Rollstuhlfahrer  
zum EG über Rampe  
Haupteingang

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Mitglied von:



**DRESDEN  
concept**  
Exzellenz aus  
Wissenschaft  
und Kultur

## 2. Zielgruppen für Maßnahmen zum Verbraucherschutz

Die Maßnahmen zum Verbraucherschutz sollten sich an folgenden drei Zielgruppen orientieren:

- (1) Der **Schutz vulnerabler Gruppen**, die die Risiken des Glücksspiels nicht einschätzen können, zu einer risikoarmen und risikobewussten Teilnahme nicht in der Lage sind und eine erhöhte Wahrscheinlichkeit haben eine Glücksspielerkrankung zu entwickeln.

Hier geht es um **Jugendliche** sowie **erwachsene Spielteilnehmer mit einer erhöhten Vulnerabilität** für ein problematisches Spielverhalten bzw. für die Entwicklung einer Glücksspielerkrankung. Allgemeine Schutzmaßnahmen sind ein strikt überwacht Verbot für (1) Jugendliche und abgestufte Schutzmaßnahmen für (2) vulnerable Erwachsene, von der Früherkennung, Frühintervention bis zu Spieleinschränkungen, Spielpausen und als Ultima Ratio Spielsperren. D.h., hier gibt es einen Übergang von öffentlichen Schutzangeboten zu öffentlichen Kontrollmaßnahmen.

Die Gruppe der vulnerablen Erwachsenen liegt gemäß der 10 epidemiologischen Studien in den letzten 15 Jahren in der Größenordnung von etwa 1% der aktiven Spielteilnehmer in Deutschland, und zeigt keine messbaren Veränderungen im Zeitverlauf, trotz aller Ausweitungen des Glücksspielangebots, insbesondere im Online Bereich.<sup>2</sup>

- (2) Der Schutz **resilienter Spielteilnehmer** durch Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung für eine risikoarme und risikobewusste Teilnahme an Glücksspielen.

Hier sind klassische Verbraucherschutzmaßnahmen relevant, wie die Aufklärung über Spielstrukturen und Spielprozesse, Spielrisiken, Früherkennung eigenen riskanten Verhaltens bis zu Informationen über Hilfeangebote. Entwickelt sich - z.B. aufgrund belastender Lebensereignisse - eine erhöhte Vulnerabilität und als Folge ein problematisches Spielverhalten, muss der Schutzschirm für (2) vulnerable Erwachsene vorliegen.

Die Gruppe der resilienten Erwachsenen liegt gemäß der 10 epidemiologischen Studien in den letzten 15 Jahren in der Größenordnung von etwa 99 % der aktiven Spielteilnehmer in Deutschland, und zeigt keine messbaren Veränderungen, trotz aller Ausweitungen des Glücksspielangebots, insbesondere im Online Bereich.<sup>3</sup>

## 3. Wissenschaftlicher Hintergrund der Stellungnahme

Der wissenschaftliche Hintergrund wird aus Platzgründen zusammengefasst<sup>4</sup>:

- (1) Die Zahl der aktiven Teilnehmer an Glücksspielen (12-Monatsprävalenz) liegt bei unter 40% der erwachsenen Bevölkerung, und ist stabil rückläufig (früher über 50%).<sup>5</sup>
- (2) Die Zahl der Spielteilnehmer mit einer wahrscheinlichen Glücksspielerkrankung ist absolut hoch (etwa 200 bis 250.000 Tsd.), aber prozentual gering (etwa 1% der aktiven Spieler oder 0,4% der erwachsenen Bevölkerung)<sup>6</sup>, und seit 2007 bis heute stabil.
- (3) D.h., der häufig vermutete Zusammenhang zwischen Zunahme des Glücksspielangebots und Zunahme der Glücksspielproblematik zeigt sich in Deutschland seit etwa 15 Jahren trotz

---

<sup>2</sup> Bühringer, Czernecka, Kotter & Kräplin (2019); BZgA (2020)

<sup>3</sup> Fn. 2

<sup>4</sup> Bühringer & Czernecka (2021, im Druck); Bühringer, Kotter, Czernecka & Kräplin (2018); Bühringer & Zeltner (2020)

<sup>5</sup> BZgA (2020)

<sup>6</sup> Fn. 2

zahlreicher steigender Indikatoren für Glücksspielaktivitäten nicht.<sup>7</sup> Beispiele für starke Marktveränderungen sind:

- (a) Zunahme der Spielhallen, Konzessionen und Geldspielgeräte von 2006 bis 2012, und seither stabiler Anzahl bis 2017/18;
- (b) Zunahme der Mehrfachkonzessionen in Spielhallen von 2006 bis 2018 (von durchschnittlich 1,3 auf 1,54)
- (c) Zunahme der Umsatzerlöse bei den Geldspielgeräten ab 2006 bis etwa 2017, seither Rückgänge um etwa 15%, aber trotz Rückgängen ist der Umsatz immer noch höher als der durchschnittliche Umsatz der Jahre zuvor, sowie starke Zunahme der Nettospielerträge bis 2017 (fast 10% jährlich)
- (d) Zunahme von unregulierten Internetangeboten
- (e) Umsatzsteigerungen beim Online Markt und den gesamten Glücksspielumsätzen in Deutschland.
- (f) Je nach genanntem Indikator für Glücksspielaktivitäten gehen die Werte für die Automatenwirtschaft seit 2015/2018 zurück, u.a. Reduzierung in Gaststätten, ohne erkennbare Zusammenhänge mit Indikatoren der Glücksspielproblematik<sup>8</sup>.

Wenn sich über viel Jahre kein erkennbarer Zusammenhang zwischen Glücksspielangebot und -störung zeigt, dann ergibt sich schon allein aus den statistischen Kennziffern die Frage, welches die Faktoren sind, die erklären, dass eine prozentual sehr kleine Gruppe eine Störung mit zumeist gravierenden Auswirkungen entwickelt, 99% der Spieler aber nicht.

- (4) Aus der Forschung der letzten Jahre wurden eine Anzahl von „Vulnerabilitätsfaktoren“ gefunden, die erklären, warum Personen mit solchen Faktoren in Kontakt mit Glücksspielen im Laufe der Zeit eine Glücksspielstörung entwickeln: Z.B. genetische und frühkindliche (z.B. Traumata) Risikofaktoren, erhöhte Aufmerksamkeit und physiologische Reaktion auf Glücksspielreize, erhöhte Risikobereitschaft, erhöhte Impulsivität, und das Vorhandensein anderer psychischer Störungen. Dazu kommen familiäre und psychosoziale Faktoren wie Spielverhalten der Eltern bzw. der Bezugsgruppen.
- (5) Daraus ergeben sich 3 Zielgruppen für jede Form eines GlüStV:
  - Für (1) *Jugendliche* als einer Gruppe entwicklungsbedingt hochvulnerabler Personen ist ein Verbot der Teilnahme an Glücksspielen notwendig. Der GlüStV<sup>9</sup> muss dies sicherstellen.
  - Für (2) *vulnerabler Spieler* (etwa 1%) sind vor allem Maßnahmen zur Früherkennung und Frühintervention bis hin zur Spielsperre erforderlich.<sup>10</sup> Der GlüStV muss dieses erhöhte Risiko vulnerabler Spieler berücksichtigen.
  - Für die (3) *resilienter Spielteilnehmer mit einer risikoarmen Spielteilnahme* (etwa 99%) geht es um allgemeine Grundsätze des Verbraucherschutzes, mit dem Ziel der Unterstützung einer *risikoarmen* und möglichst *risikobewussten* Spielteilnahme. Der GlüStV muss dies unterstützen.

<sup>7</sup> Gleiche Einschätzung von Meyer, Kalke & Hayer (2018; 2020)

<sup>8</sup> Vieweg (2020) und Berichte für frühere Jahre

<sup>9</sup> GlüStV 2021 (Landtag NRW, 2020)

<sup>10</sup> Bühringer, Kotter, Czernecka & Kräplin (2018)

#### 4. Positive und kritische Merkmale des Gesetzentwurfes

Zusammenfassend werden folgende, im THG, in der dazugehörigen Begründung und im GlüStV 2021 herausgestellten Merkmale als **positiv** eingeschätzt, da sie die in Kapitel 1 dieser Stellungnahme genannte Stärkung des Verbraucherschutzes unterstützen: Schutz (1) Jugendlicher und (2) vulnerable Spielteilnehmer und Unterstützung der Eigenverantwortung (3) resilienter Spielteilnehmer:

Im THG:

- Erlassung von Bestimmungen zur erforderlichen Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Sachkunde für Wettvermittlungsstellen zu erlassen, soweit auch der Verbraucherschutz einbezogen ist

Im GlüStV:

- Stärkung des Vollzugs und der Kontrollen durch eine zentrale Behörde<sup>11</sup>
- Bundesweites, übergreifendes Sperrsystem
- Legalisierung bisher illegaler Online-Angebote und der Sportwetten, um diese besser kontrollieren zu können
- Anonyme Testspiele als Kontrollinstrument
- Zeitliche befristete Schließung eines Betriebs als Sanktion für Regelverstöße
- Standards für Schulungsanbieter und Schulungsinhalte für Aufsichtspersonal einschließlich Qualitäts- und Lernzielkontrollen
- Erhöhte Qualitätsanforderungen an und Zertifizierung von Sportwetten- und Lottoannahmestellen sowie mehrfachkonzessionierten Spielhallen
- Anzeigepflicht für Spielautomaten in Gaststätten zur Erleichterung der Aufsicht
- Verbesserung der Aufklärung für Spielteilnehmende (§ 7)
- Zurverfügungstellung von Kundendaten für Forschungszwecke und Förderung der Forschung (§ 11 und § 27 e)

**Verbesserungsbedürftig** im Sinne der oben genannten Kriterien werden verschiedene Maßnahmen und Regelungen beurteilt, da hierfür die wissenschaftliche Grundlage für die Stärkung des Verbraucherschutzes fehlt bzw. das vorhandene Wissen unzureichend umgesetzt wurde. Zunächst werden in Kapitel 5 einige kritische Punkte aus dem THG genannt, danach in den Kapitel 6-10 die Themen aus dem GlüStV 2021.

#### 5. Stellungnahme zu spezifischen Regelungen im Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags

Die Kommentierung betrifft folgende Regelungen:

- Artikel 1 Thüringer Glücksspielgesetz: Abstandsregelungen (§ 6 (6), Sperrzeiten (§6 (8)), Spieltrieb und Suchtprävention als Kriterien für Auflagen zur Gestaltung von Wettvermittlungsstellen (§ 6 (11)),
- Artikel 2 Thüringer Spielhallengesetz: Abstandsregelung (§ 3 Absatz 2) und Geräteanzahl (§ 3 Absatz 9).

---

<sup>11</sup> Bei der „Untersuchung zur Evaluierung der Fünften Novelle der Spielverordnung“ wurden vom Autor gravierende Vollzugsmängel gefunden, die viele Jahre nicht behoben wurden (Bühninger et al., 2010).

Alle genannten Regelungen haben keine wissenschaftliche Grundlage als Begründung. Der im THG und im GlüStV häufig zitierte „Spieltrieb“ ist aus mehreren Gründen fragwürdig: Zum einen ist der „natürliche Spieltrieb“ von Freud im Rahmen seiner psychoanalytischen Konzepte für kindliches Spielverhalten seit langem nicht mehr aktueller Stand der entwicklungspsychologischen Forschung<sup>12</sup>, zum anderen ist der Spieltrieb wegen seiner Eindimensionalität als Einflussfaktor weder in der Suchtforschung allgemein<sup>13</sup> noch in der Glücksspielforschung ein anerkanntes ätio-pathologisches Modell für die Entwicklung von Abhängigkeitserkrankungen<sup>14</sup>. Für einen Beitrag der Abstandsregelungen zur Prävention von Glücksspielstörungen gibt es ebenfalls keine wissenschaftliche Grundlage. Darüber hinaus sind alle Abstandsregelungen in ihrer genauen Ausgestaltung willkürlich, was schon die extremen Unterschiede zwischen den Bundesländern<sup>15</sup> belegen. Eine ausführliche Begründung findet sich in Kapitel 7 dieser Stellungnahme zu ähnlich formulierten Regelungen im GlüStV.

## **6. Stellungnahme zu spezifischen Regelungen im GlüStV 2021, soweit sie für das Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags relevant sind**

Es folgen in Kap. 7-10 Stellungnahmen zu folgenden Themen des GlüStV, die aber auch das THL betreffen:

- Die Ausnahme vom Sperrsystem für „Lotterien, die nicht häufiger als zweimal pro Woche veranstaltet werden“ (zur Begründung siehe Kapitel 7).
- Das Mindestabstandsgebot und das Verbot für Mehrfachkonzessionen für Spielhallen und Wettvermittlungsstellen, trotz der eingeführten Ausnahmeregelung für den Mindestabstand (§16) und die Übergangsregelung für Verbundspielhallen (§17a, zur Begründung siehe Kapitel 8).
- Teile der Werberegulierung (zur Begründung siehe Kap. 9).
- Die Sicherstellung einer laufenden, vor Beginn des Staatsvertrags etablierten und funktionsfähigen Glücksspielaufsichtsbehörde sowie einer von Anfang an etablierten Evaluation des GlüStV mit dem Ziel der Sicherstellung und Verbesserung des Verbraucherschutzes (zur Begründung siehe Kap. 10).

## **7. Ausnahme vom Sperrsystem für „Lotterien, die nicht häufiger als zweimal pro Woche veranstaltet werden“**

Die Regelung betrifft durch die Spezifizierung vor allem Lotto. Die Ausnahme wird damit begründet, dass „deren Suchtpotential gering ist“.

Die Regelung und deren Begründung geht von der Annahme aus, dass das Risiko vor allem in der Art des Glücksspiels liegt. Dies wird durch den wissenschaftlichen Kenntnisstand nicht unterstützt, im Vordergrund stehen die Vulnerabilitätsmerkmale einzelner Spielteilnehmer\*innen

---

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Carr (2016)

<sup>13</sup> Vgl. Lindenmeyer (2013)

<sup>14</sup> Siehe dazu auch die Kritik von Bühringer & Zeltner (2020) sowie Landgraf et al. (2020)

<sup>15</sup> Köstler-Messaoudi (2016)



(siehe dazu Kap. 3). Dies kann auch schon rein statistisch begründet werden: etwa 99% der Teilnehmer\*innen an Glücksspielen zeigen einen risikoarmen Umgang mit allen Arten von Glücksspielen, und etwa 1% zeigen in epidemiologischen Studien eine (wahrscheinliche) Glücksspielstörung. Auch unter primär Lottospielern gibt es eine bedeutsame Zahl von Personen mit einer (wahrscheinlichen) Glücksspielstörung. Zwar ist die Erkennung von Teilnehmer\*innen mit problematischen Glücksspielverhalten ähnlich wie in Spielbanken und Spielhallen ohne gespeicherten Spielverlauf schwierig, muss aber trotzdem als Verpflichtung aufgenommen werden.

## **8. Mindestabstandsgebote und Verbot von Mehrfachkonzessionen**

Für das Mindestabstandsgebot und das Verbot von Mehrfachkonzessionen gibt es keine wissenschaftliche Grundlage. Sie unterstützen auch nicht das oben genannte Ziel der Stärkung des Verbraucherschutzes: Schutz (1) jugendlicher und (2) vulnerable Spielteilnehmer und Unterstützung der Eigenverantwortung (3) resilienter Spielteilnehmer.

Als Alternative wird vorgeschlagen, eventuelle Ansiedelungsverbote bzw. Erlaubnisgebiete den Gemeinden zu überlassen. Weiterhin sollten die Regelungen zeitnah nach Einführung wissenschaftlich evaluiert und bei Bedarf optimiert werden.

### **8.1 Begründung von Abstandsregelungen und Verbot von Mehrfachkonzessionen**

#### **Rechtlicher Rahmen**

Im GlüStV 2021 (und ähnlich in früheren Fassungen) ist zu Spielhallen in § 25 zu „Beschränkungen von Spielhallen; Verbot von Mehrfachkonzessionen“ folgendes festgelegt:

- (1) Zwischen Spielhallen ist ein Mindestabstand einzuhalten. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen der Länder.
- (2) Die Erteilung einer Erlaubnis für eine Spielhalle, die in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen steht, insbesondere in einem gemeinsamen Gebäude oder Gebäudekomplex untergebracht ist, ist ausgeschlossen.
- (3) Die Länder können die Anzahl der in einer Gemeinde zu erteilenden Erlaubnisse begrenzen.

In § 29 (4) des GlüStV 2021 ist als Abweichung vom Verbundverbot in § 25 (2) folgendes festgehalten:

- (4) Die Länder können in ihren Ausführungsbestimmungen vorsehen, dass für am 1. Januar 2020 bestehende Spielhallen, die in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen stehen, für bis zu drei Spielhallen je Gebäude oder Gebäudekomplex auf gemeinsamen Antrag der Betreiber abweichend von § 25 Absatz 2 eine befristete Erlaubnis erteilt werden kann [...], wenn verschiedene qualitative Voraussetzungen erfüllt sind.

#### **Erläuterungen und Begründungen zur Regulierung**

In den „Erläuterungen zum Glücksspielstaatsvertrag 2021“<sup>16</sup> (Landtag NRW, 2020) werden die Regelungen folgendermaßen begründet (S. 103): „Wie durch den Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag beabsichtigt, ist durch die von den Ländern eingeführten Mindestabstände und das Verbot von Mehrfachkonzessionen eine erhebliche Reduktion der

---

<sup>16</sup> Landtag NRW (2020). Drucksache 17/11683 - Glücksspielstaatsvertrag 2021– GlüStV 2021, Erläuterungen ab S. 72

Verfügbarkeit von Spielgelegenheiten des gewerblichen Spiels eingetreten bzw. eingeleitet. Zugleich dienen die Abstandsgebote weiterhin einer „Abkühlung“ des Spielers nach dem Verlassen einer Spielhalle, was gefährdet würde, wenn er sich in unmittelbarer Umgebung einer weiteren Spielgelegenheit ausgesetzt sähe“. Diese Rechtfertigung werde auch nicht durch die künftige Erlaubnisfähigkeit von weiteren Spielformen im Internet, insbesondere der virtuellen Automaten Spiele, da diese keiner ständigen Wahrnehmung unterlägen, technisch aufwendiger zu erreichen sein, keine Mehrfachspiele möglich seien, und es Wartezeiten beim Anbieterwechsel gebe. „Nicht zuletzt sind Abstandsgebote und das Verbot von Mehrfachkonzessionen auch im Hinblick darauf weiterhin gerechtfertigt, dass die Mehrzahl der sich wegen pathologischen Glücksspiels in ambulanter oder stationärer Behandlung befindlichen Personen –trotz des wachsenden Schwarzmarktes im Internet– weiterhin als eigene Hauptglücksspielform das Automaten Spiel in Spielhallen angeben [...]“.

Für die Ausnahme vom Verbot von Mehrfachkonzessionen wird in den „Erläuterungen“ keine Begründung abgegeben: „Die Länder können jedoch nochmals für bis zu drei Spielhallen in einem baulichen Verbund, die am 1. Januar 2020 bestanden, eine befristete Erlaubnis erteilen [...]“, wenn diese Spielhallen zusätzliche qualitative Kriterien einhalten (S. 104).

#### **Prüfkriterien**

Das Abstandsgebot und das Verbot der Mehrfachkonzessionen werden in den „Erläuterungen“ zusammenfassend mit folgenden Argumenten begründet:

- (1) Reduzierung der Verfügbarkeit und damit Reduzierung des Risikos für die Entwicklung einer Glücksspielstörung bzw. des ungewollten Weiterspielens von Gefährdeten/bereits erkrankten Spielteilnehmern (Abstandsgebot und Verbot von Mehrfachkonzessionen).
- (2) „Abkühlung“ des Spielers nach Verlassen einer Spielhalle, da die nächste Spielhalle weiter weg ist als früher, und damit Reduzierung des Risikos für die Entwicklung einer Glücksspiel Störung bzw. des ungewollten Weiterspielens von Gefährdeten/bereits erkrankten Spielteilnehmern (Abstandsgebot).

#### **8.2 Stellungnahme zum Mindestabstandsgebot und Verbot von Mehrfachkonzessionen als Maßnahmen zur Reduzierung der Verfügbarkeit, und damit zur Reduzierung der Glücksspielstörungen**

- (1) Die internationale Forschung und die seit über 10 Jahren vorliegenden Daten in Deutschland können *keinen belegbaren Einfluss einer Reduzierung des Angebots auf die Reduzierung der Glücksspielproblematik* zeigen. Dies ist auch eine unrealistische Erwartung, wenn diese Reduzierung eher gering bis nicht existent ist, die Abstände zwischen Spielhallen in Deutschland stark schwanken (von unter 100 m bis 500 m) und gleichzeitig andere Marktsegmente ausgeweitet werden. Weiterhin gibt es Hinweise aus Untersuchungen, dass eine Vielzahl von anderen, kaum kontrollierbaren Variablen wie kulturelle Einbettung des Glücksspielens, Marktsättigung, Grad präventiver Maßnahmen und Einführung neuer Angebote<sup>17</sup> sowie sozioökonomische Zusammensetzung und Problembelastung der Bevölkerung möglicherweise relevant sind. Es spielen demnach zu viele Faktoren eine Rolle,

---

<sup>17</sup> Meyer, Kalke & Hayer (2018; 2020)

sodass der Effekt von zwei einzelnen Faktoren (Abstand und Zahl der Geräte in einer Spielhalle) nicht isoliert werden kann bzw. keine Rolle spielt.<sup>18</sup>

- (2) Dieser fehlende Zusammenhang kann fachlich damit erklärt werden, dass die Gruppe der risikoarmen Spielteilnehmer gut mit dem Glücksspielangebot umgehen kann. Bei starker Steigerung oder Neueinführung eines Angebots nimmt zwar in manchen Studien die Problematik kurzzeitig zu (z. B. wegen mangelnder Erfahrungen und Kenntnisse), bleibt aber dann stabil (Adaptationshypothese). Und die Gruppe der vulnerablen Spielteilnehmer wird unabhängig vom ersten Glücksspielen immer mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Störung entwickeln, und bei dem sehr dichten Angebot terrestrischer (Lotto, Spielhallen, Spielbanken, Sportwetten) und Online-Angeboten immer eine weitere Spielstätte suchen und finden. Um das zu verhindern, müsste Glücksspielen grundsätzlich verboten und stark sanktioniert werden. Dies alles schließt aber unerwünschtes Ausweichverhalten nicht aus.
- (3) Die in Deutschland je Bundesland festgelegten Unterschiede bei den Abständen zwischen Spielhallen bzw. Lotto/Wettannahmestellen (100, 200, 250 und 500m) werden nicht begründet, können auch wissenschaftlich nicht begründet werden und erscheinen willkürlich.
- (4) Fazit: Abstandsgebot und Verbot der Mehrfachkonzessionen tragen -empirisch und grundlagenwissenschaftlich begründbar- nicht erkennbar zur Begrenzung oder gar Reduzierung der Glücksspielproblematik bei.
- (5) Wichtiger für die Problembegrenzung sind im Sinne qualitätsbezogener Maßnahmen<sup>19</sup>
  - a) Verbote für Jugendliche,
  - b) Aufklärung und Rückmeldung im Spielverlauf für risikoarme Spieler und
  - c) Früherkennung, Hilfen, Spielpausen und Sperren für vulnerable Spieler
  - d) eine effektive Aufsichtsbehörde mit hoher Kontrollichte und Sanktionskatalog.
  - e) ein verstärktes Recht bzw. eine verstärkte Nutzung des Rechts von Gemeinden zur Ausweisung von Glücksspielzonen bzw. -verboten, je nach lokalen Gegebenheiten.

### **8.3 Stellungnahme zum Abstandsgebot als Maßnahmen zur „Abkühlung“ von Spielteilnehmern durch weitere Wege bis zur nächsten Spielhalle und damit zur Reduzierung der Glücksspielstörungen**

- (1) Es gibt keine Forschung dazu, ob und nach welcher Zeit ein Spieler nach Verlassen einer Spielhalle oder Glücksspielmöglichkeit „abkühlt“.
- (2) Die Vorstellung der Behörden in den Bundesländern zur „Abkühlungsdistanz“ bzw. genauer ausgedrückt „Gehzeit“ von Spielhalle zu Spielhalle, schwankt mangels solcher Erkenntnisse erheblich, zwischen unter 100 m bis 500 m.<sup>20</sup>

---

<sup>18</sup> Es zeigen sich bei Analyse vorhandener Quer- und weniger Längsschnittdaten (Zoglauer, Czernecka, Bühringer, Kotter & Kräplin, in press) sowohl geringe Zusammenhänge zwischen Glücksspielangebot und Glücksspielnutzung/Problemlage (Verfügbarkeitshypothese) als auch für die Anpassung der Bevölkerung und nachfolgender Stabilität oder Reduzierung der Problematik im Zeitverlauf (Adaptationshypothese). Meyer, Kalke und Hayer (2018; in deutscher Sprache: 2020) haben den Zusammenhang zwischen Reduzierung des Glücksspielangebots und der Glücksspielteilnahme/Problematik untersucht. Als Ergebnis finden sie Studien, die einen Rückgang von Problemindikatoren bestätigen, aber auch gegenläufige Ergebnisse. Sie betonen die methodischen Studienmängel, die Komplexität anderer möglicher Einflüsse, und schreiben zusammenfassend „Schließlich ist bei der Interpretation der Befundlage zu beachten, dass sich die registrierten Eingriffe in die Verfügbarkeit generell als marginal erwiesen haben bzw. nur von kurzer Dauer waren, womit -möglicherweise- die erkennbaren geringfügigen Verhaltensänderungen in der Bevölkerung zu begründen sind“, empfehlen aber trotz der gefundenen unklaren Befundlage „substanzielle Verfügbarkeitseinschränkungen“.

<sup>19</sup> Bühringer, Kotter & Kräplin (2016); Bühringer & Ennuschat (2016)

<sup>20</sup> Köstler-Messaoudi (2016)

- (3) Auch hier gilt: Risikoarme Spielteilnehmer müssen nicht abkühlen, vulnerable Spielteilnehmer kühlen auch bei längeren Distanzen nicht ab, sondern suchen die nächstbeste Glückspielmöglichkeit, bei pathologischen Ausprägungen warten sie auch morgens vor der Spielhalle auf Öffnung.
- (4) Damit gibt es auch keine Begründung für Abstandsregelungen aufgrund der Abkühlungshypothese<sup>21</sup>

#### **8.4 Fazit**

- (1) Für das Abstandsgebot und das Verbot von Mehrfachkonzessionen gibt es keine belastbaren empirischen oder grundlagenwissenschaftlichen Erkenntnisse, die die Regelungen rechtfertigen.
- (2) Jugendschutz, Verbraucherschutz, speziell für vulnerable Teilnehmer sind zur Risikominimierung notwendig, können aber mit anderen Maßnahmen besser erreicht werden.
- (3) Gemeinden sollen aus städtebaulichen Gründen mehr Rechte zur Ausweisung von Glücksspielzonen bzw. -verboten erhalten,
- (4) Monitoring der Entwicklungen, Evaluation der Erkenntnisse und Forschung sind notwendig um Schutzmaßnahmen laufend zu bewerten und zu verbessern.
- (5) Eine effektive Aufsichtsbehörde mit hoher Kontrolldichte und Sanktionskatalog muss die Regelungen überwachen.

### **9. Regulierung der Werbung<sup>22</sup>**

#### **9.1 Werberegulierung im GlüStV**

Der GlüStV enthält in § 5 sowie über den Text verteilt zahlreiche Regelungen zur Werbung. Zur Ausgestaltung der Werbung liegen eine Vielzahl von Einschränkungen, Verboten und Ausnahmen vor:

- (1) Es gibt einige generelle, aber unbestimmte Beschränkungen, insbesondere in § 5 (2):
  - „Art und Umfang der Werbung für öffentliches Glücksspiel darf den Zielen des § 1 nicht zuwiderlaufen“.
  - „Die Werbung darf nicht übermäßig sein.“ „Übermäßig ist Werbung dann, wenn sie nicht mehr maßvoll ist und über das hinausgeht, was zur Zielerreichung erforderlich ist (vgl. EuGH, 2011; Urteil vom 30.06.2011, C-212/08, Zeturf, Rn. 72). „Nicht maßvoll ist Werbung jedenfalls dann, wenn die Anziehungskraft des Spiels durch zugkräftige Werbebotschaften erhöht wird, die bedeutende Gewinne verführerisch in Aussicht stellen“ (Erläuterungen, S. 121).
- (2) Verschiedene Richtlinien sind nicht nur unbestimmt, sondern auch widersprüchlich und schwierig in Einklang zu bringen: z.B. können Lotterien mit hohen (Jackpot) Gewinnen werben, aber die Werbung darf nicht übermäßig sein, und alles steht unter dem Vorbehalt von (§ 1(1)), dass „das Entstehen von Glücksspielsucht und Wetsucht verhindert“ werden soll.

<sup>21</sup> Siehe auch Becker (2016) und Becker (2020), der bereits vor Jahren zum gleichen Ergebnis kommt

<sup>22</sup> Für eine ausführliche Darstellung siehe Bühringer & Czernecka (2021, im Druck)

(3) Es gibt spezifische Begrenzungen und Verbote zur Werbung für einzelne Glücksspielangebote, z.B.:

- Keine Werbung zwischen 6 und 21 Uhr im Rundfunk und im Internet für *Online- Angebote* (§ 5 (3))
- Werbung mit aktiven Spielern ist unzulässig für *Sportwetten* (§5 (3)).
- „Von der äußeren Gestaltung der Spielhalle darf keine Werbung für den Spielbetrieb ... ausgehen“ (§ 26 (1)); für andere terrestrische Angebote, wie Spielbanken oder Sportwettanbieter gilt dieses Werbeverbot nicht.
- Personalisierte Werbung an alle Teilnehmende ohne vorherige Zustimmung und Abfrage der Sperrdatei sowie an gesperrte Glücksspieler\*innen ist für alle Glücksspiele verboten, an denen Gesperrte nicht teilnehmen dürfen (§ 5 (5)). Das bedeutet, dass die gängigen Lotterien gemäß § 8 (2) alle Personen ohne vorherige Abfrage und damit auch Gesperrte mit personalisierter Werbung adressieren können (S. 125).

## **9.2 Begründung für die Regulierung der Werbung im GlüStV 2021**

Die Begründung für die verschiedenen generellen und spezifischen Werbebeschränkungen im GlüStV sowie für Ausnahmen basieren auf zwei Argumenten:

### **Individuelle Risikounterschiede**

Erstmals werden bei einem GlüStV wissenschaftliche Erkenntnisse zu dem Konzept der individuellen Vulnerabilität berücksichtigt, einzelne Personen haben demnach ein unterschiedliches Risiko für die Entwicklung und Chronifizierung einer Glücksspielstörung (S. 78 sowie S. 90; zu wissenschaftlichen Grundlagen vgl. u.a.: Clark, Boileau & Zack (2019); Kräplin & Goudriaan, 2018; sowie Bühringer, 2020). Es wird als Folge zwischen vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie Minderjährigen und Personen mit einem erhöhten Risiko für eine Glücksspielstörung sowie der überwiegenden Gruppe resilienter (risikoarmer) Spielteilnehmender differenziert.

### **Glücksspielbezogene Risikounterschiede**

Die Werbebeschränkungen unterscheiden weiterhin zwischen den einzelnen Glücksspielen. Die Differenzierung wird zweifach begründet: Zum einen mit dem „natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung“, zum anderen mit einem unterschiedlichen „Risikopotenzial der beworbenen Glücksspiele“ (Erläuterungen, S. 90-91 und S. 77). Der natürliche Spieltrieb der Bevölkerung zu Glücksspielen soll durch Werbung zu eher ungefährlicheren Glücksspielen gelenkt werden (Erläuterungen, S. 90), und die Werberegulierung orientiert sich „grundsätzlich an dem Risikopotenzial der beworbenen Glücksspiele“: „Daher ist die Werbung für gefährlichere Glücksspiele stärker zu beschränken als die Werbung für weniger gefährliche Glücksspiele“ (Erläuterungen, S. 119).

## **9.3 Beurteilung der Werberegulierung**

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Zusammenhängen von Glücksspielwerbung und Glücksspielstörungen sind gering und durch eine Vielzahl methodischer Mängel wenig belastbar. Die wenigen Ergebnisse unterstützen eine Werberegulierung einschließlich Verbote zum Schutz von Gruppen mit einem erhöhten Risiko wie Jugendliche und vulnerable Erwachsene. Sie erlauben nicht die Differenzierungstiefe spezifischer Werberichtlinien im GlüStV 2021 für einzelne

Glücksspiele nach dem Grad des angenommenen Risikopotenzials bzw. zum Schutz der Bevölkerung vor dem angenommenen Spieltrieb.

Aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen können für die Gruppe der **resilienten (risikoarmen) Spielteilnehmenden** solche Regeln für die Werbung abgeleitet werden, die den Spielgemeinschafts- und Unterhaltungscharakter in den Vordergrund stellen, die Risiken verständlich benennen, sowie Hilfeangebote einschließen. Zum Schutz von **Kindern und Jugendlichen** kann ein Verbot von Werbung über altersbezogene Werbekanäle, handelnde Personen und Inhalte abgeleitet werden. Zum Schutz **vulnerabler Spielteilnehmender** sollen auffällig gewordenen Personen nicht direkt mit Werbung adressiert werden, und Werbung soll nicht Themen wie die Lösung von Alltagsproblemen zum Inhalt haben. Richtlinien zur Werbung sollen wegen der bisher geringen Forschungskenntnisse regelmäßig evaluationsbasiert überarbeitet und von einer Aufsichtsbehörde kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden.

## 10. Funktionsfähige Glücksspielbehörde und begleitende Evaluation des GlüStV 2021

Die folgenden Hinweise beziehen sich ebenfalls nur auf die Sicherstellung und Verbesserung eines qualitativ hochwertigen Verbraucherschutzes.

- **Glücksspielbehörde:** Mit Inkrafttreten des GlüStV 2021 zum 01.07.2021 muss die Glücksspielaufsichtsbehörde in Hinblick auf den hier angesprochenen Teilbereich der Kontrolle von Regelungen zum Verbraucherschutz funktionsfähig sein. Dies gilt z.B. im Online-Bereich für die Schaffung der personellen und technischen Voraussetzungen für anonyme Testspiele mit Geldeinsatz, für unbemerktes Einschalten in laufende Spielsequenzen von Teilnehmenden zur Prüfung der Kontrollvorgaben für die Anbieter einschließlich Prüfung der Altersvorgaben, und für die Kontrolle aller Texthinweise und Kontrollfunktionen zum Verbraucherschutz auf den einzelnen Internetseiten. Ähnliche Voraussetzungen, insbesondere personeller Ausstattung und Qualifikation, gelten für den Kontrollaufgaben im terrestrischen Bereich. Es wird angezweifelt, dass dies bis zum 30. Juni sichergestellt ist, so dass der Verbraucherschutz nicht gewährleistet werden kann.
- **Evaluation GlüStV:** Der GlüStV enthält wie alle Vorgänger seit 2008 zahlreiche Regelungen, Einschränkungen und Ausnahmen, die weitgehend keine oder eine geringe wissenschaftliche Grundlage haben. Eine laufende Evaluation zur Prüfung und Optimierung ist daher unerlässlich und wird seit Jahren von allen Seiten gefordert. Dem gegenüber ist dem Autor keine peer-reviewte (also durch unabhängige Wissenschaftler geprüfte) Publikation zur Evaluation des GlüStV in einer Fachzeitschrift bekannt. Dazu kommt, dass nach den üblichen fachlichen Standards zur Beurteilung der Veränderungen eines Gesetzes oder einer Maßnahme die Evaluation mit einer genauen Erfassung des Ist-Zustandes *vor Beginn seiner Einführung* begonnen haben sollte. Die Unterstützung der Forschung ist zwar im GlüStV vorgesehen, es wird aber angezweifelt, dass die Voraussetzungen für eine begleitende Evaluation nach wissenschaftlichen Standards bis zum 30. Juni 2021 erfüllt werden können.

## Literatur Zur Stellungnahme

- Becker, T. (2016). *Verfügbarkeit und Sucht beim Automatenpiel*. In: Becker, T. (Hrsg.): Schriftenreihe zur Glücksspielforschung Band 15. Frankfurt: Peter Lang
- Becker, T. (2020). Soziale Verfügbarkeit ist bedeutender (Interview). *Beiträge zum Glücksspielwesen – Eine Fachreihe des Behörden Spiegel*, 4, 18.
- Bühringer G. & Czernecka, R. (2021, im Druck). Übersichtsarbeit zu Werbung und Glücksspielen. *Beiträge zum Glücksspielwesen – Eine Fachreihe des Behörden Spiegel*, 1, XX-XX.
- Bühringer G., Czernecka, R., Kotter, R. & Kräplin, A. (2019). Zur Relevanz der Merkmale von Spielstätten für die Regulierung des Glücksspiels am Beispiel der Geldspielgeräte. In J. Krüper (Hrsg.), *Strukturfragen der Glücksspielregulierung* (S. 47-72). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Bühringer, G. & Ennuschat, J. (2016). Gestaltung glücksspielrechtlicher Regulierung. Beiträge aus der Suchtforschung. *Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht*, 11(6), 400-404.
- Bühringer, G., Kotter, R., Czernecka, R. & Kräplin, A. (2018). Beyond Reno II: Who cares for vulnerable gamblers? *SUCHT*, 64 (5-6), 325-334. doi:10.1024/0939-5911/a000566
- Bühringer, G., Kotter, R. & Kräplin, A. (2016). Qualitätsbezogene anstelle mengenorientierter Regulierung des Glücksspielangebotes. *Beiträge zum Glücksspielwesen – Eine Fachreihe des Behörden Spiegel*, 2, 22-26.
- Bühringer, G., Kraus, L., Höhne, B., Küfner, H., & Künzel, J. (2010). *Untersuchung zur Evaluierung der Fünften Novelle der Spielverordnung*. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.
- Bühringer, G. & Zeltner, G. (2020). *Stellungnahme - Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 – GlüStV 2021)*. [Stellungnahme]. Abgerufen unter [Beiträge]: <https://ec.europa.eu/growth/tools-databases/tris/de/search/?trisaction=search.detail&year=2020&num=304> am 14.08.2020.
- BZgA (2020). GLÜCKSSPIELVERHALTEN UND GLÜCKSSPIELSUCHT IN DEUTSCHLAND. Ergebnisse des Surveys 2019 und Trends. BZgA-Forschungsbericht. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. doi: 10.17623/BZGA:225-GS-SY19-1.0
- Carr, A. (2016). *Handbook of Child and Adolescent Clinical Psychology: A Contextual Approach* (Third Edition). Routledge: Abingdon.
- Köstler-Messaoudi, L. (2016). Fehlende Harmonisierung – Abstandregeln für Spielhallen in den Ländern. *Beiträge zum Glücksspielwesen. Eine Fachreihe des Behörden Spiegel*, 02, 16-17.
- Landgraf, K., Wulf, R., Füchtenschnieder, I., Hardeling, A., Hayer, T., Rehbein, F. & Rumpf, H.-J. (2020). *Anhörung zum Entwurf des Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrags - Stellungnahme des Fachbeirats*. Verfügbar unter: [https://www.dg-sucht.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/aktuelles/Stellungnahme\\_des\\_Fachbeirats\\_zum\\_Staatsvertrag\\_zur\\_Neuregulierung\\_des\\_Gl%C3%BCksspielwesens\\_in\\_Deutschland.pdf](https://www.dg-sucht.de/fileadmin/user_upload/pdf/aktuelles/Stellungnahme_des_Fachbeirats_zum_Staatsvertrag_zur_Neuregulierung_des_Gl%C3%BCksspielwesens_in_Deutschland.pdf)
- Landtag NRW (2020). *Drucksache 17/11683 Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021– GlüStV 2021) vom 28. Mai 2020* (die zugehörigen **Erläuterungen** ab Dokumentenseite 72).

- Lindenmeyer J. (2013). Warum werden Menschen süchtig? Psychologische Erklärungsmodelle. In: Badura B., Duckl A., Schröder H., Klose J., Meyer M. (Eds) Fehlzeiten-Report 2013. Fehlzeiten-Report, Vol. 2013. Springer, Berlin, Heidelberg.
- Meyer, G., Kalke, J. & Hayer, T. (2018). The impact of supply reduction on the prevalence of gambling participation and disordered gambling behavior: A systematic review. *SUCHT*, 64(5-6), 283-293. doi:<https://doi.org/10.1024/0939-5911/a000562>
- Meyer, G., Kalke, J. & Hayer, T. (2020). Auswirkungen einer Reduktion der Verfügbarkeit von Glücksspielen auf die Prävalenz der Spielteilnahme und glücksspielbezogener Störungen – Ein systematisches Review. *Beiträge zum Glücksspielwesen – Eine Fachreihe des Behörden Spiegel*, 3, 10-19.
- Vieweg, H-G. (2020). Unterhaltungsautomatenwirtschaftslage 2019, Entwicklung 2020 – Perspektiven 2021 - ein Gutachten im Auftrag der Deutschen Automatenwirtschaft e.V. (DAW). Köln: IFH Köln GmbH.
- Zoglauer, M., Czernecka, R., Bühringer, G., Kotter, R. & Kräplin, A (in press). The relationship between physical availability of gambling and gambling behaviour/ disorder: A systematic review. *Journal of Gambling Issues*.



## **Deklaration konkurrierender Interessen**

**Direkte Interessen:** Die finanzielle Förderung (alleine oder zusammen mit anderen Projektleitern) für Forschungsvorhaben zum Glücksspielen (Spieler- und Verbraucherschutz, Regulierungskonzepte) am IFT Institut für Therapieforschung bzw. an der TU Dresden erfolgte in den letzten 15 Jahren durch folgende Organisationen: Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (oberste Glücksspielaufsichtsbehörde über eigene Glücksspielangebote im Rahmen des Glücksspielmonopols sowie über private Anbieter), Bundesministerium für Gesundheit, Bundesministerium für Wirtschaft (Aufsichtsbehörde über Teilbereiche des Rechts für Geldspielautomaten), Deutsche Forschungsgemeinschaft (Einzelförderung sowie SFB-Teilprojekt), Mitglieder des Düsseldorfer Kreis (Westdeutsche Lotterie und Lotto Thüringen, Westdeutsche Spielbanken und Spielbank Bad Homburg, Tipico, Löwen Entertainment und Schmidt Gruppe); Europäische Kommission (ALICE-RAP) sowie weitere staatliche und gewerbliche Glücksspielanbieter (b-win, Baden-Württembergische Spielbanken, Bundesverband deutscher Spielbanken).

Förderung einer multizentrischen internationalen Psychotherapiestudie zur Behandlung älterer Alkoholabhängiger durch die Lundbeck Stiftung und eines Therapiekonzepts für die Behandlung psychischer Störungen bei Piloten durch insgesamt 12 Fluggesellschaften. Die fördernden Stellen hatten keinen Einfluss auf Untersuchungsplan, Durchführung, Auswertung, Interpretation und Publikation der Studien und ihrer Ergebnisse.

**Indirekte Interessen:** Mitgliedschaft im Düsseldorfer Kreis: interdisziplinäre Initiative von Vertretern der öffentlichen und privaten Glücksspielanbieter, der Forschung, Beratung und des Hilfesystems zur Entwicklung von Vorschlägen für eine bundesweite Glücksspielregulierung sowie für einen öffentlich kontrollierten Jugend-, Verbraucher- und Spielerschutz ([www.duesseldorfer-kreis.de](http://www.duesseldorfer-kreis.de)). Erarbeitung von Gutachten zum GlüStV und zu Landesgesetzen für zahlreiche Landesparlamente (RLP, NRW, ST, TH, SN). Weiterhin 2008-2019 Mitglied und früherer Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat der Europäischen Drogenbeobachtungsbehörde (EMCDDA), der u.a. Verbotsempfehlungen und Forschungsempfehlungen für die Europäische Kommission erarbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -		
Und zu dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/1585)		
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
1.	Name	Organisationsform
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50
	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)</small>	
	Interessenvertretung für die Wohlfahrtspflege in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	

	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)
	Die Stellungnahme wurde im kollegialen Austausch mit der Fachstelle Glücksspielsucht (fdr) erstellt. Die dargelegten Problemanzeigen und Forderungen der Fachstelle teilt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen ausdrücklich. Insbesondere die Auswirkungen, die sich durch die Legalisierung von Glücksspielen im Internet mit dem Inkrafttreten des GlüStV 2021 ergeben werden, werden Folgen für die Suchtkrankenhilfe in Thüringen haben. Die Legalisierung des Glücksspielangebotes im Internet sehen wir aufgrund unserer Expertise in Fragen des Kinder- und Jugendschutz, der Suchtprävention- und Suchtbehandlung als besonders kritisch.
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 26.02.2021.	



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.  
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

- per E-Mail

THÜR. LANDTAG POST  
26.02.2021 14:30

5163/21

**Geschäftsstelle**

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege  
in Thüringen e.V.**  
Arnstädter Str. 50  
(Eingang Humboldtstraße)  
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de  
Internet: www.liga-thueringen.de  
Telefon: (0361) 511499-0  
Telefax: (0361) 511499-19

Ihr Schreiben vom/ Ihre Zeichen  
03.02.2021 / Drs.7/2284-A6.1/ap

unsere Zeichen  
swe/rru/mit

Erfurt,  
26.02.2021

**Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN - Drucksache 7/2284 –  
und zu dem  
Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN - Vorlage 7/1585 –  
hier: Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und beschränken uns auf die wesentlichen Auswirkungen für die Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe.

Wir möchten uns an dieser Stelle für den kollegialen Austausch mit der Fachstelle Glücksspiel-sucht (fdr) bedanken, die uns ihre Stellungnahme vom 23.02.2021 zur Verfügung gestellt hat. Die dargelegten Problemanzeigen und Forderungen teilen wir ausdrücklich. Insbesondere die beschriebenen Auswirkungen, die sich durch die Legalisierung von Glücksspielen im Internet mit dem Inkrafttreten des GlüStV 2021 ergeben werden, werden Folgen für die Suchtkrankenhilfe in Thüringen haben.

Die Legalisierung des Glücksspielangebotes im Internet sehen wir aufgrund unserer Expertise in Fragen des Kinder- und Jugendschutz, der Suchtprävention- und Suchtbehandlung als besonders kritisch. Die aus Gründen der Suchtprävention vorgeschriebenen Maßnahmen im Bereich Online-Angebote und insbesondere der Sportwetten sind aus unserer Sicht gerade mit Blick auf Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes gute Ansätze, reichen aber in der Praxis nicht aus. Die Gewinnoptimierung der Spieleanbieter darf nicht leitend sein.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu den Gefahren des Glücksspiels liegen ausreichend vor. Suchtprävention wird durch staatliche Unterstützung gefördert, muss aber weiter ausgebaut und modernisiert werden. Dafür gibt es gute Konzepte, die in die regelhafte flächendeckende Umsetzung gebracht, ausreichend finanziert und verstetigt werden müssen.

Im Bereich der Suchtkrankenhilfe gehen wir von einer Zunahme von Beratungs- und Behandlungsanfragen aus. Auch hier braucht es frühzeitig einen Ausbau der örtlichen Beratungsstrukturen. Hier sehen wir eine enge Verzahnung zwischen Sucht- und Schuldnerberatung und der Suchtselbsthilfe als unerlässlich an. Für die notwendigen Kooperationen – auch zu anderen Beratungsangeboten – braucht es Stundenaufstockungen, die solide finanziert werden.

Problematisch ist das Fehlen von stationären Behandlungsangeboten für Spielsüchtige in Thüringen. Hier muss zeitnah ein spezifisches Angebot aufgebaut werden, um Betroffenen – unter Einbezug der Angehörigen – eine wohnortnahe Behandlung und Therapie zu ermöglichen. Hierbei sind insbesondere Behandlungskonzepte für *Unter 18jährige* zu entwickeln und wohnortnah vorzuhalten. Eine ausschließliche Verortung dieser Zielgruppe in den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe/-psychiatrie ist nicht zielführend.

Der Glücksspielstaatsvertrag 2021 soll ab 01.07.2021 auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden und ist erstmals zum 31.12.2028 kündbar. Aufgrund des langen Zeitraums möchten wir hier dringend die Forderung der *Fachstelle Glücksspielsucht* nach einer Evaluation der Auswirkungen der gesetzgeberischen Maßnahmen sowie weiterer Forschung, insbesondere zur Auswirkung der Erweiterung der Online-Angebote unterstützen. Den Einnahmen aus dem Glücksspielstaatsvertrag stehen immer hohe Ausgaben für Maßnahmen zur Suchtpräventions- und Suchtbehandlung sowie zur Linderung weiterer volkswirtschaftlichen Schäden, die durch Spielsucht entstehen, gegenüber.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 6 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich mündlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -													
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)													
1.	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Erle Deutsche Automatenwirtschaft e.V.</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Dircksenstraße 49</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>101178 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Erle Deutsche Automatenwirtschaft e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dircksenstraße 49	Postleitzahl, Ort	101178 Berlin		
Name	Organisationsform												
Erle Deutsche Automatenwirtschaft e.V.	e.V.												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dircksenstraße 49												
Postleitzahl, Ort	101178 Berlin												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Interessenvertretung der gewerkschaftlichen Branche des gewerblichen Handels im Dreieckland</i>	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Siehe Stellungnahme</i>	
5	Werden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzulegen? (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

# Anlage 4

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBefG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Datum:	Unterschrift:
Polen, 26.02.2021	



Thüringer Landtag  
-Haushalts- und Finanzausschuss-  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
**Z u s c h r i f t**  
**7/1079**  
zu Drs. 7/2284

26. Februar 2021

**Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 LT-Drs. 7/2284 vom 09. Dezember 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung des Gesetzentwurfs und die Beteiligung am Anhörungsverfahren zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 (GlüStV 2021) danken wir Ihnen herzlich. Ihrer Bitte folgen wir gerne und reichen hiermit unsere Stellungnahme ein.

Der Dachverband Die Deutsche Automatenwirtschaft e.V. (DAW) vertritt die gesamte Branche des gewerblichen Geldspiels in Deutschland – von der Automatenindustrie über den Automaten-Großhandel bis zu den Automaten-Aufstellunternehmen. Wir geben diese Stellungnahme gemeinsam mit den folgenden Verbänden ab: Verband der Deutschen Automatenindustrie e.V. (VDAI) und Verband der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e. V. (AV).

**I. Vorbemerkung zum Glücksspielstaatsvertrag 2021**

Das staatlich konzessionierte gewerbliche Geldspiel gehört neben den 16 Landeslotteriegesellschaften und den staatlich-konzessionierten Spielbanken zu den legalen, Anbietern auf dem deutschen Glücksspielmarkt und wirkt maßgeblich an der Erfüllung des im Glücksspielstaatsvertrag formulierten Ziels mit, „den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere ein Ausweichen auf unerlaubte Glücksspiele zu verhindern“ (Kanalisierungsauftrag).

Bereits heute leisten die Anbieter des gewerblichen Geldspiels einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der in § 1 GlüStV 2021 verankerten Ziele. Dies verdeutlichen beispielhaft: (1) die aktiv umgesetzten Sozialkonzepte (§ 6 Abs. 2 GlüStV 2021 i.V. mit § 4 Abs. 5 ThürSpielhG), (2) die regelmäßigen Personalschulungen (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 GlüStV 2021 i.V. mit § 4 Abs. 5 ThürSpielhG), (3) die Einhaltung der zahlreichen die Bauartzulassung von Geldspielgeräten betreffenden Vorgaben der Spielverordnung (SpielV)

und (4) die verpflichtende Teilnahme der Betreiber an einem Unterrichtsverfahren einer Industrie- und Handelskammer mit eingehender Vermittlung der notwendigen Kenntnisse des Spieler- und Jugendschutzes vor Beantragung einer allgemeinen Aufstellerlaubnis (§ 33 c Abs. 2 Nr. 2 GewO).

### **Qualität statt Quantität für einen stärkeren Spieler- und Jugendschutz**

Im GlüStV 2021 haben sich die Bundesländer erstmalig auf die Einführung von Qualitätsmerkmalen u.a. auch als Voraussetzung für Spielhallenerlaubnisse geeinigt. Im Sinne des Spielerschutzes ist diese Weiterentwicklung des Regulierungsansatzes als Meilenstein für das Glücksspielwesen in Deutschland zu bewerten. Wir begrüßen und unterstützen daher die Umsetzung des neuen GlüStV 2021 und sprechen uns für eine kohärente, ausschließlich an qualitativen Kriterien ausgerichtete Regulierung des gesamten Glücksspielmarktes aus. Diese führt zu mehr Rechtssicherheit und garantiert einen effektiven und überall geltenden umfassenden Spieler- und Jugendschutz.

Die Umsetzung des GlüStV 2021 durch das Bundesland Thüringen ist uns deshalb ein Anliegen. Insbesondere die Öffnungsklausel des § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 bietet auch Thüringen die Möglichkeit, folgerichtig und zukunftsweisend erstmals qualitative Regulierungsmaßstäbe in Bezug auf Spieler- und Jugendschutz auch für das stationäre Spielangebot in Ausführungsbestimmungen festzulegen.

Schon heute kann das Angebot virtueller Automatenspiele und Online-Casinospiele ohne jede räumliche und zeitliche Begrenzung in Deutschland genutzt werden. Der GlüStV 2021 sieht nunmehr eine an qualitativen Parametern orientierte Erlaubniserteilung für öffentliche Glücksspiele im Internet vor (§ 4 Abs. 4 GlüStV 2021). Eine Erlaubnis für die Veranstaltung von virtuellen Automatenspielen darf z.B. nur bei erweiterter Zuverlässigkeit des Antragstellers erteilt werden (§ 4 a Abs. 1 Nr. 1 GlüStV 2021). Hier wird durch den gewählten Regulierungsansatz deutlich, dass eine an Qualitätskriterien orientierte Regulierung der rein mengenmäßigen Beschränkung des Angebots mindestens gleichwertig ist.

Im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatz und des vom EuGH wiederholt statuierten Gebots kohärenter Regulierung ist es unerlässlich, die Regelwerke aller Spielformen in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Die Anwendung der Öffnungsklauseln des § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 hilft entscheidend dabei, die Spreu vom Weizen zu trennen und zu einer allgemeinen Steigerung der Qualität des Gesamtmarktes beizutragen. Dabei kommen insbesondere der erstmals erforderlichen Sachkundeprüfung des Betreibers, der besonderen Schulung der Mitarbeiter und der mit einer regelmäßigen Überprüfung der Spielhalle verbundenen Zertifizierung eine herausragende Bedeutung zu.

## **Schaffung eines bundesweit geltenden und spielformübergreifenden Sperrsystems**

Wir begrüßen, dass im GlüStV 2021 die Schaffung eines bundesweit geltenden und spielformübergreifenden Sperrsystems vorgesehen ist [§ 10 Abs. 2 ThürSpielhallenG(E) verweist auf § 7 ThürGlüG (E) i. V. mit §§ 8ff. GlüStV 2021]. Das spielformübergreifende Sperrsystem ist – neben den anderen bereits existierenden Maßnahmen (s.o.) – ein weiterer wichtiger Baustein, um Menschen mit pathologischem Spielverhalten eine wirksame Hilfestellung an die Hand zu geben. Die Umsetzung des Sperrsystems sollte möglichst über eine für den Spielgast niederschwellige, datensparsame, technologisch offene und schnell nachvollziehbare biometrische Zugangskontrolle erfolgen. Zu berücksichtigen ist jedoch auch die Problematik einer termingerechten Umsetzung vor allem in Bezug auf das Angebot des gewerblichen Spiels in der Gastronomie. Aufgrund der Pandemie und der anhaltenden Betriebsschließungen stellt sich die Implementierung des Sperrsystems in vielerlei Hinsicht für die betroffenen Betriebe als herausfordernd dar. Für einen sicheren und geordneten Ablauf der technischen Umsetzung dieser Systeme unter Berücksichtigung der mittlerweile mehr als 5-monatigen Schließung der Betriebe seit Beginn der Coronapandemie halten wir es für notwendig, eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2021 zu schaffen.

## **II. Gesetzentwurf Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 im Land Thüringen; hier Artikel 2**

Der vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet in Artikel 2 die Änderung des Spielhallenrechts für das Land Thüringen.

### **1. Zu § 3 Abs. 1 – Abs. 3 ThürSpielhallenG (E) - Beschränkungen von Spielhallen durch Mindestabstände und Verbundverbot**

Der vorliegende Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des GlüStV 2021 hält im Thüringer Spielhallengesetz (§ 3 Abs. 1 bis Abs. 3 ThürSpielhallenG) trotz der dargestellten gesetzgeberischen Intention des GlüStV 2021 an der bisherigen, ausschließlich quantitativen Regulierung des gewerblichen Geldspiels fest. Das Kanalisierungsziel sowie der in § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes formulierte öffentliche Auftrag „die Sicherstellung eines ausreichenden Glücksspielangebots“ kann auf diese Art und Weise nicht erfüllt werden.

a) Verbundverbot (§ 3 Abs. 1 S. 2 ThürSpielhallenG)

Wir empfehlen dringend, dass Thüringen die Bestimmungen des § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 nutzt und im Landesrecht entsprechend umsetzt. Das generelle Verbundverbot bliebe erhalten. Für am 1. Januar 2020 bestehende Verbundspielhallen bestünde aber die Möglichkeit einer befristeten Erlaubniserteilung, wenn die zusätzlichen hohen Qualitätsanforderungen gemäß § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 erfüllt sind und somit eine zusätzliche erhebliche Verbesserung im Bereich des Spieler- und Jugendschutzes erreicht wird.

In Thüringen betrifft die Öffnungsklausel des GlüStV 2021 ca. 76 Verbundspielhallen mit insgesamt 166 Konzessionen, die zum 1. Januar 2020 bestanden. Im Durchschnitt hat eine Verbundspielhalle damit weniger als 3, mithin überwiegend 2 Konzessionen. Nicht alle bestehenden Verbundspielhallen verfügen ohnehin, auf Grund örtlich vorhandener baulicher Gegebenheiten, dabei über die maximale Anzahl von je 12 Geldspielgeräten pro Konzession. Die gesetzliche Grundlage für die Anzahl der Geldspielgeräte in einer Konzession bestimmt sich nach Spielverordnung, welche regelt, dass pro Geldspielgerät eine Grundfläche von 12 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen muss. Bauungspläne begrenzen die Grundfläche von Spielhallen. Daher wird die maximale Anzahl von möglichen Geldspielgeräten beispielsweise in Mischgebieten nicht erreicht. Mischgebietstypische Verbundspielhallen können daher nur in ihrer bisherigen Form wirtschaftlich betrieben werden.

b) Mindestabstandsgebot (§ 3 Abs. 1 S. 1 sowie Abs. 2 und 3 ThürSpielhallenG)

Suchtfachlich unumstritten ist die Tatsache, dass Prävention am ehesten in einem kontrollierten Raum durch fachlich qualifiziertes Personal möglich ist. Da in Spielhallen präventive Qualitätsstandards verwirklicht werden und ihre Einhaltung streng kontrolliert wird, sind Wegstrecken zwischen Spielhallen ebenso irrelevant für die Prävention wie die Reduzierung der Anzahl der in Spielhallen aufgestellten Geräte. In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass die bundesweit einzuführende Spielersperre mit den entsprechenden Zutrittskontrollen eine besondere Zugangshürde im Sinne des „Burgtorprinzips“ darstellt, die den bisher wissenschaftlich nicht belegten Abkühl-Effekt von Mindestabständen bei weitem übertrifft. Die spielinteressierten Gäste müssen beim Betreten einer Spielhalle ihre Identität anhand von Personaldaten nachweisen und den Abgleich mit der Spielersperrdatei abwarten. Die Durchführung dieser zeitaufwändigen Prozedur sowie die bewusste und gewollte Entscheidung für den Besuch der Spielhalle sind hinsichtlich der vom Gesetzgeber angestrebten Abkühlwirkung deutlich wirkmächtiger als die Wegstrecke zwischen zwei Spielhallen und dem Angemessenheitsprinzip folgend mehr als ausreichend.

Aus der Logik des qualitativen Ansatzes heraus, der auf die Sicherstellung des Spielerschutzes durch geprüfte Qualität setzt, ist zumindest auch die Übertragung von Ausnahmemöglichkeiten beim Mindestabstandsgebot bei Einhaltung zusätzlicher qualitativer Voraussetzungen dringend geboten. Die Mindestabstandsregelungen blieben mit analoger Anwendung der Öffnungsklausel nach § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 im Grundsatz in Thüringen erhalten. Weist eine Spielhalle aber ein besonders hohes Maß an Spieler- und Jugendschutz auf, der durch regelmäßige Überprüfung im Rahmen der Zertifizierung nachweisbar kontrolliert wird, sollte für diese Spielhalle eine Unterschreitung der Mindestabstände im Rahmen der Erlaubniserteilung zugelassen werden.

Die Konkretisierung des Abstandsgebotes zu Kinder- und Jugendeinrichtungen, Suchtberatungsstellen oder vergleichbare soziale Einrichtungen gemäß § 3 Abs. 2 S. 2 ThürSpielhallenG (E) durch Festlegung auf einen konkreten Mindestabstand von 200 Metern verschärft dagegen die bestehende Abstandsregelung unverhältnismäßig. Bislang erfolgte die Auslegung des Begriffs der „unmittelbaren Nähe“ aufgrund einer Ermessensentscheidung durch die kommunalen Entscheidungsträger. Regionale Gegebenheiten vor Ort konnten unter Beachtung der suchtpreventativen Ziele die erforderliche Berücksichtigung finden. Zudem hat das BVerwG in seinen Entscheidungen vom 16. Dezember 2016 ausdrücklich festgestellt, dass der Begriff „räumliche“ Nähe ausreichend bestimmt ist. Eine konkrete Meterangabe ist weder geeignet; erforderlich noch angemessen. Die insbesondere dem Bestimmtheitsgebot genügende bisherige Vorgehensweise hat sich bewährt und wurde dementsprechend für die Regelung der Wettvermittlungsstellen übernommen [§ 6 Abs. 6 ThürGlüG (E)].

Die Anwendung qualitativer Regulierungsmaßstäbe würde überdies die grundsätzlich zu begrüßende bereits im geltenden Recht vorgesehene Ausnahmeregelung (§ 3 Abs. 3 ThürSpielhallenG) für die Abstandsregelung zwischen Spielhallen im Einzelfall verstärken und angemessen erweitern. Die hier für die zuständige Erlaubnisbehörde definierte Möglichkeit, im Einzelfall zur „Vermeidung unbilliger Härten“ von Mindestabständen abzuweichen, erhielte klare, ausschließlich an einer zusätzlichen Qualitätssteigerung im Bereich des Spielerschutzes ausgerichtete Entscheidungskriterien und unter anderem durch die in § 29 Abs. 4 GlüStV 2021 geforderte turnusmäßige Zertifizierung der Spielhallen ein wertvolles und den Vollzug erleichterndes Hilfsmittel. § 3 Abs. 3 S. 2 ThürSpielhallenG mit seinem vorgesehenen Mindestabstand von 400 m wäre in der Folge entbehrlich.

Wir schlagen Ihnen daher folgende konkrete Formulierung im ThürSpielhallenG vor:

§ 3 Absatz 1

Unternehmer nach § 1 müssen vorbehaltlich des Absatzes 3 einen Abstand von mindestens 200 m, gemessen mittels Fußweges von Haupteingang zu Haupteingang, untereinander haben. Sie dürfen nicht im Verbund mit einem oder mehreren Unternehmen nach § 1 stehen, insbesondere nicht in einem gemeinsamen Gebäude oder Gebäudekomplex untergebracht sein.

§ 3 Absatz 2

Unternehmen nach § 1 sollen nicht in unmittelbarer Nähe von allgemeinbildenden Schulen, berufsbildenden Schulen, Jugendeinrichtungen, Suchtberatungsstellen oder vergleichbaren sozialen Einrichtungen erlaubt werden.

§ 3 Absatz 3

a.) Eine Ausnahme vom Verbundverbot und von den Mindestabstandsgeboten gemäß § 3 Abs. 1 und 2 ist für am 1. Januar 2020 bestehende Spielhallen zu erteilen, wenn

(1) die Spielhalle/Spielhallen von einer akkreditierten Prüforganisation zertifiziert worden sind,

(2) die Betreiber über einen aufgrund einer Unterrichtung mit Prüfung erworbenen Sachkundenachweis verfügen und

(3) das Personal der Spielhallen besonders geschult wird.

b.) Eine Ausnahme vom Verbundverbot ist nur für bis zu 3 Spielhallen je Gebäude oder Gebäudekomplex auf gemeinsamen Antrag der Betreiber zu erteilen.

c.) Eine Spielhalle besteht am 01.01.2020, wenn sie über eine Erlaubnis nach § 24 GlüStV verfügt, sie auf Grund eines Antrags auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 24 GlüStV seitens der Erlaubnisbehörde ausdrücklich oder konkludent geduldet wird oder sie aus anderen Gründen rechtmäßig geöffnet ist. Das Bestehen einer Spielhalle ist für verbundene Spielhallen auch dann anzunehmen, wenn mindestens eine der verbundenen Spielhallen rechtmäßig geöffnet ist. Diese Regelung ist letztmalig bis zum Außerkrafttreten des GlüStV 2021 anzuwenden.

d.) Die Erlaubnis kann vorbehaltlich anderer Gründe auch widerrufen werden, wenn die Zertifizierung nach § 3 Abs. 3a Ziffer 1 nicht mindestens alle 24 Monate wiederholt wird.

e.) Die Erlaubnis ist für einen Zeitraum von 15 Jahren zu erteilen.

## **2. Zu § 3 Abs. 9 ThürSpielhallenG (E) - Reduzierung der Geräteanzahl sowie Einzelaufstellung der Spielgeräte**

Der neue § 3 Abs. 9 des Entwurfs begrenzt die zulässige Höchstzahl von Geldspielgeräten in Spielhallen auf 10 und enthält zudem eine Pflicht zur Einzelaufstellung.

Mit der Reduzierung der Gerätezahl wird das in der Begründung angeführte Schutzziel der Spielsuchtprävention nicht erreicht. Mit den oben aufgezählten bereits geltenden präventiven Qualitätsstandards in Spielhallen, deren Einhaltung streng kontrolliert wird, sowie die Einführung eines spielformübergreifenden Sperrsystems mit entsprechender Zugangskontrolle ist für die Prävention die Zahl der in Spielhallen aufgestellten Geräte nicht maßgeblich. Hinzukommen die zu berücksichtigenden Besonderheiten in Thüringen, nämlich das überschaubare Angebot an terrestrischen Spielmöglichkeiten und die Struktur des Spielhallenmarktes (vgl. Begründung des Entwurfs, S. 17). Aus unserer Sicht erscheint daher eine über die in § 3 Abs. 2 SpielV vorgesehene Beschränkung der Geräteanzahl nicht erforderlich. Die Entwicklung in anderen Bundesländern (z.B. Berlin) zeigt, dass die Reduzierung des Angebots in gewerblichen Spielhallen sogar einen konträren Effekt hervorruft, d.h. zu einer Schwächung des legalen und einer Ausbreitung des illegalen Markts führt.

Einer Einzelaufstellung der Geräte mit Sichtblende bedarf es unter der Begründung der Stärkung des Spielerschutzes auch nicht. Ziel der Einzelaufstellung ist die Verhinderung der Mehrfachbespielung von Geldspielgeräten. Diese Intention ist durch § 6 Abs. 5 SpielV ausreichend gewährleistet. Die Verwendung eines gerätegebundenen Identifikationsmittels verbunden mit der Pflicht, jedem Spieler nur ein Identifikationsmittel auszuhändigen, stellt sicher, dass jeder Spielgast nur noch ein Gerät bespielen kann. Die Einzelaufstellung würde zudem erhebliche technische und damit kostenintensive Umbauten in den Spielhallen bedingen, ohne eine Steigerung des Spielerschutzes zu erzielen.

### 3. Zu § 2 Abs. 1 Satz 2 ThürSpielhallenG - Befristung der Spielhallenerlaubnisse auf 5 Jahre

Der Entwurf sieht keine Änderung der Laufzeit für Spielhallenerlaubnisse von maximal 5 Jahren vor. Sowohl bei der Neuerrichtung einer Spielhalle als auch bei Erneuerung der Betriebsausstattung für bestehende Spielhallen investieren die Unternehmen erhebliche Beträge. Diese Investitionen in Gebäude, Haustechnik, Einrichtung können nur über einen angemessenen Zeitraum amortisiert werden. Andere Bundesländer haben diese betrieblichen Investitionszyklen berücksichtigt und sich für Laufzeiten von bis zu 15 Jahren entschieden. Die kurze Befristung der Erlaubnisse erschwert den Unternehmen die zwingend erforderliche Planungssicherheit. Dies betrifft unter anderem auch die langfristige arbeitsvertragliche Bindung von Arbeitskräften, die betriebliche Ausbildung von Arbeitskräften und deren Weiterbildung. Auch aus der Sicht von Vermietern gewerblicher Mietflächen ist es nicht marktüblich, Miet-/Pachtverträge mit einer Laufzeit von maximal 5 Jahren vertraglich zu vereinbaren. Auch hier sind längerfristige Verträge für die Sicherung der Finanzierung von Gewerbeobjekten unabdingbar.

#### Fazit

Aktuell bestehen in Thüringen ca. 265 Spielhallenstandorte, davon ca. 189 Einfachkonzessionen und ca. 76 Spielhallen mit Mehrfachkonzessionen. Die Gesamtanzahl der Konzessionen beträgt nach den uns vorliegenden Angaben rund 355. Ausgehend von den 265 Spielhallenstandorten stehen bei einem Abstand von 500 m gemäß den uns bekannten Daten 106 Spielhallen direkt zueinander in Abstandskonkurrenz, ohne dass die hinzukommende Abstandskollision zu Kinder- und Jugendeinrichtungen, Suchtberatungsstellen oder vergleichbare soziale Einrichtungen gemäß § 3 Abs. 2 S. 2 ThürSpielhallenG (E) berücksichtigt ist.

Kommt es nicht zu einer ausschließlich an Qualitätsmaßstäben ausgerichteten Umsetzung und bleibt es bei dem im Gesetzentwurf vorgesehenen Weg, müssten ca. 75 – 80 % der Spielhallen in Thüringen schließen. Und dies zusätzlich zu dem bereits seit Inkrafttreten des GlStV 2012 eingetretenen Rückgang der Spielhallenkonzessionen um ca. 16 %. Die Schließungen resultieren aus den Fallkonstellationen der Feststellung von Härtefällen gemäß des geltenden § 10 Abs. 2 Ziffer 1 ThürSpielhallenG, welche ca. 70% aller Spielhallenstandorte in Thüringen betreffen und dem neu mit der Festlegung von 200 m konkretisierten Abstandsgebot zu Kinder- und Jugendeinrichtungen, Suchtberatungsstellen oder vergleichbare soziale Einrichtungen gemäß § 3 Abs. 2 S. 2 ThürSpielhallenG (E).

Darüber hinaus sind genehmigte Härtefälle gemäß der gesetzlichen Regelung hauptsächlich bis zum 30.06.2021 befristet. Ein Weiterbetrieb kann nur auf Grund einer



neuen gesetzlichen Regelung erfolgen. Eine Entscheidung im Erlaubnisverfahren durch die zuständigen Behörden ist dafür die verwaltungsrechtliche Voraussetzung. Eine Bearbeitung durch die Behörden ist jedoch erst mit Inkrafttreten der neuen landesrechtlichen Vorschriften möglich. Auf Grund der Dauer des parlamentarischen Verfahrens ist davon auszugehen, dass erst im Juni 2021 der Landtag abschließend über die Neuregelung des ThürSpielhallenG beschließen wird. Ohne eine entsprechende Übergangsregelung ist davon auszugehen, dass mit dem 01.07.2021 in Thüringen nur noch wenige Spielhallen, die eine über den 30.06.2021 hinausgehende glücksspielrechtliche Erlaubnis besitzen, geöffnet haben werden. Unter Berücksichtigung der Antragstellung der Unternehmen und der Bearbeitungsfristen der örtlichen kommunalen Verwaltungen wird für die Übergangsregelung ein Zeitraum von 12 Monaten als angemessen betrachtet.

Die Folgen der weiteren Schließungen wären:

- Mindestens ca. 1.200 – 1.500 Arbeitsplätze fielen ersatzlos weg, wovon mehr als 90 % sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, vorwiegend von Frauen, sind. Hiervon betroffen wären auch kleine und mittelständische Familienunternehmen, deren gesamte Existenz mit dem Wegfall ihrer Geschäftsgrundlage gefährdet würde.
- Dem zentralen Auftrag des GlüStV, das Glücksspiel im legalen Raum zu kanalisieren, würde signifikant entgegenwirkt. Es sollte bedacht werden, dass die massive Schließung von Spielhallen eine Abwanderung von Spielgästen in weniger kontrollierte Spielformen sowie eine Zunahme von illegalen Aufstellorten begünstigt.
- Durch die Schließung von ca. 198 Spielhallen (unter zugrunde legen von 265 bestehenden Spielhallenstandorten und einer Schließungsrate von ca. 75%), aufgrund von fehlenden Ausnahmemöglichkeiten vom Verbundverbot und vom Mindestabstandsgebot ist eine Gewerbefläche von insgesamt ca. 70.000 m<sup>2</sup> betroffen. Diese Flächen werden angesichts der ohnehin schwierigen Situation der Innenstädte, die durch die Pandemielage noch deutlich verschärft worden ist, voraussichtlich nicht wieder vermietet werden können. Ein solcher massiver Zuwachs an Leerstand trägt zur weiteren Verödung der Innenstädte bei.
- Erhebliche Steuerausfälle wären unvermeidbar. Für den Betrieb der in den Spielhallen aufgestellten Geldspielgeräte werden von den Unternehmen u. a. Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer an die Kommunen gezahlt. Bei dem durch die Auswirkungen des Gesetzentwurfes verursachten Kahlschlag im Spielhallenbereich würde sich allein das Vergnügungssteueraufkommen zu Lasten der Kommunen um

ca. 8,3 Mio. € je Jahr vermindern. Bei der Gewerbesteuer ist von einer Einnahmensenkung in Höhe von ca. 1,875 Mio. € (unter Zugrundelegung einer Gesamtgewerbesteuerertragsminderung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mill. € und einer Schließungsrate von ca. 75 %) auszugehen. Auf diese Einnahmen sind die Kommunen aufgrund der erheblichen zusätzlichen Einnahmensenkungen durch die Auswirkungen der Coronapandemie dringend angewiesen.

- Unsere Erfahrungen in der Vergangenheit haben zudem offenbart, dass viele Städte und Gemeinden im Land kein Interesse an einer vermehrten Schließung von Spielhallenstandorten haben, weil Spielhallen Dienstleistungsbetriebe sind, die sich störungsfrei in ihr Umfeld integriert haben.

Wir bitten die skizzierten negativen Konsequenzen unbedingt bei der Neufassung der landesrechtlichen Vorschriften zu bedenken und überholte quantitative Regulierungen konsequent durch qualitative Regulierungen zu ersetzen. Sein präventives Potenzial kann das terrestrische gewerbliche Geldspiel in Spielhallen, in denen das Spielangebot durch qualifiziertes und regelmäßig geschultes Personal begleitet wird, nur entfalten, wenn es in kontrollierter Qualität verbrauchernah angeboten werden kann.

Sehr gerne stehen wir Ihnen für einen weiteren Austausch als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sprecher des Vorstandes  
Die Deutsche Automatenwirtschaft e.V.  
Dachverband

Vorstand  
Verband der Deutschen  
Automatenindustrie e.V.

Vorstand  
Verband der Automatenkaufleute  
Berlin und Ostdeutschland e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2284		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Verbraucherzentrale Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richter-Straße 45
	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Z 7/1087

08. MRZ. 2021

THÜR. LANDTAG POST  
08.03.2021 07:06

600412021

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -											
<b>1.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
<b>2.</b>	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Becker</td> <td>Tilman</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>Schwarzstr. 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>70599 St. Hyarlt</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Becker	Tilman	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	Schwarzstr. 44	Postleitzahl, Ort	70599 St. Hyarlt
Name	Vorname										
Becker	Tilman										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	Schwarzstr. 44										
Postleitzahl, Ort	70599 St. Hyarlt										

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Geschäftsführender Leiter Forschungsstelle Glücksspiel	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Siehe Anlage	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stuttgart, 5. 3. 2021	





UNIVERSITÄT  
HOHENHEIM

Universität Hohenheim (502) | 70599 Stuttgart

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Forschungsstelle Glücksspiel (502)

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss

Jürgen-Fuchs-Strasse 1  
99096 Erfurt

Per E-Mail an: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

### *Kernaussagen des schriftlichen Beitrags*

Die folgenden Forderungen in Bezug auf den Glücksspielstaatsvertrag werden erhoben und ausführlich begründet:

- Ermächtigung der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder, um Rechtsverordnungen zu erlassen.
- Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes, um einen Steuertatbestand für illegale Glücksspielangebote im Internet zu schaffen.
- Änderung des Strafgesetzbuches, um auch strafrechtlich gegen illegale Online-Anbieter vorgehen zu können.
- Eine Differenzierung der Vorgaben für die erlaubte Werbung im Rahmen einer Werberichtlinie ist sinnvoll und sollte beibehalten werden. Ein weitgehendes Werbeverbot für die bisher nicht erlaubten Angebote wäre anzustreben. Die Vorgaben für Werbung sollten dem jeweiligen Gefährdungspotential angemessen sein.
- Mit der Einführung der Erlaubnisfähigkeit für das virtuelle Automatenspiels im Internet sollten nicht zugleich die Anforderungen an die Erlaubnisfähigkeit der Lotterien mit geringerem Gefährdungspotential im Internet deutlich erhöht werden. Die Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz sollten dem jeweiligen Gefährdungspotential angemessen sein.
- Die Einführung einer Limitdatei und einer Aktivitätsdatei werden erhebliche technische und rechtliche Probleme mit sich bringen. Hier stellt sich die Frage, ob die zu schaffende Gemeinsame Glücksspielaufsichtsbehörde nicht gerade in den ersten Jahren die Ressourcen sinnvoller einsetzen könnte, zum Beispiel in dem Vollzug der bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben, der Überwachung des Marktes und dem Vorgehen gegen illegale Angebote.
- Die wissenschaftliche Glücksspielforschung sollte mit einem Anteil an den Glücksspieleinnahmen bedacht werden, um zu einer evidenzbasierten Regulierung beizutragen.

In Bezug auf das Ausführungsgesetz werden die folgenden Forderungen erhoben:

1 | 2

UNIVERSITÄT HOHENHEIM  
Forschungsstelle Glücksspiel (502)  
Schwerzstraße 46  
70599 Stuttgart  
[gluecksspiel.uni-hohenheim.de](mailto:gluecksspiel.uni-hohenheim.de)

ANFAHRT  
Stadtbahn  
U3, Pfleningen (Universität Hohenheim)  
Bus  
65, 70, 73, 74, 76



- Die Unterscheidung zwischen Wettannahmestellen und Wettbüro erfolgt in dem Entwurf entlang der Grenzziehung zwischen Wettvermittlung im Haupterwerb oder im Nebenerwerb. So wird gerechtfertigt, dass die Mindestabstandsregel für die Wettvermittlung an private Anbieter gelten soll, nicht aber für den staatlichen Anbieter. Kohärent wäre eine Unterscheidung zwischen Wettbüro und Wettannahmestelle auch im Glücksspielrecht (wie im Baurecht).
- Die Durchführung von Vereinslotterien im Internet ist praktisch verboten. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Verein für eine Lotterie extra eine Schnittstelle zur Schufa einrichten kann, um die Anforderungen an den Jugendschutz bei dem Angebot von Glücksspiel im Internet zu erfüllen. Hier besteht gesetzgeberischer Anpassungsbedarf. Es sind zwei Lösungsansätze denkbar. Entweder wird die Durchführung dieser Lotterie so vereinfacht, dass diese auch von Vereinen durchgeführt werden kann, oder es wird explizit erlaubt, dass diese Lotterien auch von Dritten durchgeführt werden. An die Veranstaltung und Vermittlung von kleinen Lotterien im Internet könnten die folgenden Nebenbestimmungen Eingang finden.
  1. die Veranstaltung beschränkt sich auf das Gebiet von Thüringen (zu überprüfen an Hand der Adresse),
  2. der Losverkauf darf die Dauer von einem Monat nicht überschreiten,
  3. die Summe der für den Erwerb aller Lose zu entrichtenden Entgelte dürfen den Betrag von 20 000 Euro nicht übersteigt,
  4. der Reinertrag wird ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt und
  5. der Reinertrag und die Gewinnsumme betragen jeweils mindestens 25 Prozent der Entgelte,
  6. Jugendliche sind von der Spielteilnahme ausgeschlossen (Gewinne dürfen nur nach Vorlage des Personalausweises oder vergleichbarer Dokumente z.B. per Video ausgezahlt werden).Unter diesen Bedingungen wird auch der Jugendschutz sichergestellt. Diese Bedingungen für allgemein erlaubte kleine Lotterien im Internet könnten bereits in das Thüringer Glücksspielgesetz aufgenommen werden oder die Allgemeine Erlaubnis für die Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen im Freistaat Thüringen vom 22. Dezember 2017 wäre dementsprechend zu überarbeiten.
- Generell wäre zu überlegen, ob nicht die Schaffung bzw. Konzentration der glücksspielrechtlichen Aufgaben in einer landesweiten Aufsichtsbehörde für das Bundesland Thüringen sinnvoll sein könnte, wie es bereits in Rheinland-Pfalz der Fall ist und in Baden-Württemberg diskutiert wird.
- In dem Thüringer Glücksspielgesetz ist in Artikel 9 vorgesehen, dass der Landessportbund Thüringen e.V., die LIGA der freien Wohlfahrtspflege, die Stiftung Naturschutz Thüringen sowie der Landesverband Thüringen der Gartenfreunde e.V. mit festgelegten Prozentangaben bei der Verwendung der Erträge und Konzessionsabgaben berücksichtigt werden. Es sollten auch eine feste Summe bzw. festgelegte Anteile für die Glücksspielforschung vorgesehen werden. Dabei wäre zwischen einer Grundfinanzierung und einer Projektfinanzierung zu unterscheiden. Insgesamt sollte 1 Prozent der Einnahmen eines Landes für die Glücksspielforschung aufgewendet werden, wobei die Hälfte für eine Grundfinanzierung einer Professur für Glücksspiel und die andere Hälfte für Projekte aufgewendet werden könnten.



THUR. LANDTAG POST  
01.03.2021 08:16

5188121

Universität Hohenheim (502) | 70593 Stuttgart

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Forschungsstelle Glücksspiel (502)

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss

Jürgen-Fuchs-Strasse 1  
99096 Erfurt

Per E-Mail an: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

26. Februar 2021

**Anhörung zu dem Thüringer Gesetz zur Umsetzung des  
Glücksspielstaatsvertrags 2021 (Drucksache 7/2284) sowie zu dem  
Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/1585)**

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Bieler,  
sehr geehrte Damen und Herren des Haushalts- und Finanzausschusses,

wir bedanken uns für die Einladung, eine schriftliche Stellungnahme zu dem oben genannten  
Gesetzesentwurf abzugeben.

Zu dem Entwurf des Glücksspielstaatsvertrags liegt bereit ein Positionspapier des  
Geschäftsführenden Leiters der Forschungsstelle vom 29. Februar 2020 vor.<sup>1</sup> In diesem  
Positionspapier werden die folgenden Forderungen erhoben und ausführlich begründet:

- Ermächtigung der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder, um Rechtsverordnungen zu erlassen.
- Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes, um einen Steuertatbestand für illegale Glücksspielangebote im Internet zu schaffen.
- Änderung des Strafgesetzbuches, um auch strafrechtlich gegen illegale Online-Anbieter vorgehen zu können.

<sup>1</sup> Dies ist auf der Homepage der Forschungsstelle zu finden: <https://gluecksspiel.uni-hohenheim.de/regulierung>.

- Eine Differenzierung der Vorgaben für die erlaubte Werbung im Rahmen einer Werberichtlinie ist sinnvoll und sollte beibehalten werden. Ein weitgehendes Werbeverbot für die bisher nicht erlaubten Angebote wäre anzustreben. Die Vorgaben für Werbung sollten dem jeweiligen Gefährdungspotential angemessen sein.
- Mit der Einführung der Erlaubnisfähigkeit für das virtuelle Automatenspiels im Internet sollten nicht zugleich die Anforderungen an die Erlaubnisfähigkeit der Lotterien mit geringerem Gefährdungspotential im Internet deutlich erhöht werden. Die Maßnahmen zum Jugend- und Spielerschutz sollten dem jeweiligen Gefährdungspotential angemessen sein.
- Die Einführung einer Limitdatei und einer Aktivitätsdatei werden erhebliche technische und rechtliche Probleme mit sich bringen. Hier stellt sich die Frage, ob die zu schaffende Gemeinsame Glücksspielaufsichtsbehörde nicht gerade in den ersten Jahren die Ressourcen sinnvoller einsetzen könnte, zum Beispiel in dem Vollzug der bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben, der Überwachung des Marktes und dem Vorgehen gegen illegale Angebote.
- Die wissenschaftliche Glücksspielforschung sollte mit einem Anteil an den Glücksspieleinnahmen bedacht werden, um zu einer evidenzbasierten Regulierung beizutragen.

## Zur Regulierung der Wettvermittlungsstellen

Der Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 differenziert nicht zwischen Wettannahmestellen und Wettbüros. Diese Unterscheidung ist jedoch von Bedeutung, da Wettannahmestellen aus baurechtlicher Sicht zu den Ladengeschäften gehören und Wettbüros zu den Vergnügungsstätten.<sup>2</sup>

Spielhallen und Sportwettbüros (wenn diese auf einen längeren Aufenthalt der Kunden angelegt sind) werden aus baurechtlicher Sicht den Vergnügungsstätten zugeordnet. Wettannahmestellen hingegen sind keine Vergnügungsstätten.

Die Baunutzungsverordnung (BauNVO) definiert in den § 2 ff. unterschiedliche Gebietstypen. Von Bedeutung sind für Vergnügungsstätten die in der Tabelle aufgeführten Gebietstypen.

**Tabelle: Zulässigkeit von Vergnügungsstätten nach Baugebiet**

Baugebiet nach BauNVO	nicht kerngebietstypisch	kerngebietstypisch
Kleinsiedlung (§ 2)	unzulässig	unzulässig
Reines Wohngebiet (§ 3)	unzulässig	unzulässig
Allgemeines Wohngebiet (§ 4)	unzulässig	unzulässig
Besonderes Wohngebiet (§ 4a)	ausnahmsweise zulässig	unzulässig

<sup>2</sup> Stühler, Hans-Ulrich: Zur städtebaurechtlichen Zulässigkeit von Wettbüros und zu ihrer Abgrenzung als Vergnügungsstätte zu Wettannahmestellen als Ladengeschäfte und Gewerbebetriebe. Reutlingen, den 23.2.2016. <https://gluecksspiel.uni-hohenheim.de/regulierung>.

Dorfgebiet (§ 5)	ausnahmsweise zulässig	unzulässig
Mischgebiet (§ 6) (Wohnumfeld)	ausnahmsweise zulässig	unzulässig
Mischgebiet (§ 6) (gewerblich geprägt)	zulässig	unzulässig
Kerngebiet (§ 7)	zulässig	zulässig
Gewerbegebiet (§ 8)	ausnahmsweise zulässig	ausnahmsweise zulässig
Industriegebiet (§ 9)	unzulässig	unzulässig

Quelle: verändert nach Acocella, D.: *Vergnügungsstättenkonzeption für die Landeshauptstadt Stuttgart. Gutachten zur Steuerung von Vergnügungsstätten, Dortmund/Lörrach 2012, S. 14.*  
<https://www.stuttgart.de/img/mdb/item/473102/76780.pdf>

Bei einer genaueren Betrachtung der Zulässigkeit von Sportwettbüros und Spielhallen in einzelnen Gebietstypen zeigt sich, dass die baurechtlichen Vorgaben die glücksspielrechtlichen Ziele konterkarieren. Das Baurecht sieht die Ansiedlung von Vergnügungsstätten und damit Sportwettbüros und Spielhallen gerade dort vor, wo eine hohe Publikumsfrequenz zu finden ist, d.h. in Kerngebieten. Die Spielhalle oder das Sportwettbüro soll, so die baurechtliche Sicht, leicht erreichbar sein und „auf dem Weg“ liegen. Die Zugriffsnahe soll gering sein. Aus suchtpräventiver Sicht sollte die Zugriffsnahe gerade nicht gering sein. Baurecht und Glücksspielrecht verfolgen entgegengesetzte Ziele, die sich konterkarieren und zu einer fehlenden Kohärenz führen.

Wettannahmestellen fallen im Gegensatz zu Wettbüros aus baurechtlicher Sicht nicht unter die Vergnügungsstätten. Diese werden aus baurechtlicher Sicht als Ladengeschäfte eingeordnet und damit als Gewerbebetriebe betrachtet.<sup>3</sup> Wettannahmestellen sind damit mit Lottoannahmestellen vergleichbar.

In dem Thüringer Glücksspielgesetz wird von Wettvermittlungsstellen gesprochen. Dabei wird nicht zwischen Wettbüros und Wettannahmestellen, sondern zwischen Wettvermittlung im Hauptgeschäft und Wettvermittlung im Nebengeschäft unterschieden. Die Mindestabstandsregel für Wettvermittlungsstellen gilt nicht, wenn die Wettvermittlung nur Nebengeschäft und im Verhältnis zur Lotterievermittlung von untergeordneter Bedeutung ist.

Die Unterscheidung zwischen Wettannahmestellen und Wettbüro erfolgt in dem Entwurf entlang der Grenzziehung zwischen Wettvermittlung im Haupterwerb oder im Nebenerwerb. So wird gerechtfertigt, dass die Mindestabstandsregel für die Wettvermittlung an private Anbieter gelten soll, nicht aber für den staatlichen Anbieter.

<sup>3</sup> Stühler, Hans-Ulrich: Zur städtebaurechtlichen Zulässigkeit von Wettbüros und zu ihrer Abgrenzung als Vergnügungsstätte zu Wettannahmestellen als Ladengeschäfte und Gewerbebetriebe. Reutlingen, den 23.2.2016. <https://gluecksspiel.uni-hohenheim.de/regulierung>.

Kohärent wäre eine Unterscheidung zwischen Wettbüro und Wettannahmestelle auch im Glücksspielrecht (wie im Baurecht).

Was passiert, wenn sich in einer Lottoannahmestelle die Wettvermittlung zu dem wirtschaftlichen Haupterwerb entwickelt. Gelten dann wieder die Mindestabstandsregeln?

## **Zur Regulierung der Lotterien**

Die geschichtlichen Ursprünge von Lotterien sind eng mit dem Gemeinwohl verbunden, z.B. dem Wiederaufbau von abgebrannten Kirchen. Bereits in dem Lotteriestaatsvertrag von 2004 wird zwischen den staatlichen Lotterien, den Lotterien anderer Veranstalter und den kleinen Lotterien, deren Reinertrag ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt wird, unterschieden.

Bei kleinen Lotterien nach Artikel 18 GlüStV können die Länder von den Regelungen des Staatsvertrags abweichen. Bei einer kleinen Lotterie darf Summe der Entgelte den Betrag von 40 000 Euro nicht übersteigen, Reinertrag muss ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt werden der Reinertrag und die Gewinnsumme müssen jeweils mindestens 25 Prozent der Entgelte betragen.

Diese kleinen Lotterien werden auch als Vereinslotterien bezeichnet, da diese traditionell von gemeinnützigen Vereinen auf Vereinsfesten veranstaltet werden. Dort werden dann die Lose verkauft und der Gewinn und der Reinertrag entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ausgeschüttet bzw. verwendet. Diese Lotterien können in einem Bundesland allgemein erlaubt werden.

Corona hat mit dazu beigetragen, dass die Digitalisierung voranschreitet. Vereinsfeste sind in Zeiten von Corona nicht angesagt. Nun wäre es doch eigentlich kein Problem, die Lose nicht auf einem Vereinsfest zu verkaufen, sondern per Email zu versenden. Der Loserwerb könnte durch eine Einzahlung auf das Vereinskonto stattfinden und der Losversand per Email erfolgen.

Doch wenn die Lose nicht auf einem Vereinsfest verkauft werden, sondern per Email verschickt werden, gelten plötzlich alle die Bedingungen, die auch für die Veranstaltung von Glücksspielen im Internet, d.h. auch für virtuelle Automatenspiele im Internet, gelten. Es wird zumindest eine Schufa-Abfrage oder eine andere im Sinn des Jugendschutzes vergleichbare Abfrage gefordert, eventuell sogar ein Anschluss an die spielformenübergreifende Sperrdatei. Und dies alles, um ein oder mehrere Lose in einer Vereinslotterie per Email an die Spieler zu schicken. Damit wird die Nutzung des Internets um Vereinslotterien durchzuführen, unmöglich gemacht.

Die Allgemeine Erlaubnis für die Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen im Freistaat Thüringen vom 22. Dezember 2017 sieht nicht die Möglichkeit vor, eine solche Lotterie per Internet durchzuführen.

Die Erlaubnis für die traditionellen Vereinslotterien wird mit folgenden Nebenbestimmungen verbunden:<sup>4</sup>

1. Die Veranstaltung der Lotterie oder Ausspielung darf sich nicht über das Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt hinaus erstrecken.
2. Das Spielkapital (= Anzahl der Lose x Lospreis) darf nicht mehr als 20.000 € betragen.
3. Mindestens 30 v. H. der eingenommenen Entgelte müssen in Form von Gewinnen wieder ausgeschüttet werden.
4. Der Reinertrag muss mindestens 30 v. H. der eingenommenen Entgelte betragen. Er muss ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt werden.
5. Der Losverkauf darf eine Dauer von einem Monat nicht überschreiten.
6. Die Lotterie oder Ausspielung ist mindestens zwei Wochen vor Beginn der zuständigen Behörde (Landratsamt oder kreisfreie Stadt), in deren Gebiet die Lotterie oder Ausspielung durchgeführt werden soll, anzuzeigen.
7. Der Beginn der Lotterie oder Ausspielung ist der örtlich zuständigen Ordnungsbehörde (Gemeinde), in deren Gebiet die Lotterie oder Ausspielung durchgeführt werden soll, anzuzeigen.
8. Es dürfen nur die im Gewinnplan verzeichneten Gewinne ausgespielt werden. Die Ausgabe von Trost- und Werbegewinnen ist nicht zulässig.
9. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung darf keine Wirtschaftswerbung betrieben werden. Ein Hinweis auf die Sponsoren von Warengewinnen ist zulässig.
10. Nicht eingelöste Gewinne verfallen zu Gunsten des Lotteriezwecks.
11. Die Lotterie oder Ausspielung darf nicht durch Dritte durchgeführt werden.
12. Die Steuerpflichten bleiben von dieser Erlaubnis unberührt.

Diese Nebenbestimmungen gelten für die auf Vereinsfesten durchgeführten Lotterien. Sie machen keinen Sinn für mit der Hilfe des Internets durchgeführte Lotterien.

Der Umgang mit dem Internet in dem Glücksspielrecht ist von großer Hilfslosigkeit gekennzeichnet. In dem Glücksspielstaatsvertrag von 2008 wurde jedes Angebot im Internet untersagt. Mit dem Glücksspielstaatsvertrag 2012 sollte eine Öffnung des Internets für Sportwetten im Rahmen eines Experiments erfolgen. Mit dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 wird das Internet für alle Spielformen geöffnet. Erst wird gar nichts erlaubt und jetzt alles. Dabei sollte doch eigentlich das Differenzierungsgebot gelten.

Doch die Durchführung von Vereinslotterien im Internet ist immer noch praktisch verboten. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Verein für eine Lotterie extra eine Schnittstelle zur Schufa einrichten

---

<sup>4</sup> Allgemeine Erlaubnis für die Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen im Freistaat Thüringen vom 22. Dezember 2017

kann, um die Anforderungen an den Jugendschutz bei dem Angebot von Glücksspiel im Internet zu erfüllen. Hier besteht gesetzgeberischer Anpassungsbedarf.

Es sind zwei Lösungsansätze denkbar. Entweder wird die Durchführung dieser Lotterie so vereinfacht, dass diese auch von Vereinen durchgeführt werden kann, oder es wird explizit erlaubt, dass diese Lotterien auch von Dritten durchgeführt werden.

An die Veranstaltung und Vermittlung von kleinen Lotterien im Internet könnten die folgenden Nebenbestimmungen Eingang finden.

1. die Veranstaltung beschränkt sich auf das Gebiet von Thüringen (zu überprüfen an Hand der Adresse),
2. der Losverkauf darf die Dauer von einem Monat nicht überschreiten,
3. die Summe der für den Erwerb aller Lose zu entrichtenden Entgelte dürfen den Betrag von 20 000 Euro nicht übersteigt,
4. der Reinertrag wird ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verwandt und
5. der Reinertrag und die Gewinnsumme betragen jeweils mindestens 25 Prozent der Entgelte,
6. Jugendliche sind von der Spielteilnahme ausgeschlossen (Gewinne dürfen nur nach Vorlage des Personalausweises oder vergleichbarer Dokumente z.B. per Video ausgezahlt werden).

Unter diesen Bedingungen wird auch der Jugendschutz sichergestellt. Diese Bedingungen für allgemein erlaubte kleine Lotterien im Internet könnten bereits in das Thüringer Glücksspielgesetz aufgenommen werden oder die Allgemeine Erlaubnis für die Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Ausspielungen im Freistaat Thüringen vom 22. Dezember 2017 wäre dementsprechend zu überarbeiten.

Generell wäre zu überlegen, ob nicht die Schaffung bzw. Konzentration der glücksspielrechtlichen Aufgaben in einer landesweiten Aufsichtsbehörde für das Bundeslandes Thüringen sinnvoll sein könnte.

## **Zum algorithmischen System zum Spielerschutz**

Der Glücksspielstaatsvertrag führt für Veranstalter von Sportwetten, Online-Casinospielen, Online-Poker und virtuellen Automatenspielen im Internet ein Safe-Server System zur Datensammlung ein. Anbieter müssen ein auf Daten basierendes algorithmisches System zum Spielerschutz einsetzen. Dieses muss wissenschaftlich evaluiert werden.

Um ein auf Algorithmen basierendes System wissenschaftlich zu evaluieren wären folgende Fragen zu stellen:

1. Auf welchen Daten beruht das System, d.h. welche Variablen werden verwendet und warum?



2. In welcher Form werden die Daten miteinander kombiniert, d.h. welche Methoden werden verwendet?
3. Wie sieht der Maßnahmenkatalog bei Hinweisen auf ein problematisches Spielverhalten aus?

### **1. Datengrundlage**

Der Glücksspielstaatsvertrag macht erste Vorgaben in Bezug auf die zu verwendenden Variablen zur Spielsuchtfrüherkennung. In den Begründungen wird dazu ausgeführt: „Das System muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. In der Suchtforschung sind unterschiedliche Verhaltensweisen und Verhaltensmuster bekannt, die Anhaltspunkte für pathologisches Spielen bieten (z. B. Veränderungen im Spielverhalten wie häufigeres oder längeres Spielen und der Versuch, Verluste durch höhere Einsätze zu kompensieren).“

Das System hat nach Artikel 6i Absatz 1 „jedenfalls die auf dem Spielkonto zu erfassenden Daten auszuwerten und ist regelmäßig zu aktualisieren.“ Dies wäre die Minimalanforderung in einem ersten Schritt zur Entwicklung des algorithmischen Systems.

Darüber hinaus müssen die Veranstalter einen so genannten „Safe-Server“ einrichten. Auf diesem Safe-Server sollen sämtliche für die Durchführung der Glücksspielaufsicht erforderlichen Daten zutreffend erfasst, digital nichtveränderlich abgelegt sowie eine jederzeitige elektronische Kontrolle einschließlich unmittelbarem Zugriff durch die zuständige Aufsichtsbehörde ermöglicht werden.

Weiterhin wird bundesweit ein Spielersperrsystem eingerichtet. Die Sperre kann auf Antrag oder auch über eine Schaltfläche („Panik-Knopf“) ausgelöst werden, die deutlich erkennbar und auf der gleichen Internetseite vorgehalten werden muss, auf der auch die Spielteilnahme möglich ist.

Ein wirksames System zur Spielsuchtfrüherkennung würde auf den von dem Anbieter auf dem Safe-Server abgelegten Daten basieren, die Daten der Spielersperr und darüber hinaus relevante Angaben, wie Beschwerdemails in geeigneter Weise kombinieren.

Bisher liegen vor allem wissenschaftliche Untersuchungen für den Bereich der Sportwetten vor. Dort wird in der Regel die Kontoschließung durch einen Spieler als Indikator für ein problematisches Spielverhalten genommen. Es wird dann untersucht, mit welchen Variablen frühzeitig erkannt werden kann, ob es zu einer Kontoschließung kommt. Es liegt verständlicherweise im Interesse der Anbieter zu ergründen, warum es zu einer Kontoschließung und damit zu dem Verlust eines Kunden kommt. Wirtschaftliche Interessen und Interessen an dem Spielerschutz können, müssen aber nicht, eng verwoben sein.

Es muss überlegt werden, wie, d. h. mit welchen Variablen eine Spielsucht gemessen wird. Der Goldstandard wäre die Anwendung eines anerkannten Screening-Instruments. Sicherlich leichter umzusetzen wäre eine Messung eines problematischen Spielverhaltens mit den vorliegenden Daten.

Besonders gut geeignet könnten die zeitlichen Sperrdaten (eine kurzzeitige Spielpause, eine vorübergehende oder eine endgültige Sperre) sein und das Spielverhalten vor der Sperre und bei kurzfristigen Sperren auch danach.

Der Glücksspielstaatsvertrag sieht den sogenannten Panik-Knopf vor. Die Motive für das Drücken des Panik-Knopfes sind sicherlich verschieden bei den verschiedenen Spielern. Wenn diese Motive wissenschaftlich erfasst werden, ist ein differenziertes Vorgehen seitens des Anbieters möglich. Dies würde wiederum der Suchtprävention dienen. Bei einer gewissen Anzahl von Verwendungen des Panikknopfes sollte ein erster direkter persönlicher Kontakt mit dem Spieler gesucht werden. Die Kontaktaufnahme wäre Teil des Sozialkonzepts und sollte in sinnvoller Weise gestuft erfolgen. Bei der Kontaktaufnahme wäre der Spieler mit seinem Verhalten zu konfrontieren.

## **2. Methoden der Datenanalyse**

Der Methodenkasten zur Analyse von großen Datenmengen ist sehr umfassend und umfangreich. Gemeinsam ist allen Methoden, dass sie auf mathematischen Verfahren beruhen, seien es ökonometrischen Methoden, wie die Probit-Modelle, oder traditionelle multivariate Analysemethoden, wie die Cluster, Faktoren oder Diskriminanzanalyse oder Ansätze der Entscheidungstheorie, wie hierarchische Entscheidungsbäume, Entscheidungsnetze oder, Bayesianische Netze.

Dann gibt es noch die so genannte Black Box Ansätze, wie neuronale Netze, Deep Learning etc. Bei den Ansätzen, die auf neuronalen Netzen basieren, werden die Variablen nicht auf Grund theoretischer Überlegungen miteinander kombiniert, sondern dies erfolgt ausschließlich innerhalb der Methode selber. Es sind sehr umfangreiche Datensätze nötig, um die neuronalen Netze zu trainieren. Eine wissenschaftliche Evaluierung solcher Methoden ist wiederum nur durch die Eingabe von Datensätzen und die Überprüfung des Ergebnisses selber möglich. Dabei erfolgt die Verknüpfungen der Variablen im dem neuronalen Netz nicht theoriegeleitet und ist daher nicht direkt überprüfbar. Dies erschwert eine wissenschaftliche Evaluierung von neuronalen Netzen bzw. ganz generell Black-Box Ansätzen.

Bezüglich der Methoden macht der Glücksspielstaatsvertrag keine direkten Vorgaben. Da der Algorithmus jedoch wissenschaftlich zu evaluieren ist, werden detaillierte Angaben impliziert.

Die Variablen, die verwendet werden, müssen offengelegt werden. Die Gewichtung und Kombination der Variablen sind offen zu legen. Die eingesetzten Verfahren müssen nachvollziehbar dargestellt werden.

Von zentraler Bedeutung sind dabei die Variablen, mit denen eine Spielsuchtgefährdung gemessen wird. Dies könnten zweitweise und längerfristige Sperren sein. Es könnten aber auch

Befragungen bzw. die Auswertung von Chats hierfür dienen. Der Einsatz von Screening Instrumenten wäre auch denkbar.

In das algorithmische System sollten Daten über die Zeitdauer der Spielteilnahme (mit Uhrzeiten gemessen) und die Einsätze und Verluste und insbesondere deren Varianz, Trends, Änderungen einfließen. Das Geschlecht und Alter wären sicherlich auch noch relevant. Auf die Verwendung geographische Angaben (Postleitzahl) könnte zunächst verzichtet werden.

Es gilt, die Kombination von Variablen zu verwenden, die geeignet sind, ein Spielsuchtgefährdung möglichst frühzeitig anzuzeigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass vor allem Änderungen in dem Spielverhalten interessant für die weitere Analyse sein dürften.

Um das zukünftige Spielverhalten vorhersagen zu können, ist die Festlegung und Betrachtung einer Basisperiode notwendig. Hier stellt sich die Frage, wie die Länge einer Basisperiode gewählt werden sollte.

Doch diese und andere mögliche Fragen können erst in der wissenschaftlichen Evaluierung selber geklärt werden. Doch damit eine solche wissenschaftliche Evaluierung überhaupt in sinnvoller Weise durchgeführt werden kann, wäre bereits bei der Lizenzvergabe darauf zu achten, dass die Voraussetzungen hierfür von den Anbietern geschaffen werden.

### **3. Maßnahmen der Intervention**

In der Begründung wird ausgeführt, dass die Spielsuchtfrüherkennung als Teil des Sozialkonzepts durch die Erlaubnisbehörde zu prüfen ist. In dem Sozialkonzept sind insbesondere Maßnahmen festzulegen, die zu ergreifen sind, wenn das System einen möglicherweise suchtgefährdeten Spieler identifiziert.

Hier kommt, so die Begründungen des Glücksspielstaatsvertrags, auch ein gestufter Maßnahmenkatalog in Betracht, der bei ersten Hinweisen zunächst auf Warnhinweise und Informationen zu Beratungsmöglichkeiten setzen könnte und davon ausgehend in Abhängigkeit vom Maß der Auffälligkeit des Spielverhaltens weitere Maßnahmen wie Spielpausen bis hin zur Veranlassung einer Spielersperre vorsieht. Diese Maßnahmen müssen nicht automatisiert erfolgen.

Der neue Glücksspielstaatsvertrag und insbesondere die Begründungen setzen die Leitplanken für ein auf Algorithmen basierendes automatisiertes System zur Spielsuchtfrüherkennung. Wenn alle vorliegenden Daten hierfür in geeigneter Weise kombiniert würden, wäre das System höchstmöglich wirksam. Wenn auf der anderen Seite jedoch aus unterschiedlichen Gründen nur Teile dieses Datensatzes verwendet werden, so sollte die Eingrenzung aus suchtwissenschaftlicher Sicht erfolgen.

Dieses System sollte zunächst auf die Spieler angewendet werden, die durch ihr Spielverhalten besonders gefährdet sind. In einem ersten Schritt sollten alle Spieler, deren durchschnittlichen wöchentlichen Ausgaben über einen gewissen Grenzwert liegen, betrachtet werden. Nicht die Spieler, die nur wenige Euro im Monat ausgeben, sind primär möglicherweise gefährdet einzuordnen, sondern die Spieler mit hohen Ausgaben. Auch die Spieler, die sich ein eigenes Limit gesetzt haben und dies wiederholt anpassen, sollten genauer untersucht werden, insbesondere wenn dies mit hohen Ausgaben gekoppelt ist.

Der Algorithmus ist kontinuierlich auf der Basis der in den Analysen gefundenen Ergebnisse zu verbessern. Der (Weiter-) Entwicklungsprozess wäre wissenschaftlich zu begleiten.

## **Förderung der Glücksspielforschung**

Der Glücksspielstaatsvertrag 2021 (Artikel 11) sieht vor, dass die Länder die wissenschaftliche Forschung zur Vermeidung und Abwehr von Sichtgefahren durch Glücksspiele sicherstellen.

Eine Stärkung der wissenschaftlichen Glücksspielforschung könnte mit zu einer evidenzbasierten, vernünftigen und durchdachten Regulierung beizutragen. Nicht nur die Suchtprävention, sondern auch die Betrugs-, Manipulations- und Kriminalitätsprävention sind Ziele der Glücksspielregulierung. In der praktischen Umsetzung hat (in der Mehrzahl der Bundesländer) die Förderung der wissenschaftlichen Glücksspielforschung bisher wenig oder gar keine Bedeutung gehabt. In § 27e (Aufgaben der Anstalt) ist darüber hinaus die Rede davon, dass die Anstalt Studien und Gutachten in Auftrag geben kann. Eine grundlegende und dauerhafte Erforschung des Phänomens Glücksspiel kann nur erfolgen, wenn eine feste monetäre Unterstützung, etwa 0,5 – 1 % der Einnahmen aus Steuern und Abgaben, festgelegt werden. Diese Mittel sollten zu gleichen Teilen in die Grundfinanzierung bestehender wissenschaftlicher Einrichtungen im Bereich der Glücksspielforschung und projektorientiert vergeben werden. Die Entscheidung über die projektorientierte Vergabe von Mitteln könnte durch die Wissenschaftsministerien der Länder erfolgen. Entsprechende feste monetäre Quoten sind ebenfalls für Prävention und das Suchthilfesystem vorzusehen.

In dem Thüringer Glücksspielgesetz ist in Artikel 9 vorgesehen, dass  
der Landessportbund Thüringen e.V.,  
die LIGA der freien Wohlfahrtspflege,  
die Stiftung Naturschutz Thüringen sowie  
der Landesverband Thüringen der Gartenfreunde e.V.  
mit festgelegten Prozentangaben bei der Verwendung der Erträge und Konzessionsabgaben berücksichtigt werden.

Es sollten auch eine feste Summe bzw. festgelegte Anteile für die Glücksspielforschung vorgesehen werden. Dabei wäre zwischen einer Grundfinanzierung und einer Projektfinanzierung

zu unterscheiden. Insgesamt sollte 1 Prozent der Einnahmen eines Landes für die Glücksspielforschung aufgewendet werden, wobei die Hälfte für eine Grundfinanzierung einer Professur für Glücksspiel und die andere Hälfte für Projekte aufgewendet werden könnten.

Für die weitere Entwicklung der Regulierung im Bereich Glücksspiel wäre ein evidenzbasierter und lernender Ansatz sinnvoll. Dazu gehört auch die Förderung der Glücksspielforschung.

Für weitere Fragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2284											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TÜV International GmbH, Unternehmensgruppe TÜV Rheinland</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Am Grauen Stein</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>51105 Köln</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TÜV International GmbH, Unternehmensgruppe TÜV Rheinland		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Grauen Stein	Postleitzahl, Ort	51105 Köln
	Name	Organisationsform									
	TÜV International GmbH, Unternehmensgruppe TÜV Rheinland										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Grauen Stein									
Postleitzahl, Ort	51105 Köln										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift



2 7/1083

THÜR. LANDTAG POST  
11.03.2021 17:06

6581/21

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags (Drucksache 7/2284)		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Deutscher Online Casinoverband e.V. (Eingetragener Verein)
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hopfenstraße 1d
	Postleitzahl, Ort	24114 Kiel
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Schwerpunkt: Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der DOCV begrüßt die Neuregulierung des Glücksspiels unter der Maßgabe, ein verantwortungsvolles und sichereres Glücksspiel im Internet zuzulassen. Die Kanalisierung kann jedoch nur gelingen, wenn das legale Angebot für die VerbraucherInnen trotz berechtigter Schutzvorkehrungen und Einschränkungen hinreichend attraktiv ist. Der Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens sieht allerdings eine Vielzahl von Restriktionen des legalen Angebots vor, die in Ihrer Gesamtschau die Gefahr bergen, dass sich die VerbraucherInnen dem illegalen Markt zuwenden. Wir möchten anregen, dass das Land Thüringen für Online-Casinospiele Lizenzen an private Unternehmen vergibt. Nur so kann ein attraktives Online-Glücksspielangebot sichergestellt werden. Zudem möchten wir anregen, dass das Land Thüringen die Möglichkeit nutzt, Kooperationen mit anderen Bundesländern einzugehen. Ein länderübergreifendes Angebot stellt die Kanalisierung hin zu legalen Anbietern sicher, und verhindert eine Abwanderung zu unlizenzierten Anbietern. Zudem weisen wir auf die dringende Notwendigkeit eines sachgerechten Besteuerungsmodells hin. Die adäquate Besteuerung von Online-Glücksspielen ist wesentlich für das Gelingen des GlüStV 2021.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"><i>Kiel, 10.03.2021</i></div> <div style="width: 45%;"></div> </div>	

THÜR. LANDTAG POST  
01.03.2021 08:11

5187/21

Thüringer Landtag  
- Haushalts- und Finanzausschuss –  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Ausschließlich per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung des  
Glücksspielstaatsvertrags 2021  
- Drucksache 7/2284-

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Online Casinoverband e.V. (DOCV) ist ein Zusammenschluss der führenden, in der EU lizenzierten Unternehmen, die in den Bereichen der Entwicklung und des Betriebs von Online-Casinos tätig sind. Wir bedanken uns für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf.

Die Digitalisierung hat den deutschen Glücksspielmarkt grundlegend verändert. Digitale Glücksspiele sind neben den stationären Angeboten in Spielhallen, Spielbanken und Lottokiosken nicht mehr aus der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger wegzudenken. Der DOCV begrüßt daher ausdrücklich die Neuregulierung des Glücksspiels unter der Maßgabe, ein verantwortungsvolles und sichereres Glücksspiel im Internet zuzulassen.

Maßgabe für eine effektive und erfolgreiche Regulierung des digitalen Glücksspielmarktes ist die Kanalisierung des Marktes hin zu den erlaubten Anbietern. Nur im legalen Markt können Verbraucherinnen und Verbraucher adäquat geschützt werden. Die Kanalisierung kann jedoch nur gelingen, wenn das legale Angebot für die Verbraucher trotz berechtigter Schutzvorkehrungen und Einschränkungen hinreichend attraktiv ist.

Der Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens sieht allerdings eine Vielzahl von Restriktionen des legalen Angebots vor, die in ihrer Gesamtschau die Gefahr bergen, dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher dem illegalen Markt zuwenden.

Der Staatsvertrag in seiner jetzigen Fassung ist kein regulatorisches Rahmenwerk mehr, sondern determiniert vielfach und sehr detailliert die zukünftigen Rahmenbedingungen der Spielteilnahme bzw. das Spiel selbst. Das ist in einem höchst dynamischen Markt wie dem Online-Glücksspiel äußerst problematisch. Zudem wird durch die Detailregelungen der Handlungsspielraum der Gemeinsamen Glücksspielaufsichtsbehörde der Länder in Sachsen-Anhalt wesentlich eingeschränkt. Aufgrund dessen wird die Behörde den Markt kaum in Richtung der Ziele des Staatsvertrages beeinflussen und lenken können: eine höhere Kanalisierungsquote und ein effektiver Jugend-, Spieler- und Verbraucherschutz.

Besonders möchten wir hervorheben, dass in Abweichung von einem gemeinsamen bundesweiten Regelungskonzept der § 22c des Staatsvertrages für die sogenannten Bankhalterspiele (Black-Jack, Roulette und Baccara) ein Monopol oder Konzessionsmodell vorsieht. Somit kann jedes Bundesland für sein Hoheitsgebiet

**Anschrift**  
Deutscher Online  
Casinoverband e.V.  
Hopfenstraße 1d  
24114 Kiel

**Telefon**  
+49 157 52 45 20 37

**E-Mail**  
[info@casinoverband.de](mailto:info@casinoverband.de)

**Internet**  
[www.casinoverband.de](http://www.casinoverband.de)

**Vereinsregister**  
VR 6609 KI  
Amtsgericht Kiel

**Datum**  
26. Februar 2021

entscheiden, in welcher Form Online-Casinospiele angeboten werden sollen, was zu einem regulatorischen Flickenteppich führt: In einigen Ländern werden ausschließlich staatliche Betreiber Online-Casinospiele anbieten, während dasselbe Glücksspielangebot in anderen Ländern durch private Konzessionsnehmer angeboten wird. Dass jedoch digitale Angebote an Landesgrenzen Halt machen müssen, entspricht nicht der Lebenswirklichkeit der Menschen und ist aus Sicht des DOCV sachlich nicht zu rechtfertigen. Darüber hinaus ist § 22c des Staatsvertrages nach unserer Einschätzung mit dem unionsrechtlichen Kohärenzerfordernis unvereinbar. Im Sinne einer erfolgreichen – d.h. dem Kanalisierungsziel zuträglichen und zeitgemäßen – Neuregulierung des Online-Glücksspielmarktes hätte es eines bundesweiten Erlaubnismodells auch für Online-Casinospiele bedurft.

Obgleich das Land Thüringen diese grundsätzlichen Mängel des Glücksspielstaatsvertrages 2021 nicht heilen kann, möchten wir anregen, dass das Land Thüringen für Online-Casinospiele Lizenzen an private Unternehmen vergibt. Diese Unternehmen verfügen über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Veranstaltung von Online-Casinospielen und insbesondere auch der Online-Vermarktung derartiger Angebote. Nur so kann ein attraktives Online-Glücksspiel Angebot sichergestellt werden.

Des Weiteren möchten wir anregen, dass das Land Thüringen die durch § 22c Absatz 2 des Staatsvertrages gegebene Möglichkeit nutzt, Kooperationen mit anderen Bundesländern einzugehen. Denn eine erfolgreiche und internetgerechte Neuregulierung des Glücksspielmarktes erfordert ein attraktives und länderübergreifendes Angebot. Nur ein solches stellt die Kanalisierung hin zu legalen Anbietern sicher und verhindert eine Abwanderung zu unlicenzierten Anbietern.

Der Deutsche Online Casinoverband möchte die Gelegenheit der Stellungnahme nutzen, um auf die dringende Notwendigkeit eines sachgerechten und dem Kanalisierungsziel des Glücksspielstaatsvertrages dienenden Besteuerungsmodells hinzuweisen. In nahezu allen Ländern der Europäischen Union sowie Großbritannien ist die Bemessungsgrundlage für Online-Glücksspiele der Bruttospielertrag. Auch internationale Studien belegen, dass die Besteuerung des Online-Glücksspiels nur über eine Bruttospielertragssteuer funktionieren kann. Diese sollte im Optimalfall zwischen 15 und 20 Prozent liegen. Nur so lässt sich eine hohe Kanalisierungsquote erreichen. Misslingt die Kanalisierung hingegen, können auch die weiteren Ziele des Glücksspielstaatsvertrages 2021, insbesondere der Jugend- und Spielerschutz, nicht erreicht werden. Die adäquate Besteuerung von Online-Glücksspielen ist deshalb wesentlich für das Gelingen des Glücksspielstaatsvertrages 2021. Gleichzeitig gewährleistet nur eine hohe Kanalisierungsquote ein wesentliches Steueraufkommen und ist damit auch aus fiskalischen Gründen erstrebenswert.

Wir möchten uns nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken und stehen für die weitere Diskussion jederzeit zur Verfügung.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2284											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Thüringer Gesetz zur Umsetzung des GlüStV 2021**

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
RAC Rodewer Sellner Daks	Partnerschaftsgesellschaft mbB
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Willy-Brandt-Allee 11
Postleitzahl, Ort	53113 Bonn

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Fachanwalt für Verwaltungsrecht Experte im Regulierungs- und Glücksspielwesen	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Anhang	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bonn, den 02.03.'21	

REDEKER SELLNER DAHS | Postfach 13 64 | 53003 Bonn

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
03.03.2021 13:37

5662/2021

Bonn, den 2. März 2021

## Thüringer Landtag - Anhörung zum Thüringer Gesetz zur Umsetzung des GlüStV 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

gern nehme ich zu dem Gesetzentwurf des Ausführungsgesetzes (Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021) Stellung, zu dem Sie mich gebeten haben, mich sachverständig zu äußern.

Meine Empfehlungen gehen - der Reihenfolge der Regelungen folgend - dahin:

- die *Gewährleistungsverpflichtung des Veranstalters für den Vermittler* nach § 6 Abs. 1 S. 4 ThürGlüG-E entweder ganz zu streichen oder durch folgende Neuregelung zu ersetzen: „Der Erlaubnisnehmer überprüft die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen für den Betrieb der Wettvermittlungsstelle in regelmäßigen Abständen.“
- § 6 Abs. 6 Satz 1 ThürGlüG-E zu präzisieren, um den Kinder- und Jugendschutz im Vollzug handhabbar zu machen.
- § 6 Abs. 6 Satz 2 ThürGlüG-E zu streichen, weil er zur künftigen Rechtslage nicht passt,

Bonn  
Willy-Brandt-Allee 11  
53113 Bonn  
Tel. +49 228 72625-0  
Fax +49 228 72625-99

Berlin  
Leipziger Platz 3  
10117 Berlin  
Tel. +49 30 885665-0  
Fax +49 30 885665-99

Brüssel  
172, Avenue de Cortenberg  
1000 Brüssel  
Tel. +32 2 74003-20  
Fax +32 2 74003-29

Leipzig  
Mozartstraße 10  
04107 Leipzig  
Tel. +49 341 21378-0  
Fax +49 341 21378-30

London  
4 More London Riverside  
London SE1 2AU  
Tel. +44 20 740748-14  
Fax +44 20 743003-06

München  
Maffeistraße 4  
80333 München  
Tel. +49 89 2420678-0  
Fax +49 89 2420678-69

Rechtsanwälte  
Partnerschaftsgesellschaft mbB  
Sitz Bonn  
Partnerschaftsgesellschaft mbB  
AG Essen PR 1947  
UST-ID: DE 122128379

- § 6 Abs. 10 Nr. 2 ThürGlüG-E zu streichen, weil er nicht zum Spielerschutz beiträgt, sondern zur Verdrängung der Kunden in das Internet führt,
- § 6 Abs. 12 Satz 3 ThürGlüG-E zu streichen, weil beim Betrieb einer Wettvermittlungsstelle in einer Annahmestelle Lotto- und Sportwettangebot nebeneinander betrieben werden und sich der Verzicht auf den Abstand zur Spielhalle dann als Ausnahme schwerlich rechtfertigen lässt,
- die Ermächtigung in § 14 Abs. 1 Nr. 1 ThürGlüG insoweit zu streichen, als sie eine zahlenmäßige Beschränkung von Wettvermittlungsstellen ermöglicht, weil derartige Beschränkungen nach der neuen Rechtslage ausweislich der Begründung ja gerade nicht mehr erforderlich sind. Die Ermächtigung dürfte fälschlicherweise aus der alten gesetzlichen Regelung stehengeblieben sein.

Im Einzelnen führe ich zur Erläuterung folgendes aus:

1. *Gewährleistungsverpflichtung des Veranstalters für den Vermittler (Ziff. 5, § 6 Abs. 1 Satz 4 ThürGlüG-E)*

Die vorgeschlagene Gewährleistungsverpflichtung des Veranstalters für den Vermittler widerspricht dem glücksspielrechtlichen Leitbild, wonach diese voneinander getrennte Adressaten von gesetzlichen Pflichten sind. Diese Trennung ist auch sachgerecht, weil der Veranstalter nur beschränkte oder mitunter gar keine Möglichkeit zur umfassenden Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben außerhalb seiner Einflussphäre beim Vermittler hat. Eine gesetzliche Einstandspflicht konterkariert dieses Leitbild und setzt den Veranstalter einem unkalkulierbaren Risiko aus.

Ziel der geplanten Vorschrift dürfte es sein, dass der Veranstalter eine Verantwortung dafür trägt, nur mit einem zuverlässigen Vermittler zusammen zu arbeiten. Hierfür genügt es, dem Veranstalter eine Pflicht zur regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle durch seinen Vermittler aufzuerlegen. Sollten dem Veranstalter dabei wiederholte Mängel bekannt werden, wird es in seinem eigenen Interesse liegen, die weitere Zusammenarbeit mit diesem Vermittler einer Überprüfung zu unterziehen. Für etwaige Verstöße, die im Zusammenhang mit dem operativen Geschäft stehen und nicht in die Sphäre des Veranstalters führt, eine Einstandsverpflichtung zu normieren, belastet diese unverhältnismäßig.

2. *Schutz von Kindern und Jugendlichen (Ziff. 5, § 6 Abs. 6 Satz 1 ThürGlüG-E)*

Die Regelung zum Ausschluss von Wettvermittlungsstellen in der Nähe von Kinder- und Jugendeinrichtungen ist hinsichtlich des *Kreises der zu schützenden Einrichtungen* zu unbestimmt und zum Teil zu weit gefasst. Zu den nicht näher spezifizierten „Kindern und Jugendlichen“ gehören auch Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter, die durch die Nähe von Wettvermittlungsstellen nicht gefährdet werden.

Nach Auffassung des Obergerichtes des Landes Sachsen-Anhalt kann nicht jedweder Publikumsverkehr von Kindern und / oder Jugendlichen in unmittelbarer räumlicher Nähe zu einer Wettvermittlungsstelle deren Erlaubnisfähigkeit beseitigen. Denn die materiellen Erlaubnisvoraussetzungen seien unter dem Blickwinkel des Minderjährigen- und Jugendschutzes nur dann nicht erfüllt, wenn hinreichende Anhaltspunkte für Gefahren für Kinder und Jugendliche bestehen. Eine behördliche Versagung setze daher in jedem Fall einen hinreichend begründeten „Anfangsverdacht“ einer derartigen Gefährlichkeit voraus (OVG LSA, Beschl. v. 09.07.2019 – 3 L 79/16 –, juris Rn. 69 f.).

Eine derartige Gefährlichkeit für sämtliche Kinder und Jugendliche durch den bloßen Publikumsverkehr in der Nähe von Wettvermittlungsstellen ist jedoch tatsächlich nicht nachweisbar. In vielen Bundesländern gibt es deshalb bereits eine Praxis, Einrichtungen für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter nicht mit zu berücksichtigen (z. B. Rheinland-Pfalz) oder dies ausdrücklich im Gesetz klarzustellen (z. B. Bremen, Berlin).

Auch der Landesgesetzgeber in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in seiner Abstandsvorgabe zwischen Spielhallen und Kinder- und Jugendeinrichtungen nach § 11 Abs. 4 Satz 2 GlüStVAG M-V davon leiten lassen, dass grundsätzlich nur Kinder oberhalb der Primarstufe, d.h. ab dem Moment, zu welchem sie eine weiterführende Schule besuchen, derartigen Gefahren ausgesetzt sind (LT-Drucks. 6/553, S. 28). Dagegen hatte auch das VG Schwerin nichts einzuwenden. Denn jüngere Schüler seien üblicherweise in gleich geringerem Umfang mit Geldmitteln zur eigenen Verfügung ausgestattet als Teenager. Zudem sei der Primarbereich doch weitgehend durch eine schulnahe Hortbetreuung abgesichert und gerieten jugendliche Schüler leichter in Versuchung, etwa „Freistunden“ dem Automatengeldspiel zu widmen (Urt. v. 21.11.2018 – 7 A 1705/18 SN –, juris Rn. 21).

Dies ist auch wissenschaftlich gerechtfertigt: Suchtwissenschaftlich ist nur das Jugendalter als ein Risikofaktor identifiziert worden, weil in dieser Zeit des Testens und Ausprobierens erwachsenen Verhaltens die Risikobereitschaft zunimmt, zugleich aber die Mechanismen der Verhaltenskontrolle noch nicht ausdifferenziert sind (vgl. Duven u.a., Problematisches Glücksspielverhalten bei Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, S. 13). Kinder sind wegen ihrer begrenzten kognitiven Fähigkeiten derartigen Gefahren tatsächlich nicht ausgesetzt. Demgemäß setzen entsprechende Untersuchungen erst bei einem Alter von 12 Jahren an.

Bei *Horten, Kindertagesstätten und Nachhilfeeinrichtungen*, die überwiegend von Kindern unter 12 Jahren besucht werden, besteht daher schon kein Gefährdungspotential und bereits aus diesem Grunde kein Erfordernis für ein Abstandsgebot.

Insoweit dürfte die Regelung zu weit gefasst sein. Gleiches gilt für den generellen Ausschluss in Bezug auf *Sportstätten*, weil es insoweit darauf ankommen dürfte, ob diese vorwiegend von Kindern und Jugendlichen (ab 12 Jahren) genutzt werden.

Unscharf ist auch der Begriff der *vergleichbaren sozialen Einrichtungen* im Verhältnis zu Suchtberatungsstellen. Das vom Gesetzgeber verfolgte Ziel dürfte darin bestehen, Spielsuchtgefährdete auszuschließen. Das sollte auch der Maßstab für die Bestimmung des Kreises der auszuschließenden Standorte sein.

Die Formulierung könnte deshalb lauten:

„Unzulässig ist der Betrieb einer Wettvermittlungsstelle in unmittelbarer Nähe einer Einrichtung, die vorwiegend von Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren besucht wird oder dem Schutz spielsüchtiger oder spielsuchtgefährdeter Personen dienen (z. B. Suchtberatungsstellen).“

Statt Verweis auf Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ab einem bestimmten Alter könnte alternativ auch auf öffentliche Schulen verwiesen werden, die nach den einschlägigen Regelungen im Schulgesetz Angebote ab der Sekundarstufe I bereithalten (§ 3a Abs. 2 Nr. 1 Thüringer Schulgesetz).

3. *Übermäßige Konzentration von Wettvermittlungsstellen (Ziff. 5, § 6 Abs. 6 Satz. 2 ThürGlüG-E)*

Das Gebot der Vermeidung einer „übermäßigen Konzentration von Wettvermittlungsstellen in bestimmten Gebieten“ erübrigt sich neben dem Bauplanungsrecht und weiteren ortsgesetzlichen Regelungen, die ohnehin die Verteilung von Wettvermittlungsstellen innerhalb der Gemeindebezirke steuern. Ferner ist die Regelung zu unbestimmt. Sie steht schließlich im Widerspruch dazu, dass mit der künftigen Regulierung die Drosselung des Spieltriebs über hohe Schutzanforderungen in der Spielabwicklung, nicht jedoch über zahlenmäßige oder andere Beschränkungen der Verbreitung des Angebots erfolgt. Es wird daher vorgeschlagen, diese Vorschrift ersatzlos zu streichen.

4. *Verbot der Abgabe von Speisen und Getränken (Ziff. 5, § 6 Abs. 10 Nr. 2 ThürGlüG-E)*

Das generelle Verbot der Abgabe von Speisen und Getränken führt zu einem Verdrängungswettbewerb hin zum Onlineangebot und schwächt die stationären Wettvermittlungsstellen.

Die Vorschrift ist auch nicht erforderlich. Das auch aus suchtpreventiven Gründen sinnvolle Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke in § 6 Abs. 10 Nr. 1 ThürGlüG-E verhindert, dass eine enthemmende Wirkung von einem verantwortungsvollen Spiel abhält. Daneben ein grundsätzliches Verbot der Abgabe von alkoholfreien Getränken sowie allen Speisen aufzustellen, ist unverhältnismäßig.

Die geplante Vorschrift ist aber auch inkohärent, weil sie tatsächlich zu einer Ungleichbehandlung mit Spielhallen führt, in denen zumindest die entgeltliche Abgabe alkoholfreier Getränke zulässig ist. Das selbst gesteckte Ziel der Gleichstellung von Wettvermittlungsstellen und Spielhallen (s. Begründung zum Gesetzentwurf, LT-Drucks. 7/2284, S. 11) wird nicht kohärent verfolgt.

Es verwundert daher auch nicht, dass eine Vielzahl anderer Bundesländer (z. B. Bayern, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) von einem generellen Verbot der Abgabe von Speisen und Getränken abgesehen haben und ihr Verbot zum Teil nur auf die unentgeltliche Abgabe von Speisen und Getränken oder die Abgabe unter dem Verkaufspreis beschränkt haben.



5. *Privilegierung des Betriebs einer Wettvermittlungsstelle in einer Annahmestelle (Ziff. 5, § 6 Abs. 12 Satz 3 ThürGlüG-E)*

§ 6 Abs. 12 ThürGlüG-E eröffnet die Möglichkeit der Sportwettvermittlung im Nebengewerbe in den Räumlichkeiten der Annahmestellen des staatlichen Veranstalters. Annahmestellen werden daher im Vergleich zu sonstigen Wettvermittlungsstellen bereits deshalb privilegiert, als für sie nicht das Verbot der Vermittlung von Sportwetten im Nebengeschäft gilt (§ 6 Abs. 2 Satz 2 ThürGlüG-E).

Soweit der Gesetzentwurf eine weitergehende Privilegierung eines solchen gemeinsamen Angebots vorsieht und diese von der Einhaltung der Abstandsvorgaben zu Spielhallen nach § 6 Abs. 7 ThürGlüG-E befreit, gibt es hierfür keine Rechtfertigung. Das gemeinsame Angebot von Lotterien nebst Sportwetten wird im baulichen Verbund mit einer Spielhalle oder sogar in einer Spielhalle zugelassen, das alleinige Angebot von Sportwetten soll demgegenüber nicht im Kontext zu anderen Glücksspielen, insbesondere Spielhallen, erfolgen. Die Empfehlung geht dahin, von einer derartigen Privilegierung, für die es keinerlei Rechtfertigung gibt, Abstand zu nehmen.

6. *Verordnungsermächtigung zur Steuerung der Zahl von Wettvermittlungsstellen (Ziff. 10, § 14 Abs. 1 Nr. 1 ThürGlüG-E)*

Der vorgesehene Gesetzentwurf sieht eine Steuerungsmöglichkeit für die Zahl der Wettvermittlungsstellen durch Rechtsverordnung vor und verweist dabei auf § 6 Abs. 1 ThürGlüG a.F., der nach bisheriger Rechtslage tatsächlich eine zahlenmäßige Kontingentierung vorsieht, wovon nach der geplanten Rechtssetzung jedoch ausdrücklich Abstand genommen wurde. Diese Kontingentierungsmöglichkeit steht im offensichtlichen Widerspruch zu den mit der Rechtsänderung verfolgten Zielen. Es handelt sich offensichtlich um ein Redaktionsversehen. Die Verordnungsermächtigung sollte insoweit gestrichen werden.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung-hierzu ertellen.:

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -		
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)		
1	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landestag	a.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	93094 Erfurt
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)		
2	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband iSv. §§ 126, 127 ThürKO; Art 31 Abs. 4 ThürVerf	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzesentwurfs und Änderungsaubages aus kritischer Perspektive	
5	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ehst, 26.02.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2284											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">TÜV International GmbH Unternehmensgruppe TÜV Rheinland</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Am Grauen Stein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">51105 Köln</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TÜV International GmbH Unternehmensgruppe TÜV Rheinland		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Grauen Stein	Postleitzahl, Ort	51105 Köln
	Name	Organisationsform									
	TÜV International GmbH Unternehmensgruppe TÜV Rheinland										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Grauen Stein									
Postleitzahl, Ort	51105 Köln										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

Stadtverwaltung Sondershausen

Deutscher Sportwettenverband

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**



12915121

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>	
Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2284 -	
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu?</b> (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
SDH, 14.05.2021	



MUSIK- UND BERGSTADT  
SONDERSHAUSEN

THÜR. LANDTAG REG  
07.05.2021 10:04

M488/2021

## DER BÜRGERMEISTER

Stadtverwaltung Sondershausen

TELEFON (0 36 32) 62 21 01  
TELEFAX (0 36 32) 62 21 80

buergermeister@sondershausen.de  
www.sondershausen.de

DATUM 6. Mai 2021  
UNSER AZ

IHR ZEICHEN

Stadtverwaltung Sondershausen · Markt 7 · 99706 Sondershausen

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss  
MdL Volker Emde und MdL Roland Hande  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

## Den Mitgliedern des

HuFA

### Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 – GlüStV 2021) sowie Gesetzentwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021

hier: Finanzielle Folgen für die Stadt Sondershausen

Thüringer Landtag  
Kenntnisnahme

7 / 3 6 9 -

Zu Dis. 7/2284

Sehr geehrte Herr Emde,  
sehr geehrter Herr Hande,

unter Bezug auf den Entwurf des ab 01.07.2021 in Kraft tretenden GlüStV 2021 sowie die sich daran anschließenden Änderungen des Landesrechts, erachte ich es für sachgerecht, auch die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen zu betrachten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine kurze Darstellung, der für die Stadt Sondershausen zu erwartenden Einnahmeverluste. Die Übersicht stellt insbesondere die Auswirkungen des bisher geltenden § 29 Abs. 4 GlüStV zum geänderten § 29 GlüStV 2021 dar.

Die mir bekannten Bedenken der örtlichen Unternehmen i. S. d. § 1 Thüringer Spielhallengesetz spiegeln sich ebenfalls in der Anlage wider. Ich bitte Sie, die zur Verfügung gestellten Informationen in den weiteren Verhandlungsrunden zu berücksichtigen.

Für Ihr Engagement im Sinne der Thüringer Kommunen bedanke ich mich herzlich und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Anlage

#### Hausanschrift

Rathaus  
Markt 7  
99706 Sondershausen

#### Öffnungszeiten

Di 09:00–12:00 Uhr & 13:00–18:00 Uhr  
Do 09:00–12:00 Uhr & 13:00–15:00 Uhr  
Fr 09:00–12:00 Uhr



## Auswirkungen der Nichtanwendung von § 29 Abs. 4 Glücksspielstaatsvertrag (Übergangsregelungen nach qualitativen Maßstäben) am konkreten Beispiel Thüringer Kommunen

Hier: Sondershausen

Aktueller Bestand:

5 Standorte mit insgesamt 89 Geldgewinnspielgeräten

Sollte die Übergangsregulierung nicht angewandt werden, würden sich nach Inkrafttreten des neuen Landesspielhallengesetzes folgende Änderungen und Auswirkungen ergeben:

- |             |                                                                                                                                                          |
|-------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Standort 1: | (alt) Doppelspielhalle im Gewerbegebiet mit 2 x 10 Geräten<br><b>(neu) Einfachspielhalle mit 1 x 10 Geräten</b><br>(An der Wipper)                       |
| Standort 2: | (alt) mischgebietstypische Spielhalle mit 1 x 7 Geräten<br><b>(neu) keine Spielhalle mehr wegen Abstandskollision mit Kindergarten</b><br>(Planplatz)    |
| Standort 3: | (alt) mischgebietstypische Mehrfachspielhalle mit 3 x 7 Geräten<br><b>(neu) mischgebietstypische Einfachspielhalle mit 1 x 7 Geräten</b><br>(Volksplatz) |
| Standort 4: | (alt) Mehrfachspielhalle im Gewerbegebiet mit 3 x 9 Geräten<br>(neu) Einfachspielhalle mit 1 x 10 Geräten<br>(Schachtstraße)                             |
| Standort 5: | (alt) Doppelspielhalle im Mischgebiet mit 2 x 7 Geräten<br><b>(neu) mischgebietstypische Einfachspielhalle mit 1 x 7 Geräten</b><br>(Erfurter Straße)    |
- 

Bleiben unterm Strich erstmal 4 Standorte mit insgesamt 34 Geldspielgeräten übrig. Ob die beiden verbleibenden Standorte mit jeweils 7 Geräten in dieser Konstellation noch betriebswirtschaftlich positiv betrieben werden können ist fraglich.

Unabhängig von den kommunalen Anteilen an der anfallenden Umsatzsteuer der ansässigen Betriebe (und natürlich dem signifikanten Rückgang an Einkommenssteuer) würden in der Stadt Sondershausen folgende Steuermindereinnahmen entstehen:

- |                    |                                                                        |
|--------------------|------------------------------------------------------------------------|
| Vergnügungssteuer: | (alt) 99.500 € (HH 2019)<br><b>(neu) 38.011 € = Differenz 61.489 €</b> |
| Gewerbsteuer:      | (alt) 66.279 €<br><b>(neu) 25.320 € = Differenz 40.959 €</b>           |

Aufgrund der Corona Pandemie wurden die Vergleichswerte aus dem Haushaltsjahr 2019 zu Grunde gelegt.

**Verlust von Arbeitsplätzen:**

Momentan sind in Sondershausen folgende Arbeitnehmer an den aufgeführten Standorten vorhanden:

Sozialversicherungspflichtige Vollzeitkräfte:	25
Minijob-Aushilfsverhältnisse:	8

---

**Ohne** Anwendung des **§29 Abs. 4** Glücksspielstaatsvertrag hätten wir:

Sozialversicherungspflichtige Vollzeitkräfte:	12
Minijob-Aushilfsverhältnisse:	4

---

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021</b> Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 8/2282 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn Ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><b>Deutscher Sportwettenverband e.V. (DSWV)</b></td> <td><b>e.V.</b></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><b>s.u.</b></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><b>Auguststraße 62</b></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><b>10117 Berlin</b></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<b>Deutscher Sportwettenverband e.V. (DSWV)</b>	<b>e.V.</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>s.u.</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Auguststraße 62</b>	Postleitzahl, Ort	<b>10117 Berlin</b>
Name	Organisationsform										
<b>Deutscher Sportwettenverband e.V. (DSWV)</b>	<b>e.V.</b>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>s.u.</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<b>Auguststraße 62</b>										
Postleitzahl, Ort	<b>10117 Berlin</b>										

THÜR. LANDTAG POST  
13.01.2021 11:25

841/2021

2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Der 2014 gegründete Deutsche Sportwettenverband (DSWV) ist der Zusammenschluss der führenden deutschen und europäischen Sportwettenanbieter. Mit Sitz in Berlin versteht sich der DSWV als öffentlicher Ansprechpartner, insbesondere für Politik, Sport und Medien. Seine 16 Mitglieder, die zwischen 80 und 90 Prozent des in Deutschland Steuern zahlenden Sportwettenmarktes repräsentieren, setzen sich für eine moderne, wettbewerbsorientierte und europarechtskonforme Regulierung von Sportwetten in Deutschland ein. Alle Mitglieder verfügen über bundesweite Sportwettenerlaubnisse gemäß dem 3. GlüÄndStV oder befinden sich im Antragsverfahren. Seit 2012 haben sie in Deutschland über 2,5 Mrd. Euro Sport-wettsteuern gezahlt (an Thüringen rund 68 Mio. Euro). Die meisten Mitglieder sind auch als Sponsoren im deutschen Profisport aktiv.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der DSWV regt an, die Gewährleistungspflicht des Wettveranstalters für den Wettvermittler gemäß § 6 Abs. 1 Satz 4 Thüringer Glücksspielgesetz (gemäß Gesetzentwurf) aufzuheben und § 6 Abs. 1 Satz 4 zu streichen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Eigeninitiative. Der Deutsche Sportwettenverband ist der zentrale Branchenverband der Sportwettenanbieter in Deutschland. Seine Mitglieder sind zentrale Normadressaten des betroffenen Gesetzgebungsverfahrens.	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	



6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	Stimmen Sie einer <b>Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 21. Dezember 2020	DSWV-Präsident
	DSWV-Hauptgeschäftsführer

THÜR. LANDTAG POST  
22.12.2020 11:26

An die Präsidentin  
des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller MdL  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
21.12.2020 10:12

31225/20

Vorab per E-Mail: [keller@die-linke-thl.de](mailto:keller@die-linke-thl.de)

Den Mitgliedern des

18. Dezember 2020

.....*HuFA, JunkA*.....  
zur Kenntnisnahme  
zu Drucksache 7/2284

Stellungnahme zum

Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des  
Glücksspielstaatsvertrags 2021

- Drs. 7/2284 -

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

anbei übersenden wir Ihnen die Stellungnahme des Deutschen Sportwetten-  
verbands zum oben benannten Gesetzentwurf mit der damit verbundenen Bitte,  
diese an die zuständigen Ausschüsse und Mitglieder des Landtags weiterzuleiten.  
Für Ihre Mühen bedanken wir uns bereits im Voraus sehr herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident

Hauptgeschäftsführer

Anlage:

- 1) Stellungnahme des Deutschen Sportwettenverbandes zum Gesetzentwurf auf Drs. 7/2284

## II. Zum Gesetzentwurf: Gewährleistungspflicht des Wettveranstalters für den Wettvermittler aufheben

Der DSWV regt dringend die folgenden Änderungen am oben benannten Gesetzentwurf an:

### Streichung von § 6 Abs. 1 Satz 4 Thüringer Glücksspielgesetz (gemäß Gesetzentwurf)

#### § 6 - Wettvermittlungsstellen

(1) Eine Wettvermittlungsstelle betreibt, wer in seinen Geschäftsräumen Sportwetten im Rahmen der Vertriebsorganisation an einen nach dem Glücksspielstaatsvertrag für Sportwetten erlaubten Veranstalter (Erlaubnisnehmer) vermittelt. Die Vermittlung nach Satz 1 bedarf der Erlaubnis. Der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betreiben einer Wettvermittlungsstelle kann nur von einem Erlaubnisnehmer für den jeweiligen Betreiber gestellt werden. ~~Der Erlaubnisnehmer trägt die Gewähr dafür, dass der ausgewählte Betreiber die gesetzlichen Anforderungen für den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle erfüllt.~~

#### Begründung:

Die gesetzliche Gewährleistungspflicht des Sportwettenerlaubnisinhabers dafür, dass der Betreiber einer Wettvermittlungsstelle die gesetzlichen Anforderungen für den Betrieb einer Wettvermittlungsstelle erfüllt, und daraus resultierende Haftungen sind nicht gerechtfertigt: Es handelt sich je nach Geschäftsmodell um voneinander unabhängige Wirtschaftsakteure, die auf eigene Verantwortung handeln. Die Überprüfung gesetzlicher Vorgaben sollte grundsätzlich ausschließlich Gegenstand des behördlichen Vollzugs sein.

Der Deutsche Sportwettenverband würde es begrüßen, wenn seine Anmerkungen und der Änderungsvorschlag Berücksichtigung finden würden, und steht für Rückfragen und Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident

Hauptgeschäftsführer

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

## Diskussionsforum

### des Thüringer Landtags

### Anlage Auswertung BTB

#### Thüringer Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags 2021

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2284 -

**Frage: „Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags in 2021 in Drucksache 7/2284?“**

Datum des Beitrages	Angaben zum Autor	Titel	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
19.02.2021	Michael Hausemann*  Rentner	<b>Spielsucht ist kein Thema mehr?</b>	Wer am Glücksspiel verdient, kann es nicht gleichzeitig verdammen
24.02.2021	Nico Weinert*  Betreiben einer Spielhalle	<b>N. Weinert Online-Diskussionsforum Thüringer Landtag</b>	Schon bestehende Spielhallen unter Qualitätsanforderungen erhalten. Arbeitsplätze schützen.  Werbeverbot für alle Spielformen.
25.02.2021	Stefanie Schumacher*	<b>Spielhallengesetz</b>	Wir haben Angst um unseren Arbeitsplatz

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.

	Spielhallenaufsicht		
25.02.2021	Cornelia Richter* Regionalmanager	<b>Onlinediskission Thüringer Landtag</b>	Bedenken zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 Thüringen
25.02.2021	Cornelia Diener* Filialmanagerin	<b>Online-Diskussion Thüringer Landtag</b>	Sorge um den Wegfall der Arbeitsplätze!
25.02.2021	Jens Strauß* Technischer Service	<b>Spielhallen regulieren oder zerstören?</b>	Zu überdenken sind: Abstandsregelung, Spielplatzreduzierung

\* Bei dem mit \* gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.